Als Völkermord legal war, Seite 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 49 – 8. Dezember 2017

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Einst Protegé und Förderer: Markus Söder (l.) mit Horst Seehofer auf dem CSU-Parteitag 2012

Bild: Imago

Druck auf Merkel wächst

Seehofers Teilrückzug lässt kritische Fragen zur CDU-Chefin noch lauter werden

Nur die CDU-Chefin verharrt, während die CSU den Durchbruch wagt, die SPD einen Ausweg sucht und die AfD weiter reift.

Mit der Entscheidung für Markus Söder als künftigen bayerischen Ministerpräsidenten hat die CSU ihren inneren Machtkampf zumindest vorerst beigelegt. Die hundertprozentige Zustimmung für den Neuen sieht indes nur auf den ersten Blick wie ein überragender Vertrauensbeweis aus.

Beobachter vermuten hinter der einhelligen Zustimmung eine düstere Absicht der Söder-Gegner: Mit ihrem Votum wollten sie die komplette Verantwortung auf den künftigen Landesvater abladen. Und 2018 mit der Landtagswahl im Herbst wird hart für die Bayern-Union, der Weg aus dem Umfragekeller ist steil und steinig. Söder wird auf der Hut sein müssen.

Seehofers mühsamer Rückzug aus einem der beiden Spitzenämter, Parteichef will er ja bleiben, erhöht den Druck auf Angela Merkel, die in ihrer eigenen Partei langsam, aber stetig an Rückhalt verliert. Nun richten sich die Blicke erst recht auf die Kanzlerin und CDU-Chefin, ob nicht auch sie zumindest eines ihrer Ämter abgeben sollte. Horst Seehofer hat den richtigen Zeitpunkt für einen würdigen Abgang von einem seiner Posten verpasst, er wirkt eher wie hinausgedrängt. Auch Merkel verrinnt für einen stolzen Rückzug die Frist.

> Dass auch Tsipras die Groko will, nährt eher Skepsis als Zuversicht

SPD-Chef Martin Schulz versucht derweil weiter, sich aus seiner Groko-Totalabsage zu befreien, ohne dabei jeden Rest an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Zuletzt zitierte er die Staats- oder Regierungschefs Frankreichs und Griechenlands, die ihn drängten, in eine Koalition mit der Union zu gehen, um der „europäischen Sache“ willen. Damit will Schulz besonders die Groko-kritische Parteilinke der SPD ködern, der „nationale Verantwortung“ eher wenig sagt, während sie immer dafür ist, dass deutsches Steuergeld für ausländische Staaten und Länder ausgegeben wird. Denn das ist es, was Paris und Athen anstreben. Der Durchschnittsdeutsche könnte eine SPD-Regierungsbeteiligung dagegen auch deshalb kritisch sehen, gerade weil Griechen-Premier Alexis Tsipras sie sich offenbar so sehr wünscht.

Der AfD bescheinigen die meisten Medien, auf ihrem Parteitag weiter „nach rechts“ gerückt zu sein. Eine Alarm-Meldung, die so oft wiederholt wurde in der Geschichte der Partei, dass sie kaum noch ernstzunehmend erscheint.

Gelassen betrachtet versorgt die „Alternative“ den Wähler lediglich mit dem Charme und dem Schauder einer jungen Formation. Der Charme besteht darin, dass hier nicht notwendigerweise alle Entscheidungen von den Delegierten so gefällt werden, wie es die Parteiführung wünscht – siehe die Wahl des Zweiten Sprechers. Das ist gelebte Demokratie, die bei vorsichtigen Gemütern jedoch einen Schauder darüber hervorruft, dass immer wieder Überraschungen möglich sind. Seit ihrem Radau-Parteitag vor zwei Jahren ist die AfD allerdings unübersehbar gereift.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Windelweich

Ich habe geweint“, bekannte Papst Franziskus auf dem Rückflug von seiner Asien-Reise gegenüber den ihn begleitenden Journalisten. Es war jedoch nicht die weltweit zunehmende Verfolgung seiner christlichen Glaubensbrüder, die das Oberhaupt der katholischen Kirche zu Tränen rührte, sondern das Schicksal der muslimischen Rohingya, die im buddhistischen Burma seit Jahrzehnten Verfolgung ausgesetzt sind und deshalb zu Hunderttausenden als Flüchtlinge im benachbarten Bangladesch leben. Hier können sie sich sicher fühlen, denn hier ist der Islam seit 1988 Staatsreligion.

Für die in Bangladesch lebenden Christen gilt das jedoch nicht. Ihre Situation hat sich in den letzten Jahren deutlich verschärft. Menschenrechtsgruppen berichten von zunehmenden Repressionen und Gewalt gegen religiöse Minderheiten, sodass viele den Weg der Rohingya gehen, nur in umgekehrter Richtung. Der Vatikan bagatellisiert das und spricht von einem „größtenteils friedlichen Zusammenleben der unterschiedlichen Religionsgemein- schaften“ in Bangladesch. Kein Wunder also, dass der Heilige Vater für ein Treffen mit seinen verfolgten Glaubensbrüdern keine Zeit erübrigen wollte.

Doch auch die Rohingya-Flüchtlinge haben nichts davon, dass der Papst eine Begegnung mit ihnen zu einer der Bedingungen für seine Asien-Reise gemacht hatte. Statt deutliche Worte an die burmesische Regierung zu richten, hat er ebenso allgemein wie windelweich erklärt: „Wir werden nicht wegschauen. Wir werden unsere Herzen nicht verschließen.“ Das beeindruckt niemanden. So wird die Verfolgung der Rohingya weitergehen – die der Christen sowieso.

FDP führt bei Wirtschaftskompetenz

Umfrage unter Fachjournalisten – Regierung und Unionsfraktion punkten nur wegen Schäuble

Die FDP-Bundestagsfraktion genießt bei Wirtschaftsjournalisten hohes Ansehen für ihre Wirtschaftskompetenz. Das geht aus einer Umfrage der Berliner Dr. Doeblin Gesellschaft für Wirtschaftsforschung unter 210 Fachjournalisten aller Mediengattungen hervor.

Demnach beeindruckten die FDP-Abgeordneten die Hälfte der befragten Journalisten und damit mehr als jede andere Bundestagsfraktion, die Bundesregierung und führende Wirtschaftsverbände. Im langjährigen Vergleich der Umfragewerte seit 1998 hat die FDP damit ihr bestes Ergebnis erzielt. Gestützt wird ihr gutes Ergebnis durch die Reputation ihres Vorsitzender Christian Lindner, dem 60 Prozent der Journalisten Kompetenz bei Wirtschafts- und Finanzthemen bestätigen. Sein Partei- freund Alexander Graf Lambsdorff beeindruckt mit seiner Wirtschaftskompetenz immerhin noch fast die Hälfte der Journalisten. Vor allem das Engagement der FDP für Investitionen in die digitale Infrastruktur und das Bildungswesen kommen dem Ansehen der Liberalen der Umfrage zufolge zugute.

Die Bundesregierung sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden noch jeweils von mehr als 40 Prozent der Journalisten für ihre Wirtschaftskompetenz geschätzt. Beide profitieren von den herausragenden Reputationswerten des ehemaligen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble (CDU), der neun von zehn Wirtschaftsjournalisten überzeugt.

Die Bundestagsfraktionen von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen erhalten Lob von jeweils rund einem Viertel der Wirtschaftsjournalisten. Die Linke und die AfD punkten hingegen kaum in den Wirtschaftsredaktionen.

Neben Wolfgang Schäuble, Christian Lindner und Alexander Graf Lambsdorff gelten Cem Özdemir (Grüne) und Sahra Wagenknecht (Linkspartei) als Politiker mit respektabler Wirtschaftskompetenz. Beide haben zudem im Vergleich zur Journalisten-Befragung im Juni 2017 deutlich an wirtschaftspolitischer Statur hinzugewonnen. Der gescheiterte SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz und der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hingegen erhalten unverändert nur von wenigen Journalisten Lob für ihre Wirtschaftskompetenz.

Rund ein Viertel der Journalisten beteiligte sich erst nach dem Abbruch der Jamaika-Sondierungsgespräche durch die FDP an der Umfrage. Eine wesentlich andere Einschätzung der Reputation der FDP oder der anderen Teilnehmer der Jamaika-Gespräche lässt sich nach Angaben der Wirtschaftsforscher bei diesen Journalisten nicht feststellen.

J.H.

Gegängelte Firmen

Bürokratie treibt Unternehmen ins Ausland

Die Wirtschaft brummt, und das schon seit Langem. Ökonomen staunen über den längsten Aufschwung seit den „Wirtschaftswunder“-Jahren. Trotzdem möchten erstaunlich wenige Firmen in Deutschland investieren. Firmenerweiterungen und Neueinstellungen werden woanders vorgenommen oder bis auf Weiteres verschoben.

Die Wirtschaft macht handfeste Hemmnisse dafür verantwortlich, wie eine Studie der Münchener Wirtschaftsforscher vom Ifo-Institut zeigt. Die befragten Unternehmen bemängelten die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen – vor allem den administrativen Aufwand. Die VBW-Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft legte jüngst einen Bürokratie-Check unter 51 Ländern vor. Neuseeland, Dänemark und Großbritannien belegen die Spitzenpositionen. Deutschland rangiert im Mittelfeld. Dazwischen liegen Welten. Die geplante Fehmarnbelt-Querung zeigt es. Der 17,6 Kilometer lange Tunnel zwischen Fehmarn und der dänischen Insel Lolland gilt als größtes Infrastrukturprojekt Nordeuropas. In Dänemark ist er bereits seit zwei Jahren genehmigt. Für 2015 war der Baubeginn vorgesehen. In Deutschland rechnet man allenfalls für Mitte nächsten Jahres mit dem staatlichen Segen, endlich losbuddeln zu dürfen.

FH

Siehe Seite 7

MELDUNGEN

BfV-Chef warnt vor Islam-Terror

Köln/Zürich – Der islamische Terrorismus, „die größte Herausforderung“. Diese eindeutigen Worte äußerte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“. Deutschland stehe einem islamisch-terroristischen Potenzial von 1870 Personen gegenüber, dazu kämen noch 10 300 Salafisten. Sie permanent zu beobachten sei unmöglich. Um in einem Fall drei Terrorverdächtige mehrere Monate zu observieren, sei ein Arbeitsaufwand von 22 000 Stunden erforderlich gewesen. Die Frage dabei sei stets, wie lange man das gewährleisten könne. Wesentlich größere Sorgen bereiten nach Maaßens Ansicht Personen, die dem Verfassungsschutz bisher unbekannt waren. Gemeint ist gerade in jüngster Zeit das Szenario des Einzeltäters, der nie als „Gotteskrieger“ auffiel. Mit dem Immigrantenstrom aus Nahost seien ebenfalls Personen mit einem Terrorauftrag nach Europa eingeschleust worden. Erneut appellierte der deutsche Abwehrchef an Eltern und Schulen, bei auffälligen Persönlichkeitsveränderungen junger Menschen sein Amt zu informieren. Im vergangenen Jahr seien 1200 Hinweise aus der Bevölkerung gekommen, von denen 90 Prozent relevant gewesen seien. Der Grundfehler des Verfassungsschutzes bestand, wie der Präsident kürzlich selbst einräumte, darin, die Gefahr der „Heiligen Krieger Allahs“ nicht rechtzeitig erkannt zu haben: Nach dem großen Attentat auf den Madrider Bahnhof mit über 1000 Toten hätte das Kölner Amt spätestens bei dem Attentat in London im Frühjahr 2005, als an vier verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit Bomben explodierten, aufwachen müssen. Zugleich warnte er vor den Gefahren der Cyber-Angriffe. Auf diese Weise wurde unlängst ein Kraftwerk in der Ukraine ausgeschaltet. „Das könnte auch bei uns passieren, so Maaßen. *F.W.S.*

OMV hat neuen Vorsitzenden

Berlin – Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – hat den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Egon Primas, mit 96,4 Prozent der Delegiertenstimmen zu ihrem neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Primas ist auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Thüringen sowie Mitglied des Präsidiums des BdV. Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden gewählt: Rüdiger Goldmann (Nordrhein-Westfalen), Christa Matschl (Bayern), Gudrun Osterburg (Hessen), Heiko Schmelzle (Niedersachsen) und erstmals Christoph Zalder (Baden-Württemberg). Schatzmeisterin bleibt Iris Ripsam (Baden-Württemberg). Als Hauptgeschäftsführer wurde Klaus Schuck (Nordrhein-Westfalen) wiedergewählt. Der neue OMV-Bundesvorsitzende legt großen Wert auf die fortwährende Aktualität der von der OMV vertretenen Anliegen. So gelte es etwa, das CDU-Wahlversprechen einzulösen und die Rentenungerechtigkeit bei Spätaussiedlern zu beseitigen. Aber auch menschenrechtliche Themen, europa- und außenpolitische Themen wie die grenzüberschreitende Verständigung, die Vertriebenen-Kulturarbeit oder erinnerungspolitische Themen blieben zukünftig auf dem Programm, so Primas. *J.H.*

Schlimmer als vor dem Euromajdan

Statt EU-Beitritt: Niedrige Löhne und bittere Armut belasten Ukraine– Poroschenkos Beliebtheitswerte sinken

Vier Jahre nach dem Euromajdan ist die Ukraine immer noch ein Land, das weit entfernt von einer Demokratie ist. Oligarchie, Korruption und ein radikaler Nationalismus sowie ein immer machtloserer Staat, wie die Befreiung Michail Saakaschwilis durch dessen Anhänger aus einem Polizeiauto gezeigt hat, behindern Reformen und Friedensbemühungen.



Proteste in Kiew: Saakaschwili-Anhänger fordern Poroschenkos Rücktritt Bild: Imago

Die Ukraine ist immer noch kein demokratisches Land nach westlichem Vorbild. Oligarchenherrschaft, Korruption und teils bittere Armut prägen das Leben. Seit 2014 sind viele Ukrainer verarmt. Die Staatswährung Griwna hat nur noch ein Drittel der Kaufkraft im Vergleich zu früher. Die Inflationsrate liegt bei einem Durchschnittswert von 9,1 Prozent, die Preise für Strom und Gas, sind bis zu 75 Prozent gestiegen. Die Ukrainer müssen für ihren Lebensunterhalt wesentlich mehr berappen als vor dem Euromajdan. Zudem hat die Ukraine wesentlich niedrigere Löhne als die EU. Angesichts einer solchen Entwicklung muss es vielen vorkommen, als hätten sie mit der Entmachtung des glücklosen Viktor Janukowitsch lediglich den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben.

Die Unzufriedenheit mit der Regierung des Oligarchen Petro Poroschenko wächst. Das spiegeln nicht nur die Beliebtheitswerte wider – zwischen 15 und 20 Prozent –, auch bei Demonstrationen zeigt sich, wie uneins das Land ist. Einigkeit herrscht nach wie vor darüber, dass die Ukraine in die EU strebt – bei neuesten Umfragen waren zwei Drittel der Befragten für einen EU-Beitritt –, dass dieser aber nur mit einschneidenden Reformen erreicht werden kann, ist offenbar schwer vermittelbar.

Gegen Präsident Poroschenko selbst werden immer wieder Korruptionsvorwürfe laut. Hanna Solomatina, die zurückgetretene Leiterin der Abteilung zur Überwachung von Finanzen und Lebenswandel bei der Nationalen Behörde für die Prävention von Korruption erhebt schwere Anschuldigungen gegen ihn. Der Präsident missbrauche die Behörde, um politische Günstlinge zu schützen und Feinde zu bekämpfen. Ähnliche Vorwürfe erhob auch das Antikorruptionszentrum (Antac), das Poroschenkos Firmenbeteiligungen aufdeckte. Laut Antac. durchdringt die Korruption jeden Lebensbereich. Dabei beklagen die Antac-Mitarbeiter, dass sie bei ihrer Arbeit behindert würden. Sie deckten die persönliche Bereicherung des Inlandsgeheimdienst-Chefs Wassilij Hrizak auf. Antac behauptet, der SBU und die Generalstaatsanwaltschaft würden von Poroschenkos Gefolgsleuten kontrolliert.

Eine der vom Westen geforderten Reformen betraf mehr Transparenz zur Bekämpfung der Korruption. Minister, Abgeordnete und Beamte müssen jährlich Angaben über ihr Vermögen veröffentlichen. Seit bekannt wurde, welche Reichtümer einige Spitzenpolitiker angehäuft haben, ist der Unmut in der Bevölkerung gestiegen.

Diesen machen sich Oppositionelle zunutze. Am Jahrestag des Euromajdan zogen Demonstranten in einem Fackelzug zur Präsidialverwaltung, um gegen die schleppende Aufklärung der blutigen Vorfälle auf dem Majdan zu protestieren.

Als korrupt bezeichnet auch der ehemalige georgische Präsident Michail Saakaschwili seinen ehemaligen Freund Poroschenko. Am

Korruption in allen Lebensbereichen

3. Dezember forderten 2500 bis 3000 seiner Anhänger die Absetzung Poroschenkos wegen nicht eingehaltener Versprechen. Saakaschwili fordert eine „Diktatur der Mittelklasse“ für die Ukraine. Innenminister Arsen Awakow fiel Poroschenko bei einem Forum „Ukraine – Streben nach Gleichgewicht“ in den Rücken. Er erklärte, das Minsker Abkommen sei „gestorben“ und deshalb müsse die Ukraine sich auch nicht daran halten. Dem anwesenden Vertreter des US-Außenministeriums in der Ukraine, Kurt Volker. missfiel diese Aussage. Er erinnerte daran, dass die Ukraine sich an getroffene Vereinbarungen zu halten habe.

Beim Brüsseler Gipfel „Östliche Partnerschaft“ wurde einmal mehr deutlich, wie unzufrieden die EU mit der Ukraine ist. Zwar ist das Assoziierungsabkommen vollständig in Kraft und Ukrainer können visafrei in die EU einreisen, Hoffnungen auf einen baldigen EU-Beitritt wurden Poroschenko jedoch genommen. Weil die Ukraine vier der mit einer Finanzhilfe geknüpften Bedingungen nicht erfüllt hat, verschiebt die EU die Auszahlung der anstehenden Tranche von 600 Millionen Euro. Zwischen 2014 und 2017 flossen elf Milliarden Euro aus Brüssel in Richtung Kiew. Einen vom Internationalen Währungsfonds geforderten unabhängigen Sondergerichtshof in der Ukraine gibt es bis heute nicht. Kritiker sagen, dass Poroschenko dessen Gründung verschleppe.

Der Präsident befindet sich in einer ähnlich misslichen Situation wie sein Vorgänger Janukowitsch. Da Poroschenkos Regierung von Gönnern im Westen abhängig ist, hat er nur eine eingeschränkte Autorität. Anders als Janukowitsch laviert er nicht zwischen den Mächten Russland und transatlantischem Bündnis, sondern bekennt sich eindeutig zu seinem Westkurs. Bislang hat das seinem Land wenig Positives gebracht: Im geopolitischen Konflikt zwischen Russland und dem Westen wurde die Ukraine in einen Krieg getrieben, dessen Ende nicht absehbar ist. Die Spaltung des Landes wird sich kaum ohne weitere Kriege rückgängig machen lassen. An einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen zu Russland haben Poroschenkos Mentoren aber wenig Interesse angesichts der Erfahrung, dass der eingeschlagene Weg der Sanktionspolitik nicht die gewünschte Wirkung zeigt. Einen bewaffneten Konflikt werden sie kaum riskieren wollen.

Statt das Minsker Abkommen zügig umzusetzen, schürt Kiew das Feuer, indem die Regierung alles Russische in der Ukraine ausmerzen will. Dazu zählt die Beschneidung der Rechte von Minderheiten, was auch zu Spannungen mit Polen und Ungarn führte (siehe *PAZ* Nr. 45, Seite 6). Anstelle von Demokratie bricht sich ein radikaler Nationalismus seine Bahn. Jeder, der sich verdächtig macht, Sympathien für Russland zu hegen. wird stigmatisiert. Straßen- und Städtenamen, die an sowjetische Funktionäre erinnern, wurden geändert, die Kommunistische Partei sowie das Tragen kommunistischer Symbole sind verboten. Bei solchen Maßnahmen bleibt unberücksichtigt, dass 34 Prozent der Ukrainer Russisch sprechen.

Andersdenkende fühlen sich in der Ukraine verfolgt. Besonders betroffen sind Journalisten, die über Missstände berichten oder aber als russlandfreundlich gelten, wie der Sender „NewsOne“, den mehrere Dutzend Radikale vor wenigen Tagen blockierten. Mehrere Fälle wurden bekannt, in denen kritische Journalisten verhaftet wurden. Im Juli 2016 war der westlich orientierte Journalist Pawel Scheremet ermordet worden. Er hatte Korruptionsfälle in der Ukraine aufgedeckt. Im Sommer traf es „Strana.ua“, ein Internetportal, das die Partei des Präsidenten „Block Petro Poroschenko“ der Korruption beschuldigt hatte. EU-Parlament und OSZE-Vertreter haben die Beschneidung der Pressefreiheit mehrfach kritisiert.

Indessen geht der Krieg im Osten der Ukraine weiter, das Minsker Abkommen droht zu scheitern, und der Streit um die Krim ist verloren.

Manuela Rosenthal-Kappi

Petersburger Dialog politisch aufgewertet

Forum tagte erstmals in Berlin – Ronald Pofalla kritisiert russisches Agentengesetz

Das diesjährige Forum „Petersburger Dialog“ stand unter dem Motto „Gesellschaftliche Teilhabe als Chance zur deutsch-russischen Verständigung“. Erstmals fand die Gesprächsrunde in der deutschen Hauptstadt statt. Über 300 Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und gesellschaftlichen Organisationen beider Länder nahmen teil.

Bei seiner Auftaktrede im Roten Rathaus kritisierte der deutsche Vorsitzende des deutsch-russischen Gesprächsforums Ronald Pofalla (CDU), ehemaliger Kanzleramtsminister und heute Vorstandsmitglied der Deutschen Bahn AG, die Verschärfung des Gesetzes für Nichtregierungsorganisationen in Russland. Pofalla zeigte sich aber zufrieden damit, dass „russische und deutsche Teilnehmer allmählich, lernen zu argumentieren“ und ihre Sicht der Dinge zu verteidigen, ohne zu streiten und auf ihren Position zu verharren, und versuchten, den Gegner zu überzeugen unter Berücksichtigung von dessen Ansicht.

Sein russischer Amtskollege, der ehemalige Ministerpräsident Viktor Subkow, heute Vorstandsvorsitzender bei Gazprom, bedauerte bei seiner Eröffnungsrede den Wegfall zwischenstaatlicher Beratungen sowie die Nichtteilnahme hoher Staatsvertreter. Dies trage „nicht zur Entwicklung unserer politischen, wirtschaftliche, kulturellen und sonstigen Beziehungen“ bei. Er äußerte die Hoffnung, dass das Forum im kommenden Jahr zum alten Format zurückkehre.

Berlins Bürgermeister Michael Müller drückte sein Bedauern darüber aus, dass nun schon seit einigen Jahren zwischen den Oberhäuptern der Hauptstädte Berlin und Moskau so gut wie keine Kontakte mehr bestünden.

Dennoch gibt es Hoffnung: Erstmals seit fünf Jahren waren mit der geschäftsführenden Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries und dem stellvertretenden russischen Wirtschaftsminister wieder Regierungsmitglieder beider Länder anwesend.

Der Petersburger Dialog wurde 2001 von Wladimir Putin und Gerhard Schröder ins Leben gerufen. Seitdem findet er abwechselnd in Deutschland und in Russland statt. Doch 2014, als Russland wieder an der Reihe war, wurde das Treffen wegen der Krim-Annexion von deutscher Seite abgesagt. 2015 wurde der Petersburger Dialog zwar in Potsdam wiederbelebt, doch ohne deutsch-russische Regierungskonsultationen, die immer parallel zum Forum stattfanden.

Wie sich im Verlauf des diesjährigen Forums zeigte, fallen die Ansichten der deutschen und russischen Teilnehmer in einer Reihe von Fragen doch zusammen. Insbesondere die Bewertung des

Regierungsmitglieder erstmals nach fünf Jahren wieder dabei

Auftritts des russischen Schülers Nikolaj Desjatnitchenko im Bundestag fiel einstimmig und insgesamt positiv aus.

Der Petersburger Dialog ist im Grunde seit einigen Jahren die einzige repräsentative Plattform für offene Diskussionen zwischen den Akteuren der Zivilgesellschaft in beiden Ländern.

Am zweiten Tag trafen sich Arbeitsgruppen, welche die Themen Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Bildung und Wissenschaft, Kultur, Massenmedien, Kirchen in Europa, ökologische Modernisierung sowie Gesundheitswesen behandelten. Daneben gibt es die Arbeitsgruppe mit dem Titel „Zukunftswerkstatt“. Sie ist interdisziplinär und beschäftigt sich mit Entwicklungsaussichten der beiden Länder und der internationalen Gemeinschaft als Ganzes. In der Sitzung dieser Arbeitsgruppe wurden die Themen „Grundwerte in Russland und Deutschland, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die jüngere Generation, Migrations- und demografische Probleme“ behandelt.

Höhepunkt des zweitägigen Forums war die Verleihung des Peter-Boenisch-Preises. Preisträger waren junge russische und deutsche Journalisten für Arbeiten zu verschiedenen Aspekten der deutsch-russischen Beziehungen und zur Förderung eines besseren Verständnisses für die Lebensweise der beiden Länder. Den Preis erhielt Yannick Dillinger, Journalist der „Schwäbischen Zeitung“ für seine multimediale Reportage „Schmerz“ über die Flugzeugkollision von Überlingen am 1. Juli 2002, bei dem alle Passagiere des Flugzeugs der „Bashkirian Airlines“ ums Leben kamen, einschließlich 52 Kinder. Zwei Jahre später erstach Vitalij Kalojew, dessen Frau und zwei kleine Kinder beim Absturz starben, den Schweizer Fluglotsen Peter Nielsen (der eine Frau und drei Kinder hatte), weil er glaubte, dass dessen Fehler ursächlich für den Tod seiner Familie gewesen sei. Die Tragödie fand große Resonanz in Russland und in Europa. In diesem Jahr kam der amerikanische Film „Aftermath“ mit Arnold Schwarzenegger in der Hauptrolle in die Kinos, der auf Motiven dieser Geschichte fußt. Dem Journalisten Dillinger und seinen Kollegen ist es gelungen, dem heutigen Betrachter die Tragödie unter Verwendung der klassischen Reportage und moderner Informationstechnologie zu präsentieren, was es ermöglicht, den Inhalt besonders emotional und abwechslungsreich zum Ausdruck zu bringen.

Im Ergebnis verlief der Petersburger Dialog 2017 in einer warmen Atmosphäre im Herzen von Berlin ohne gegenseitige Verunglimpfungen, Vorwürfe und Anschuldigungen, sondern im Rahmen einer guten Diskussion zwischen Menschen, von denen sich viele seit Jahren gut kennen.

Jurij Tschernyschew

An Lafontaine scheiden sich die Geister

Turbulenter Parteitag der Saarlinken in Völklingen – Jochen Flackus zum neuen Vorsitzenden gewählt

An der Saar sollte eine Art Musterverband der Linkspartei entstehen. Oskar Lafontaine feierte hier spektakuläre Erfolge. Mittlerweile ist die Partei heillos zerstritten und der 74-Jährige hat keine Lust mehr.

Als sich bei nasskaltem Schmuddelwetter einige hundert Mitglieder der Linkspartei in der tristen und strukturschwachen Industriestadt Völklingen zum Landesparteitag trafen, hofften viele, Lafontaine würde noch einmal für Ordnung sorgen. Vergeblich. „Der Alte" oder „der Oskar", wie sie ihn an der Saar nennen, kam nicht. Er überließ die zankenden Genossen sich selbst. Die nutzten die Gunst der Stunde zu einem Machtkampf der besonderen Art. Lafontaines Nachfolgerin an der Spitze der Landespartei, seine Fraktionskollegin im Landtag Astrid Schramm, verzichtete bereits im Vorfeld auf eine erneute Kandidatur.

Thomas Lutze, Bundestagsabgeordneter und Schatzmeister, tat es ihr gleich. „Gut so", sagte Schramm, Lutze habe die Kasse schlecht geführt, wahllos Mitglieder aufgenommen, die keinen Beitrag zahlen, um sich so die Bundestagskandidatur zu sichern. Immerhin ein Drittel der Saarlinken ist bislang säumig, der scheidende Vorstand wurde dennoch entlastet. Lutze hatte es in den 90ern aus Leipzig ins Saarland verschlagen, er war damals noch bei der PDS und wurde später ein Mitarbeiter Lafontaines in dessen Wahlkreis. Damals war er ein Vertrauter, heute ist er ein Gegner.

Seit Monaten tobt ein Bruderkrieg an der Saar, die Bandagen sind hart. Schriftführer Adolf Loch rief die Wähler im Sommer öffentlich auf, der Linken zwar die Zweitstimme zu geben, Lutze aber nicht zu wählen. Der sei ein Gauner. Der Bundestagsabgeordnete schlug zurück, betrieb den Ausschluss seiner Widersacher aus der Partei und scheiterte.

„Erbärmlich und beängstigend", nennt Heinz Bierbaum die Zustände. Der Betriebswirtschaftsprofessor, der in Westdeutschland seinen Weg über die Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) in die Partei fand und bis 2017 im Saarbrücker Landtag Fraktionsgeschäftsführer war, gilt als Gefolgsmann Lafontaines. Über den neuen Landesvorstand sagte er der „Süddeutschen Zeitung": „Hoffen wir mal, dass es klappt. Ansonsten sieht es bitter aus, dann ist der Niedergang im Saarland kaum noch aufzuhalten."

> »Hoffen wir mal, dass es klappt. Ansonsten sieht es bitter aus, dann ist der Niedergang im Saarland kaum noch aufzuhalten«

An der Spitze steht nun Jochen Flackus, Fraktionsgeschäftsführer im Landtag, ein langjähriger Vertrauter Lafontaines und wie dieser früher einmal Sozialdemokrat. Er wurde wohl auch deshalb gewählt, weil er als Garant dafür gilt, dass Lafontaine nicht vollends das Interesse an seiner Partei verliert. Magere 62 Prozent bekam Flackus. Mit 62 Jahren ist der gebürtige Ingelheimer auch schon etwas alt für den Neuanfang. Der ist dringend nötig und startete holprig. Flackus präsentierte einen Vertrauten als neuen Geschäftsführer. Der Mann wurde prompt gewählt. Erst dann fiel ihm ein, dass er vergessen habe, die Mitglieder zu informieren, dass er Gründungsmitglied der Saar-AfD gewesen ist. So endete diese Parteikarriere, bevor sie begonnen hatte. Mit Leo Schmidt sprang ein weiterer Ex-Sozialdemokrat in die Bresche.



Der Spitzenkandidat der Saarlinken bei der letzten Bundestagswahl gratuliert seinem neu gewählten Landesvorsitzenden: Thomas Lutze und Jochen Flackus (von rechts) Bild: pa

Mit 21,3 Prozent startete die Linke 2009 an der Saar, im vergangenen Frühjahr blieb noch etwas mehr als die Hälfte übrig, Tendenz fallend. Der einstige Vorzeige-Verband im Westen ist eine einzige Baustelle und spiegelt die Zustände der Bundespartei. Die Mixtur aus frustrierten Ex-Sozialdemokraten, kommunistischen Sektierern aus dem Westen und der bodenständigen Ost-Basis funktioniert nicht. Vor Jahren schien es so, als könnte eine neue linke Bewegung entstehen, als sich Gregor Gysi und Lafontaine zusammentaten. Eine Zeitlang funktionierte die Zusammenarbeit. Dann verschwanden beide von der bundespolitischen Bühne. „Es herrscht nur noch Hass", beschrieb Gysi den Zustand in der Fraktion vor zwei Jahren. Besser geworden ist es nicht. Die Bundestagswahl war kaum gelaufen, da trat Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn zurück, zerrieben zwischen den Fronten. Der 42-Jährige wollte die Partei fit für eine Regierungsbeteiligung machen. Doch da spielte Lafontaines Lebensgefährtin Sarah Wagenknecht an der Spitze der Bundestagsfraktion nicht mit. Die Linke ist gefangen zwischen multikultureller Ideologie und der Realität der Asylkrise. Viele Genossen schauen neidisch nach Thüringen, wo Bodo Ramelow relativ unaufgeregt eine Landesregierung führt. Mit Lafontaines Krawall-Politik sei das nicht zu machen, heißt es in der Partei.

Der ist sich mittlerweile nicht einmal mehr sicher, ob er in der richtigen Partei ist. Er frage sich nun, ob er innerhalb der SPD mehr hätte bewirken können, so der 74-Jährige in einem Interview mit der „Saarbrücker Zeitung". Das Ziel der Parteigründer war es laut Lafontaine, den Sozialabbau zu stoppen und die Sozialdemokraten zu zwingen, wieder eine sozialere Politik zu machen. „Doch das ist uns nicht gelungen", gestand er ein, „Und damit verlieren unsere Ideen an Einfluss." Es klingt nicht, als ob er noch große Lust hätte. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Franco A. auf freiem Fuß

Karlsruhe – Der Bundesgerichtshof hat den Haftbefehl gegen den Bundeswehr-Oberleutnant Franco A., dem unter anderem die Vorbereitung einer „schweren staatsgefährdenden Gewalttat" zur Last gelegt wird, aufgehoben. Der Staatsschutzsenat konnte aus dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen keinen dringenden Tatverdacht herleiten. Der Beschuldigte werde zwar durch verschiedene Ermittlungsergebnisse belastet; aufgrund mehrerer Unstimmigkeiten sei es jedoch nicht in dem erforderlichen Maße wahrscheinlich, dass er tatsächlich ein Attentat auf eine Person des öffentlichen Lebens vorbereitet habe. Die von den übrigen Delikten ausgehende Straferwartung reiche nicht als Haftgrund aus. *J.H.*

Staat muss für Poller zahlen

Berlin – Das Verwaltungsgericht Berlin hat in einem noch nicht rechtskräftigen Urteil entschieden, dass von den Behörden auferlegte Maßnahmen zur Abwehr von allgemeinen Gefahren durch Terroranschläge bei Weihnachtsmärkten nicht dem Veranstalter auferlegt werden können. Zur Begründung heißt es, dieser verursache mit der Durchführung des Weihnachtsmarktes „nicht in zurechenbarer Weise die Gefahr eines Anschlags". Mit anderen Worten: Die Gefahr kommt von Dritten und von außen, sie erwächst also nicht aus der Veranstaltung selbst. Als nicht verantwortliche Person könne der Veranstalter nicht dafür in Anspruch genommen werden. Vor allem in Hamburg wird der Fall mit Interesse verfolgt. Hier stritten sich die Veranstalter mit den Behörden, weil sie die Kosten für die erhöhten Sicherheitsvorkehrungen auf dem unmittelbaren Veranstaltungsgelände in voller Höhe selbst tragen müssen. Die Stadt beteiligt sich lediglich an Maßnahmen im nahen Umfeld des Veranstaltungsortes. *J.H.*

Richtungsstreit in der DITIB

Die Reformer kämpfen gegen die Traditionalisten

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) mit ihren mehr als 900 Moscheegemeinden galt in Deutschland lange als wichtigster Ansprechpartner für Belange der Muslime. Mittlerweile gibt es heftige interne Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Traditionalisten. Im Sommer trat der Bundesvorstand der Ditib-Jugend geschlossen zurück. In den Medien hieß es dazu, der Schritt sei erfolgt, nachdem die DITIB zwei Jugendvorstandsmitglieder ohne Angabe von Gründen entlassen beziehungsweise zwangsversetzt habe. In dem Rücktrittsschreiben beklage der Vorstand des Jugendverbands BDMJ (Bund der Muslimischen Jugend) eine massive Behinderung der bisher erfolgreichen Jugendarbeit und eine „von Misstrauen geprägte Stimmung".

Misstrauen prägt mittlerweile auch das Verhältnis zur Politik. „Wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen namentlich bekannte Personen", laufen seit rund einem Jahr Ermittlungen gegen Ditib-Funktionäre. Laut dem Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen sollen mindestens 13 Imame Informationen an türkische Regierungsstellen geliefert haben. Großen Einfluss innerhalb der Ditib haben der Beirat und der Religionsrat. Der Beirat besteht auf Bundesebene ausschließlich aus Vertretern der in Ankara ansässigen Religionsbehörde Diyanet, die direkt dem türkischen Ministerpräsidentenamt unterstellt ist. Den Vorsitz hat laut Satzung der Diyanet-Präsident. Der Beirat ist unmissverständlich an allen wichtigen Entscheidungen des Vorstands zu beteiligen.



Generalsekretär Bekir Alboga Bild: Imago

„Ditib kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein ernsthafter Ansprechpartner des Staates sein, da die Organisation nicht unabhängig ist", mahnt Susanne Schröter, Leiterin des Forschungszentrums für Globalen Islam in Frankfurt in Richtung Politik. „Leider gibt es gar keine Anzeichen einer Reform oder auch nur des Nachdenkens über entsprechende Schritte."

Die in die Kritik geratene Organisation will mit der türkischen Religionsbehörde Diyanet allerdings verbunden bleiben. Solange es Ditib gebe, werde der Verband mit der türkischen Behörde kooperieren, sagte der Ditib-Generalsekretär Bekir Alboga auf dem Deutschen Islamforum Anfang November. Dies heiße aber nicht, dass der deutsche Verband der verlängerte Arm der türkischen Regierung sei. Ditib werde sich in Deutschland weiterentwickeln.

Experten wie Susanne Schröter zweifeln allerdings daran. Solange Diyanet-Funktionäre in zentralen Ditib-Gremien eine dominante Rolle spielten, könne es keine Lösung von der türkischen Regierung geben. Ditib-Funktionäre könnten eine Karriere in der Türkei verfolgen, wenn sie sich in Deutschland „standhaft" zeigten. *P.E.*

»Politiker-Stalking«

Extra-Straftatbestand zum Schutz von Mandatsträgern gefordert

Ein Messerangriff auf den Bürgermeister der nordrhein-westfälischen Stadt Altena hat zu Forderungen nach mehr Schutz für politische Mandatsträger geführt. Andreas Hollstein (CDU), der Bürgermeister Altenas, war am 27. November in einem Imbiss mit einem Messer angegriffen und am Hals verletzt worden. Die Ermittler gehen nach den bisherigen Erkenntnissen von einer spontanen Tat eines angetrunkenen Arbeitslosen aus. Laut Angaben des zuständigen Oberstaatsanwalts wurden bislang keine Verbindungen des Beschuldigten in die organisierte rechte Szene gefunden. Das starke Engagement des Bürgermeisters für Asylsucher hatte zu der Vermutung geführt, der Messerangriff auf den Bürgermeister sei fremdenfeindlich motiviert gewesen.

Hollstein sprach nach dem Angriff auf ihn gegenüber der „Passauer Neuen Presse" von dem Versäumnis der liberalen Gesellschaft, Grenzen zu ziehen, und sagte, er beobachte eine zunehmende Verrohung. „Wer hetzt, gafft, Rettungskräfte angreift, muss mit saftigen Strafen rechnen", so der CDU-Politiker.

Auch andere Politiker äußerten sich zu dem Fall. So sagte Hollsteins Parteivorsitzende Angela Merkel, sie sei über den Messerangriff entsetzt. Stellungnahmen auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD), die Linke-Politikerin Katja Kipping und Bundespräsident Frank Walter Steinmeier.



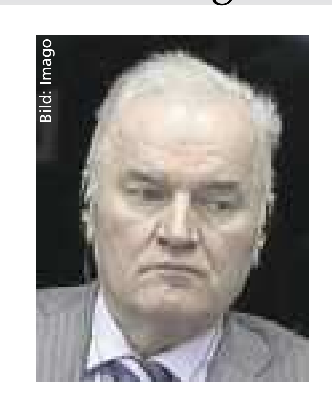
Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg Bild: Imago

Der Städte- und Gemeindebund forderte nach dem Messerangriff eine Anpassung im Strafgesetzbuch. Gerd Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, sprach sich gegenüber den Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland dafür aus, einen bereits bestehenden Paragrafen um einen neuen Straftatbestand „Politiker-Stalking" zu erweitern.

Viele Politiker müssen sich bei dem Thema den Vorwurf gefallen lassen, bei der Gewalt im öffentlichen Raum mit zweierlei Maß zu messen und die zunehmende Verrohung im Alltagsleben bislang als dringendes Problem weitgehend ignoriert zu haben. Ein Blick in einschlägige Statistiken zeigt nämlich, dass die Zahl von Messerattacken vielerorts drastisch gestiegen ist. Forderungen von Politikern nach Änderungen am Strafrecht kommen somit reichlich spät.

Bemerkenswert ist auch, dass nun im Vordergrund der Diskussion steht, wie Mandatsträger besser geschützt werden können, selten aber, wie es um die Sicherheit der normalen Bürger steht. So haben offene Worte wie die von Thüringens Innenminister Georg Maier in der öffentlichen Diskussion bislang noch immer Seltenheitswert. Nach eine Reihe von Messerattacken durch in Thüringen lebende afghanische Asylbewerber hatte der SPD-Politiker auf Handlungsbedarf hingewiesen und davon gesprochen, es scheine in diesen Fällen so, dass kulturell bedingt schnell zum Messer gegriffen werde. *Norman Hanert*

Zeitzeugen


Bild: Imago

Ratko Mladic – Der einstige militärische Oberbefehlshaber der serbischen Truppen in Bosnien-Herzegowina wurde im November 2017 vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wegen des Völkermordes an bosnischen Muslimen während des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Zur Last gelegt wurde ihm vor allem das sogenannte Massaker von Srebrenica.

Omar Hassan al Baschir – Der amtierende sudanesische Staatschef wird seit 2009 wegen Völkermord per Haftbefehl vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht. Obwohl er seitdem mehrfach afrikanische und arabische Länder besucht hat, die mit dem Gerichtshof kooperieren, wurde er nicht ausgeliefert. Begründet wird dies damit, dass man in Den Haag einseitig und vor allem gegen afrikanische Beschuldigte ermittele.


Bild: Imago

Carla del Ponte – Die Schweizer Juristin war von 1999 bis 2007 Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes für die Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien sowie für den Völkermord in Ruanda in Den Haag. Zuletzt untersuchte sie im Auftrag der Vereinten Nationen Menschenrechtsverletzungen in Syrien.

Jean Paul Akayesu – Das ehemalige Oberhaupt der ruandischen Gemeinde Maba verbüßt seit 2001 in einem Gefängnis in Mali eine lebenslange Freiheitsstrafe. Vom Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda wurde er der Beteiligung an einem Völkermord an über 2000 Angehörigen der Volksgruppe der Tutsi für schuldig befunden. Seine Verurteilung galt als richtungsweisend für die juristische Aufarbeitung des ruandischen Bürgerkrieges.


Bild: Imago

Mahathir bin Mohamad – Der vormalige malaysische Ministerpräsident rief 2007 die Kuala-Lumpur-Kriegsverbrecherkommission ins Leben. In einem aufsehenerregenden Verfahren sprach dieses Gremium 2011 George Bush und Tony Blair unter anderem wegen Völkermordverbrechen im Irak für schuldig. Rechtsverbindlich sind die Urteile nicht, da die Kommission eine private Organisation ist.

Früher war Völkermord legal

Erst 1948 verabschiedeten die Vereinten Nationen eine Konvention zur Bestrafung

Ab 1998 wurde mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Institution geschaffen, die neben den Vertragsstaaten ebenfalls einen Strafprozess wegen Völkermordverbrechen durchführen kann. Bis dahin war es ein weiter Weg.

„Du sollst nichts leben lassen, was Odem hat", so wurden bereits die frühen Israeliten von ihrem Gott zum unnachsichtigen Umgang mit besiegten Feinden angehalten. Noch heute lässt sich dieses Zitat im Fünften Buch Moses nachlesen. Doch auch jenseits des Alten Testaments lassen sich schon in der Antike prominente Beispiele für das Ausmorden von ganzen Völkern finden. Bekannt ist vor allem die Zerstörung Karthagos durch die Römer im Dritten Punischen Krieg, bei der fast alle Einwohner der Stadt abgeschlachtet wurden und der verbliebene Teil versklavt wurde.

Obwohl die Kriegführung der Römer heute allgemein als vergleichsweise zivilisiert eingeschätzt wird, hinderte sie dies nicht, nur etwas über 100 Jahre später ein weiteres gewaltiges Massaker zu verüben. 55 v. Chr. metzelte ein von Julius Cäsar geführtes Expeditionskorps am Zusammenfluss von Rhein und Maas über 400 000 Angehörige der germanischen Stämme der Usipeter und Tenkterer, inklusive Frauen und Kinder, nieder.

Besonders verankert im europäischen Bewusstsein hat sich aber der sogenannte Mongolensturm. Ab 1206 drangen Reiterheere aus dem Inneren Asiens unter ihrem Anführer Dschingis Khan und später unter einem seiner Söhne bis nach Europa vor. Auf ihrem Weg zerstörten sie 1258 die Stadt Bagdad, welche bis dahin als das kulturelle Zentrum des Islam galt. Zeitzeugen schilderten die Bestialität des mongolischen Vorgehens, die aus den Schädeln ihrer Opfer turmhohe Pyramiden gebaut haben sollen.

> Der Westfälische Frieden war ein wichtiger Meilenstein

Erste Schritte, die Auswirkungen von militärischen Auseinandersetzungen auf die Zivilbevölkerung zu begrenzen, wurden im Zusammenhang mit dem Westfälischen Frieden von 1648 unternommen. Zwar wurden Zivilisten in innereuropäischen Kriegen auch in der Folge immer wieder zu Opfern von religiös begründeten Vertreibungen und grausamen Repressionen, vorsätzliche Ausrottungsfeldzüge fanden indes nicht mehr statt.

Mit der Entwicklung des modernen Nationalstaates sowie dem zunehmenden Aufkommen eines eigenen nationalen Bewusstseins der europäischen Völker traten religiöse und dynastische Aspekte bei militärischen Konflikten zunehmend in den Hintergrund. Stattdessen strebte man danach, mit Menschen derselben ethnischen und kulturellen Herkunft in einem eigenen Staat zu leben. Das bisherige Ordnungssystem Europas war damit radikal infrage gestellt. In der Folge des Ersten Weltkrieges bemühten sich insbesondere Polen und Frankreich darum, einerseits ihre Grenzen zu erweitern und zum anderen die neu erworbenen Gebiete ethnisch zu säubern. Damit wollte man künftige innenpolitische Spannungen mit nationalen Minderheiten vermeiden. Zugleich sollte einer benachbarten ausländischen Macht kein Grund für eine Intervention zum Schutze einer solchen Minderheit gegeben werden.

Anlass für erste Initiativen, eine solche Praxis unter Strafe zu stellen, gab die Vertreibung der Armenier durch die Türken. Bereits 1915 erließen die Entente-Mächte eine Protestnote, mit der sie das Osmanische Reich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit bezichtigten. 30 Jahre später sollte dieser Terminus die Grundlage für die Verurteilung deutscher sowie japanischer Regierungsangehöriger und Militärs in den ab 1945 beginnenden Prozessen für ihnen von den Siegermächten zur Last gelegte Völkermordhandlungen werden. Tatsächlich hatte es zuvor jedoch nie eine verbindliche internationale Übereinkunft gegeben, sodass die Angeklagten allenfalls wegen eines Verstoßes gegen ihr jeweiliges nationales Recht oder gegen das seinerzeit geltende Kriegsvölkerrecht hätten verurteilt werden dürfen.

Erst 1948 verabschiedeten die Vereinten Nationen eine Konvention zur Bestrafung von Völkermord, die jedoch von den einzelnen Mitgliedstaaten zunächst in eigenes Recht umgesetzt werden musste, um Wirksamkeit zu entfalten. *Dirk Pelster*



Bild: Imago

Zuständig für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen: Der Internationale Strafgerichtshof

Die Vertreibung war ein Völkermord

Im Jahre 1948 haben die Vereinten Nationen eine Konvention zur Bestrafung von Völkermorden erlassen. Die Bundesrepublik Deutschland ratifizierte die Konvention 1955 und schaffte innerhalb ihres Strafrechts eine eigene Norm, gemäß der dieses Verbrechen unter Strafe gestellt wurde. Die damalige Regierung Adenauer ließ sich dabei vor allem von der Vorstellung leiten, dass auch die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches nach 1945 einen Völkermord darstelle und dieser so international verurteilt werden könne.

Sieht man sich die Definition der Konvention und ihre Konkretisierung im deutschen Recht an, so sind die für die Erfüllung des Tatbestandes erforderlichen Voraussetzungen hier tatsächlich gegeben. Strafbar macht sich danach, wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu vernichten, Mitglieder dieser Gruppe tötet, ihnen seelische und körperliche Gewalt zufügt, Geburten verhindert oder sie unter Lebensbedingungen stellt, die auf ihre Zerstörung hinauslaufen.

> Was ist mit Merkels Asylpolitik?

Angesichts dieses Kataloges könnte sich dem unbefangenen Zeitgenossen die Frage aufdrängen, ob nicht nur die Vertreibung aus den Ostgebieten einen Völkermord im Rechtssinne darstellt, sondern ob nicht möglicherweise auch die anhaltende und bewusst gesteuerte Masseneinwanderung zu einer Zerstörung der Deutschen führen soll. Sieht man sich die Tatbestandsvoraussetzungen an, so ließe sich diese Frage durchaus bejahen. Allerdings wurde den Deutschen die Aufnahme eines Millionenheeres an Zuwanderern in ihrem Land nicht von einer dunklen und fremden Macht aufgezwungen, sondern sie haben die Politik der offenen Tür seit Jahrzehnten immer wieder durch ihr Votum für die dafür verantwortlichen politischen Parteien und Entscheidungsträger an der Wahlurne bestätigt. *D.P.*

»Tötet alle Deutschen«

»Völkermord« ist ein Bestandteil der Geschichtspolitik geworden

Im Januar dieses Jahres legten Vertreter der Herero und Nama vor einem US-Gericht Klage gegen die Bundesrepublik ein. Ziel ist die Zahlung von Schadenersatz wegen der Niederschlagung der von diesen Stämmen ab 1904 unter der Losung „Tötet alle Deutschen" angezettelten Aufstände in Deutsch-Südwestafrika. Dasselbe Anliegen verfolgt auch die Republik Namibia in seit zwei Jahren andauernden Verhandlungen mit der Bundesregierung. Sowohl die Vertreter der Hereros als auch die namibische Regierung betrachten das damalige militärische Vorgehen Deutschlands als Völkermord. Auch ein Sprecher der Bundesregierung gebrauchte zwischenzeitlich diesen Begriff. Erstmals traf diese Einschätzung der DDR-Historiker Horst Drechsler in seinem 1966 erschienenen Buch „Südwestafrika unter deutscher Kolonialherrschaft – Der Kampf der Hereros und Nama gegen den deutschen Imperialismus".

Tatsächlich ist die historische Einschätzung zum Vorgehen der deutschen Schutztruppen längst nicht so eindeutig, wie gerne behauptet wird. Zunächst verwundert es, dass gerade Politiker und Historiker, die im Zusammenhang mit den an Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen ab 1945 gerne auf das Ursache-Wirkungs-Prinzip verweisen, weitestgehend ausblenden, dass der Bekämpfung des Aufstands in Südwestafrika Ereignisse vorausgingen, die an Grausamkeit kaum zu überbieten waren. Über 140 Deutsche, größtenteils Zivilisten, wurden von den Hereros verstümmelt und ermordet. Setzt man die heutigen rechtlichen Maßstäbe an, kann dies bereits selbst als Völkermord eingestuft werden. Dadurch, dass den Hereros das europäische Reglement zur Kriegführung fremd war und sie als Nomaden stets gemeinsam mit ihren Familien umherzogen, mussten sich zudem sämtliche militärische Gegenmaßnahmen zwangsläufig direkt auch auf diese auswirken. Hinzu kommt eine äußerst tendenziöse Bewertung der historischen Fakten, die nur den Schluss zulässt, dass die Einstufung des damaligen deutschen Vorgehens als Völkermord vor allem politisch gewollt ist. *D.P.*

> Täter machen sich nach Belieben zu Opfern

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Stadtstaaten fürchten das Jahr 2019

Innensenatoren: Wenn die Residenzpflicht für Asylsucher ausläuft, droht Massenansturm



Weiterer Zustrom von Immigranten dürfte den ohnehin angespannten Wohnungsmarkt in den Metropolen weiter belasten: Suchanzeige im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg

Bild: Imago

Die Innensenatoren von Berlin, Hamburg und Bremen haben eine enge Zusammenarbeit bei den Themen Sicherheit, Immigranten, und Kriminalprävention vereinbart. Im Auge haben sie dabei auch das Jahr 2019. Deutschlands Großstädten droht dann eine Zuspitzung des Immigrantenproblems.

Eine Reihe von Kommunen muss sich darauf einstellen, dass ab dem übernächsten Jahr eine neuerliche, diesmal innerdeutsche Zuzugswelle von Immigranten auf sie zurollt. Hintergrund der Befürchtungen ist das Auslaufen der sogenannten Residenzpflicht für Asylbewerber im August 2019.

Bislang müssen Personen, die eine Anerkennung als Asylant erhalten haben, drei Jahre in dem Bundesland wohnen bleiben, in dem sie ihr Asylverfahren durchlaufen haben. Voraussehbare Folge der Welle von Asylanträgen im Jahr 2016 ist vor diesem Hintergrund, dass im übernächsten Jahr viele Asylanten die ihnen zugewiesenen Wohnorte verlassen können, um in große Metropolen umzuziehen. In den großen deutschen Ballungszentren sind meist schon umfangreiche Gruppen von Landsleuten ansässig, auch die Chancen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, sind deutlich besser.

Kehrseite der Freizügigkeit für anerkannte Asylsucher ist die Gefahr, dass sich in Städten wie Berlin noch stärker als bislang abgeschottete Parallelgesellschaften etablieren. Speziell die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen müssen nach dem Wegfall der Wohnsitzauflage mit einem massiven Ansturm von Immigranten vor allem aus den Umlandgemeinden rechnen.

Die Folgen sind absehbar: Die ohnehin angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt, bei Schul- und Kitaplätzen wird sich weiter verschärfen. Ebenso ist mit neuen Kosten im Sozialbereich und realistischerweise auch mit einem weiteren Anstieg der Kriminalität zu rechnen. Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat sich angesichts der zu erwartenden Entwicklung bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen Andy Grote (SPD, Hamburg) und Ulrich Mäurer (SPD, Bremen) für eine Verlängerung der Residenzpflicht oder für eine andere Regelung ausgesprochen, die den Zuzug begrenzt.

Aus Sicht Geisels ist die „Situation in den Berliner Schulen, auf dem Wohnungsmarkt, im Bereich der Transferleistungen" in erheblichem Maße angespannt. Er fordert daher, dass alle Bundesländer ihren Beitrag zur Bewältigung der Situation leisten und sich solidarisch zeigen. „Diese Aufgaben müssen in ganz Deutschland getragen werden und nicht nur in den großen Metropolen", so der Standpunkt des Berliner Innensenators. Eine Umsetzung des Vorhabens ist allerdings schwierig. Die Auflagen zum Wohnsitz für Asylsucher sind in einem Bundesgesetz geregelt. Eine Änderung ist damit erst einmal eine Angelegenheit für den Bundestag.

Hinzu kommt ein hausgemachtes Problem: Allein ein Blick in den Koalitionsvertrag des rot-ro-grünen Regierungsbündnisses in Berlin lässt erahnen, dass der SPD-Innensenator mit heftigem Widerstand vonseiten der Linkspartei und der Grünen rechnen muss. Hakan Tas, der innen- und integrationspolitische Sprecher der Linkspartei-Fraktion im Abgeordnetenhaus, kritisierte inzwischen den Innensenator scharf und sprach von einem Alleingang Geisels. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass der Innensenator so etwas wagt", so Tas laut Berliner „Tagesspiegel".

> Immigranten werden sich in den Metropolen ballen

Bislang vertritt die Linkspartei den Standpunkt, Asylsucher sollten in Deutschland nach Belieben ihren Wohnort wählen können. Canan Bayram, die flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, sprach davon, dass Wohnsitzauflagen im Widerspruch zum rot-rot-grünen Koalitionsvertrag stünden. Laut der „Berliner Morgenpost" sagte Bayram, Innensenator Geisel mache sich angreifbar, wenn er seinen Ressortkollegen aus anderen Bundesländern Zusagen mache, die er in Berlin nicht durchsetzen könne.

Auch andere Punkte der gemeinsamen Arbeitssitzung der Innensenatoren bergen reichlich politischen Konfliktstoff für die rot-rot-grüne Koalition an der Spree. Die drei SPD-Senatoren sprachen klar an, dass der starke Zuzug von Menschen unterschiedlicher Herkunft auch mehr Probleme und Herausforderungen für die Polizei bedeute. Bei der vereinbarten Kooperation im Sicherheitsbereich setzen die Innensenatoren zur Eindämmung der Alltagskriminalität ganz ausdrücklich auf Verbesserungen bei der Vorbeugung und der Strafverfolgung, aber auch auf einen gezielten Einsatz von Videoüberwachung.

Als größte sicherheitspolitische Aufgabe für die Stadtstaaten sehen die Senatoren die Bekämpfung des islamischen Terrorismus. Hierbei sehen die SPD-Politiker den Bund in der Pflicht. Dieser solle unter anderem mehr Verantwortung bei der Abschiebung ausländischer Gefährder übernehmen. Vorgeschlagen wird hierzu eine Änderung der Gesetzeslage, sodass sich beispielsweise das Bundesinnenministerium künftig um jene Gefährder kümmern soll, gegen die der Generalbundesanwalt Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. *Norman Hanert*

Extrawurst

Von Theo Maass

Sind Fahrradfahrer bessere Menschen? Ich muss es glauben, denn die Landesregierung in Berlin unternimmt vielfältige Bemühungen, den Autoverkehr zu diskriminieren und die Hauptstädter auf den „Drahtesel" zu verweisen. Mit viel Geld und Aufwand werden Straßen umgewidmet und auf die Fahrbahn neue Radwege aufgemalt. Das ist nicht weiter schlimm. Sollte es einen Politikwechsel geben, kann die rot-rot-grüne Verkehrspolitik auf der Straße mittels einiger Eimer schwarzer Farbe wieder rückgängig gemacht werden.

Dem Trend zur Bevorzugung von Fahrradfahrern wollen auch die öffentlichen Verkehrsbetriebe folgen. In einer Werbeschrift heißt es: „Die Kombination aus Fahrrad und öffentlichem Nahverkehr wird immer beliebter. Die BVG unterstützt diesen Trend und stellt an vielen Bahnhöfen und Haltestellen Abstellanlagen für Fahrräder an, teilweise sogar überdacht." Grundsätzlich gibt es keine Begrenzung für die Menge der Fahrräder, die sich in einen Wagon der U- oder S-Bahn zwängen wollen. In der S-Bahn sind die Räder generell erlaubt. In den Wagen gibt es entsprechend gekennzeichnete Stellplätze. Die BVG ist da etwas weniger euphorisch: „Die Fahrradmitnahme bei der U-Bahn und in der Straßenbahn ist nur in den gekennzeichneten Wagen möglich. Bei der U-Bahn darf man keine Fahrräder in den ersten Wagen mitnehmen."

Konflikte sind programmiert. Gerade dann, wenn jemand glaubt, als „besserer Mensch" (weil Radfahrer) Vorrechte zu haben, wird es schwierig. So kommt es vor, dass auch im Berufsverkehr ein drittes und viertes Fahrrad in den bereits vollen S-Bahn-Wagen geschoben wird. Die anderen Fahrgäste rücken dann eben zusammen. Es kann auch vorkommen, dass verschmutzte Drahtesel Kleidung oder Gepäckstücke anderer Fahrgäste verdrecken.

Eine telefonische Nachfrage beim S-Bahn-Betreiber Deutsche Bahn in Berlin gestaltete sich schwierig. Auf den Bahnhöfen ist nicht jede „Servicekraft" in der Lage, Auskünfte zu erteilen. Nach mehreren Versuchen erklärte sich beim telefonischen Auskunftsdienst ein Mitarbeiter für zuständig: Man appelliere an die Vernunft und die Rücksicht aller Fahrgäste. Ein Zurückweisen von Fahrgästen mit Fahrrädern sei gar nicht möglich, weil die ja schließlich einen Fahrschein gekauft hätten.

Bei der BVG war die Nachfrage ähnlich unbefriedigend. Immerhin kann man sich dort beschweren und erhält die Zusage, dass eine Streife von BVG-Mitarbeitern den Konfliktschwerpunkt besucht – gelegentlich. Bei der S-Bahn wurde gar nichts in Aussicht gestellt. Gewiss ist die Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV kein Massenphänomen. Dennoch ist die geübte Praxis keineswegs eine Verbesserung der Attraktivität des Nahverkehrs, sondern die Bevorzugung einer kleinen Minderheit zulasten der Allgemeinheit.

Senatorin in der Klemme

Grundschullehrer fordern mehr Geld – Finanzsenator lehnt ab

Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) hat Ärger mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wegen der Besoldung von Grundschullehrern. Am 27. November veranstaltete die Gewerkschaft unter dem Motto „Jetzt schlägt's 13" eine Demonstration.

Die Forderung der Pädagogen lautet, dass auch Lehrer, die schon länger an den Grundschulen unterrichten, eine bessere Bezahlung gemäß der Besoldungsgruppe A 13 und damit rund 5300 Euro monatlich bekommen. Eine höhere Bezahlung für neue Lehrer wurde bereits gewährt, um überhaupt Personal an Berliner Grundschulen zu locken.

In Brandenburg hatte sich die Landesregierung mit der GEW in der Vorwoche auf eine Änderung des Besoldungsrechts geeinigt, die eine entsprechende Bezahlung ermöglicht. Eigentlich strebt Scheeres für Berlin eine ähnliche Lösung an, wäre da nicht Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD), der sich aufgrund der Haushaltslage sperrt und auf die geltende Besoldungsordnung verweist. Scheeres hat zwar eine Anfrage an die Finanzverwaltung gestellt, aber Beobachter rechnen eher mit einer abschlägigen Antwort.

> Ältere Pädagogen wollen so viel wie neu Eingestellte

Vonseiten des Finanzsenators hieß es: „Es geht um schwierige beamten- und laufbahnrechtliche Fragen, deren Auswirkungen wir zurzeit prüfen und mit der Bildungsverwaltung besprechen. Wir gehen davon aus, dass wir erste Konzepte im ersten Quartal 2018 vorlegen werden."

Die Linkspartei, Koalitionspartner der SPD, versucht aus der Situation politisches Kapital zu schlagen. Die Bundestagsabgeordnete Gesine Lötzsch hat ein Gutachten in Auftrag gegeben. Danach verstößt die Nicht-Angleichung der Alt-Besoldungen gegen das Besoldungsrecht. Auch wenn solche Gutachten letztlich wenig wert sind, weil meist darin das zu finden ist, was der Auftraggeber gerne lesen will, zeigt es doch, dass die Senatorin zunehmend unter Druck gerät. Der Finanzsenator bekräftigte hingegen nochmals seine ablehnende Haltung: „Die Erhöhung der Besoldung ist keine Frage des Geldes oder der Verfassungswidrigkeit, sondern der Qualifizierung." Dabei ist der Ärger mit der GEW und den Grundschullehrern keineswegs die einzige Baustelle der Senatorin. Die zahlreichen maroden Schulgebäude versucht Scheeres totzuschweigen und den Schulleitern will sie ein Sprechverbot auferlegen. Aber auch das gelingt ihr nicht. *Hans Lody*

Masse statt Klasse

79 Regisseure meutern gegen Berlinale-Chef Dieter Kosslick

Hinter dem glamourösen Schein der Berlinale brodelte es schon lange. Jetzt haben 79 Regisseure mit einem offenen Brief an Kulturstaatsministerin Monika Grütters den Kessel zum Kochen gebracht. Sie fordern einen Neuanfang des Kinofestivals mit einer Neubesetzung der Leitung, „die in der Lage ist, das Festival auf Augenhöhe mit Cannes und Venedig zu führen".

Das klingt nach Meuterei gegen den Festivalleiter Dieter Kosslick, der die Berlinale schon seit 2001 leitet und dessen Vertrag 2019 ausläuft. Deswegen bringen sich jetzt diejenigen in Stellung, die in der Diskussion um eine mögliche Nachfolge mitreden wollen. Ministerin Grütters favorisiert eine weibliche Kandidaten-Lösung. Ihr schwebt Kirsten Niehuus vor, die Leiterin der Filmförderung im Medienboard Berlin-Brandenburg. Dass eine Frau aus dem Förderbereich, die zwar bundes-, aber eben nicht weltweit vernetzt ist, die Berlinale „auf Augenhöhe" mit den konkurrierenden Festivals bringen kann, bezweifeln die Unterzeichner des Briefes, darunter Volker Schlöndorff, Margarethe von Trotta oder die Berlinale-Gewinner Maren Ade, Fatih Akin und Christian Petzold.

> Kinofestival hat Speck angesetzt und ist von Cannes abgehängt

Dabei richtet sich die „Meuterei" der Regisseure nicht direkt gegen die Person Kosslicks. Der 69-Jährige genießt in der Branche viele Sympathien. Ihm wird hoch angerechnet, dass er die Berlinale zum größten Publikumsfestival der Welt aufgebaut hat. In den zwei Festivalwochen im Februar verzeichnet man eine halbe Million Kinobesucher. Cannes und Venedig können da nicht mithalten. Allerdings gibt es dort auch weniger Filme, dafür aber bessere Qualität. Bei den 400 Filmen, die auf der Berlinale gezeigt werden, stellt sich oft viel Langeweile ein. Diese minderwertige Masse, so die zuletzt häufig geäußerte Kritik, macht das Festival kaputt.

Die Berlinale hat in den Kosslick-Jahren reichlich Speck angesetzt. Wer einen Neuanfang starten will, steht vor einem Dilemma: Eine Diätkur mit weniger Filmen, bedeutet weniger Besucher und damit auch weniger Einnahmen, auf die das 24 Millionen Euro teure Festival aber angewiesen ist. Andererseits könnte starbesetztes Qualitätskino die Kluft zu Cannes und Venedig verringern. Für den Auftakt der kommenden Berlinale hat Kosslick schon mal nach Hollywood gegriffen: Am 15. Februar eröffnet der Animationsfilm „Isle of Dogs – Ataris Reise" des Regisseurs Wes Anderson („Grand Budapest Hotel") die Festspiele. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Asyl: Dänemark bleibt hart

Kopenhagen – Dänemark will auch künftig keine neuen Asylsucher ins Land lassen. Forderungen des UN-Flüchtlingswerks UNHCR, innerhalb von drei Jahren 1500 sogenannte Quotenflüchtlinge ins Land zu lassen, wird Dänemark nicht nachkommen. Ein neues Gesetz dazu wird in Kürze das Parlament passieren. Die Sozialdemokraten signalisierten bereits ihre Zustimmung. Die Dänische Volkspartei (DF) stellte darüber hinaus die Forderung auf, auch andere Formen der Zusammenarbeit mit der UNO in diesem Bereich aufzukündigen. Dänemarks Finanzminister Kristian Jensen (Venstre) will künftig weniger Mittel für Immigranten bereitstellen. *H.L.*

Gott ist nicht mehr der »Herr«

Stockholm – Die evangelisch-lutherische Kirche, mit über sechs Millionen Mitgliedern die größte Religionsgemeinschaft Schwedens, hat ihren Geistlichen empfohlen, Begriffe wie „Herr“ und „Er“ bei Gottesdiensten zu vermeiden und sie durch „Gott“ zu ersetzen. Die geschlechtsneutrale Wortwahl solle zeigen, dass Gott über der menschlichen Biologie stehe und sich somit außerhalb der geschlechtlichen Definitionen befinde. Außerdem solle die neue Sprachregelung die Kirche „integrativer“ machen, teilte Erzbischöfin Antje Jackelén, Vorsitzende der Schwedischen Kirche, zur Begründung mit. Die Empfehlung sei ein Teil des neuen Handbuches der Kirche, in dem beschrieben wird, wie ein Gottesdienst abzuhalten ist. Das Handbuch schreibt die Sprache, die Liturgie, die Musik und andere Aspekte des Gottesdienstes vor. Die neue Ausgabe wurde von einer jährlichen Konferenz der Kirchenführung in Uppsala verabschiedet und soll die Version aus dem Jahr 1968 ersetzten. *J.H.*

Geburtenexplosion vor der Haustür

Afrikas Bevölkerung wächst viel schneller als seine Wirtschaft, und die EU soll helfen

Es sind alarmierende Zahlen. Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas mehr als verdoppeln. „Dramatisch zunehmen“ könnte die Immigration aus Afrika, sagte der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU). Alle nüchternen Prognosen sehen düster aus. Nirgendwo sonst auf der Welt klaffen Wirtschaftskraft und Bevölkerungswachstum so weit auseinander. Gewaltige Konflikte sind programmiert.

Während das Wirtschaftswachstum im Afrika südlich der Sahara im vergangenen Jahr auf wenig mehr als ein Prozent und damit auf das niedrigste Niveau in 20 Jahren gefallen ist, wächst die Zahl der Menschen dort mit rund 2,7 Prozent derzeit rund doppelt so stark. Die Geburtenrate fällt, doch Experten der Vereinten Nationen erwarten, dass sich die Zahl der Einwohner in den Staaten des afrikanischen Kontinents dennoch bis 2050 auf 2,5 Milliarden verdoppeln wird. Bis zum Jahr 2100 werden demnach 40 Prozent aller Menschen, 4,5 Milliarden, in Afrika leben. „Afrika wird in den nächsten Jahrzehnten eine zentrale Rolle für die Größe und Verteilung der Weltbevölkerung spielen“, teilt die UN mit. Ein nachhaltiges Senken der Geburtenrate in Afrika werde sich nur mit mehr Familienplanung, besserer Bildung und einem Senken der Armut erreichen lassen.

Während Nigeria mit seinen rund 180 Millionen Menschen derzeit das einzige afrikanische Land unter den weltweit zehn bevölkerungsreichsten ist, werden nach Voraussage der UNO bis zum Jahr 2100 mindestens die Demokratische Republik Kongo, Tansania und Äthiopien dazukommen. Nigeria dürfte dann mit über 700 Millionen Menschen hinter Indien und China bereits auf Platz drei liegen.

Je mehr die Bevölkerung wächst, desto mehr junge Menschen brauchen Arbeit, das ist eine einfache Rechnung. „Desto mehr Münder müssen gestopft werden, desto mehr Afrikaner werden an eine Flucht nach Europa denken. Sich heute um die Bevölkerung von übermorgen zu sorgen, könnte für Europa langfristig einer der effektivsten Wege zur Bekämpfung von Fluchtursachen sein“, behauptet das Online-Portal des Nachrichtensenders NTV.

> Mit der Bildung wächst das Wissen um Europas relativen Wohlstand und damit der Wunsch, dorthin auszuwandern

Besonders dramatisch ist die Lage in Niger. Dort besucht die Hälfte der Kinder nie eine Schule. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 978 US-Dollar ist es selbst für afrikanische Verhältnisse besonders arm. Sein Präsident Mahamadou Issoufou schlug kürzlich Alarm: „Wenn wir unsere Jugend nicht ausbilden, für sie sorgen und ihnen Arbeitsplätze bieten können, wird sie zu einer Behinderung oder sogar einer Bedrohung für unseren sozialen Zusammenhalt und Wohlstand werden.“ Frauen gebären im Durchschnitt 7,5 Kinder, das ist die weltweit höchste Geburtenrate. Die Bevölkerung von rund 20 Millionen Menschen soll sich bis 2050 verdreifachen. Der Niger ist einer UN-Statistik zufolge nach dem Bürgerkriegsland Zentralafrikanische Republik das zweitärmste Land der Welt.

Eine neue „Flüchtlingskrise“ wie im Jahr 2015 will die EU unbedingt vermeiden. Viele Jahre lang konnten Immigranten auf dem Weg nach Europa ungehindert durch Niger reisen. Seit 2015 ist das gesetzlich verboten. Die Zahl der Durchreisenden sank stark: „Wir haben einen großen Erfolg erzielt. Früher waren es über 100 000 Menschen pro Jahr, die Niger als Transitland nutzten. Heute sind es weniger als 20 000. Aber um das festzuhalten: Wir machen das nicht wegen Europa. Wir haben eine ethische Pflicht, afrikanische Migranten zu beschützen. Es darf nicht sein, dass sie in der Wüste oder im Meer sterben. Daneben gibt es auch Sicherheitsinteressen. Denn auf dem Rückweg von Libyen nach Niger transportieren Menschenhändler Waffen“, sagte der Staatspräsident der Tageszeitung „Die Welt“.



Nigers Bevölkerung ist selbst für afrikanische Verhältnisse jung und arm: Bauersfrau Hadjo Haruna (M.) mit einigen ihrer 100 Enkelkinder vor ihrer Hütte im Dorf Koygorou Bild: pa

In den anderen Sahel-Ländern Senegal, Mauretanien, Mali, Burkina Faso und Tschad sieht es nur wenig besser aus. Auch in Nigeria, dem mit 5867 Dollar BIP pro Kopf deutlich wohlhabenderen, und mit 190 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichsten Land Afrikas, konnten 2015 in den nördlichen Regionen zwischen 54 und 75 Prozent der Frauen und 17 bis 48 Prozent der Männer nicht lesen und schreiben. Einerseits fehlt es besonders in den extrem armen Ländern wie Mali und Niger an finanziellen Möglichkeiten, andererseits halten es immer noch viele Eltern für überflüssig, ihre Kinder auf Schulen zu schicken. Dazu kommen schlecht organisierte öffentliche Bildungssysteme sowie Bürgerkriege und chaotische Verhältnisse.

Selbst Länder, die reich sind an Bodenschätzen, sind desorganisiert und/oder korrupt verwaltet und regiert, sodass die Einnahmen ausschließlich den wohlhabenden Eliten zukommen. „Bildung ist der zentrale Hebel, um einen sozioökonomischen Wandel einzuleiten und die Staaten südlich der Sahara auf einen positiven Entwicklungspfad zu bringen“, heißt es in einer UN-Studie.

Auch Nigers Präsident glaubt, dass die Bildung ein Schlüssel zur Krisenbewältigung sein wird. Er fordert ein noch stärkeres Engagement der EU. „Die hat viel gemacht, aber es fehlt noch immer an vielem. Erst wenn jeder zu essen und zu trinken hat, können wir die Leute ausbilden“, sagt er. Mit der Bildung müsste aber ein wirtschaftlicher Aufschwung einhergehen. Denn sobald die Menschen in der Lage sind, Medien zu konsumieren, werden sie merken, dass es in Europa besser ist als in der Heimat, heißt die wenig überraschende Erkenntnis der Vereinten Nationen. „Viele werden sich dann auf den Weg machen.“ *Peter Entinger*

Linkes Kartell im Wanken

In den USA investieren Konservative in die Medienbranche

Das linke Medienkartell in den USA gerät ins Wanken. Auch weil konservative Geldgeber die Schatulle öffnen.

So hat der New Yorker Time-Verlag, Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Time“, von „Sports Illustrated“ und „Fortune“, einen neuen Besitzer. Der US-Rivale Meredith konnte die lange angepeilte Übernahme nach zwei erfolglosen Versuchen 2013 und in diesem Jahr nun endlich zum Abschluss bringen. Finanzielle Unterstützung erhält er dabei von der Industriellenfamilie Koch, die zuvor schon Interesse am Kauf der Zeitungen „Los Angeles Times“ und „Chicago Tribune“ erkennen ließ.

Die Brüder Charles und David Koch üben seit Jahren beträchtlichen Einfluss in den USA aus und gehören traditionell zu den Großsponsoren der konservativen Republikaner. US-Vizepräsident Mike Pence wird eine große Nähe zur Koch-Familie nachgesagt. Pences Chef Trump hatte die „Time“ noch zwei Tage vor Bekanntgabe des Verkaufs hart attackiert.

Dass das konservative dem linken Lager die Vorherrschaft auf dem US-Medienmarkt streitig macht, ist eine relativ neue Entwicklung. „Noch vor 30 Jahren existierte so gut wie nichts von der heute einflussreichen und vielköpfigen Leitkultur, in der Online-Publikationen wie Breitbart und Fernsehstationen wie Fox News nicht nur den Ton am rechten Rand des politischen Spektrums angeben, sondern zunehmend auch die Diskussionen der traditionellen, sogenannten Mainstream-Medien beeinflussen“, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ kürzlich.

Letztere sind zunehmend irritiert, auch in Deutschland. Die Industriellen-Brüder Koch hätten sich ein streng konservatives und libertäres Umfeld geschaffen, fast einer Partei gleich, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ kürzlich alarmiert.

> Kampf um die privaten und lokalen TV-Sender

In den Vereinigten Staaten ist ein Kampf um die privaten und lokalen TV-Sender entbrannt. Eine zentrale Figur ist dabei David Smith, Chef der TV-Gruppe Sinclair. Schon heute besitzt der Konzern mit 173 Fernsehstationen in den USA mehr Sender als jedes andere Unternehmen und hat einen Marktwert von 3,4 Milliarden Dollar. Die US-Behörden erleichterten kürzlich Zusammenschlüsse in der Medienbranche und kippten eine 42 Jahre gültige Regel, wonach ein Medienkonzern in ein und derselben Region nicht gleichzeitig eine TV-Station, eine Radiostation und eine Zeitung besitzen darf. Mit Blick auf die Konkurrenz von Google und Facebook zu klassischen Medienkonzernen sei die Vorschrift inzwischen überholt. Sinclair ist der große Gewinner. Schon im Frühjahr hatte die Federal Communications Commission (FCC), eine US-Behörde für die Regelung von Kommunikationswegen bei Rundfunk, Satellit und Kabel, Obergrenzen für die technische Reichweite von TV-Konzernen in den USA aufgeweicht. Nach alter Berechnung käme Sinclair dadurch auf eine Reichweite von mehr als 70 Prozent der US-Bevölkerung.

Innerhalb der politischen Auseinandersetzung spielt dies eine große Rolle. Bedingt durch Trumps durchaus holprigen Führungsstil sind auch nahestehende Online-Medien wie Breitbart, die im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielten, in die Kritik geraten. Die lokalen TV-Sender spielen eine immer größere Rolle und genießen laut Meinungsumfragen hohe Glaubwürdigkeitswerte. Mittlerweile wird nicht einmal mehr ausgeschlossen, dass Sinclair sich auch um einen Kauf von CNN bemühen könnte. Das wäre dann eine echte konservative Revolution. *P.E.*

Verzicht nur scheinbar

Frankreichs Premier fordert »geschlechtergerechte« Sprache

„Geschlechtergerechte“ Sprache, ja oder nein? Die Académie Française, die Hüterin der französischen Sprache, hatte 2005 geurteilt, dass die Sprache der politischen Korrektheit „für das Französische den Tod“ bedeute. Genderideologen und Feministinnen sorgten allerdings in den Folgejahren dafür, dass die „geschlechtergerechte“ Sprache Einzug in die öffentliche Verwaltung hielt und von dort immer mehr in die Öffentlichkeit drang.

Doch erst seit der Schulbuchverlag Hatier im Sommer dieses Jahres ein neues Lehrbuch mit „gendergerechter“ Sprache für Fünftklässler auf den Markt brachte, ist dieses Thema zu einem echten Politikum geworden. 300 Lehrer erklärten öffentlich, von nun an die Regeln dieser Kunstsprache anwenden zu wollen. Die Gegner wiesen darauf hin, dass durch die „gendergerechte“ Sprache die Probleme mangelhafter Rechtschreibung und Syntax weiter zunähmen und dass maskuline Oberbegriffe kein Ausdruck von Sexismus, sondern eines übergeordneten neutralen Ordnungsprinzips seien.

Am 21. November meldeten die Medien, dass Premierminister Edouard Philippe seiner Regierungsmannschaft den Gebrauch der „gendergerechten“ Sprache in offiziellen Dokumenten verboten habe. Doch in Wirklichkeit verbot Philippe seinen Ministern und Staatssekretären nur den Gebrauch der besonders augenfälligen und deshalb besonders umstrittenen grammatikalischen Neuschöpfung mit den integrierten sogenannten Mittelpunkten. Bei dieser Form, die sich in linksextremen Kreisen großer Beliebtheit erfreut, schreibt man beispielsweise nicht mehr „les candidats“ (die Kandidaten), sondern „les candidat·e·s“. Laut ausgesprochen liest sich dieses Kunstwort dann eher konventionell, aber umständlich „les candidates et les candidats“ (die Kandidatinnen und die Kandidaten).

> Taktisch klug verbot Philippe eine extreme Skurrilität

Der Grund für das Verbot der Form mit Mittelpunkten ist taktisch. Der Kulturmarxist Philippe will so den Gegnern der linguistischen Revolution den Wind aus den Segeln nehmen und gleichzeitig die Dekonstruktion des Französischen zu Ende führen. Er fordert seine Regierungsmannschaft nämlich ausdrücklich zum Gebrauch „gendergerechter“ Sprache auf. In Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Haut Conseil à l'égalité entre les femmes et les hommes (HCE, Hoher Rat für die Gleichheit von Frau und Mann), einem Beratungsgremium, das dem Premierminister untersteht und schon 2015 „Richtlinien für eine Kommunikation ohne Geschlechterstereotypen“ herausgegeben hatte, sollen von nun an in offiziellen Dokumenten die weibliche und die männliche Form gemeinsam benutzt werden, also „les candidates et les candidats“, oder aber geschlechtsneutrale Wortneuschöpfungen wie „les personnes candidates“ (kandidierende Personen).

Darüber hinaus werden Berufs- und Amtsbezeichnungen feminisiert. Es heißt dann nicht mehr „l'auteur“ (der Autor), sondern „l'auteur et l'auteure“ (der Autor und die Autorin), und auch nicht mehr „Madame, le ministre“ (Frau Minister), sondern „Madame, la ministre“ (Frau Ministerin).

Doch nicht alle sind mit dieser Strategie zufrieden. Anne Hidalgo, die extrem ideologisierte sozialistische Bürgermeisterin von Paris kündigte bereits an, weiterhin die Form mit den Mittelpunkten benutzen zu wollen. *Eva-Maria Michels*

Ein schwarzer Schlund

Die Wirtschaft wächst, die Bürokratie noch mehr – Allerorten klagen Firmen über den Behördenirrsinn

Unternehmen investieren nicht in Deutschland, weil sie den Verwaltungsaufwand scheuen. Jungunternehmer bekommen graue Haare beim Umgang mit Amtsgericht und Finanzamt. Selbst das sogenannte E-Government, die schnelle und kostensparende Behördenkommunikation via Internet, wird in Deutschland zur nervenaufreibenden Geduldsprobe.

Kalt wie das Neonlicht in einer Beamtenstube blicken die staubgrauen Augen. Der gewaltige Rumpf und die turmhohen Beine sind aus tausenden Aktenordnern zusammengefügt. Dutzende Fangarme, dicht und fest gewebt aus Verordnungen und Gesetzestexten, umschlingen ihre Beute. Wird ein Tentakel abgeschlagen, wachsen sofort zehn andere nach. Das Maul, ein nimmersatter schwarzer Schlund, verschlingt Arbeitszeit, Nervenkraft und finanzielle Mittel in unerhörten Mengen.

Grässlich anzusehen ist das Bürokratie-Monster. Nicht eines, sondern Dutzende streifen durch die deutsche Unternehmenslandschaft. Die Folgen zeigt beispielsweise eine aktuelle Umfrage des Ifo-Instituts. Die Münchener Wirtschaftsforscher befragten 1500 deutsche Unternehmen nach ihren Investitionsplänen. Nur ein Drittel von ihnen will demnächst in Deutschland investieren. Bei einer früheren Umfrage war es noch die Hälfte. „Mann könnte ja, aber die Auflagen und Vorschriften seien einfach zu abschreckend“, lautete die häufigste Begründung. Ausgebremst fühlen sich auch viele Existenzgründer. Als größte Belastung ihres jungen Unternehmerdaseins empfinden sie die administrativen Hürden und Verzögerungen, ergab eine Studie der staatlichen Förderbank KfW. Besonders häufig bemängelten die Befragten die Komplexität der Besteuerung sowie den Aufwand für Anmeldungen und Registrierungen, etwa für den Eintrag ins Handelsregister beim Amtsgericht oder Meldungen beim Finanzamt.



Behördenstress: Auch wenn es ganz ohne staatliche Kontrolle nicht geht, Existenzgründern beispielsweise gilt die Bürokratie, laut einer Studie, als größte Belastung Bild: Imago

Kein Wunder, dass manche Spötter sich die jetzige geschäftführende Bundesregierung möglichst lang im Amt wünschen. Neue Gesetze bringt sie nicht auf den Weg. So wächst die düstere Schar der Bürokratiemonster etwas weniger schnell. 553 Gesetze hat der Bundestag in der letzten Wahlperiode verabschiedet. Hinzu kommen zahllose Verordnungen, die von der Regierung oder von den Verwaltungsorganen erlassen wurden. Von der Bundesnetzagentur stammt beispielsweise die Marktstammdatenregisterverordnung (MaStRV). Das 33-Buchstaben-Wort verleitet zahllose Unternehmer zu einem lautstarken, wenig feinen Sieben-Buchstaben-Wort. Die „Deutsche Handwerkszeitung“ spricht vom „blanken Bürokratirrsinn“.

Die MaStRV soll der Netzagentur helfen, den Stromverbrauch der Deutschen besser einzuschätzen. Da im Zuge der Energiewende die Stabilität der Netze zunehmende Probleme bereitet, sollen alle Stromlieferanten erfasst werden. Das Problem: Laut MaStRV ist dies praktisch jeder, der über eine Steckdose verfügt, die hin und wieder von anderen genutzt wird. Absurde Situationen sind die Folge. Normale Privatkunden, die den Elektriker, Glaser oder Fliesenleger im Haus haben, werden plötzlich zu registrierungspflichtigen Stromlieferanten, wenn die Arbeiter ihre Geräte anschließen.

> Registrierungspflichtiger Stromlieferant ist plötzlich jeder mit einer Steckdose, die auch mal von anderen genutzt wird

Eigentlich ist die Neuregelung bereits seit März dieses Jahres in Kraft. Da die Technik noch nicht mitspielt, wird sie erst ab dem kommenden Jahr umgesetzt. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag haben unterdessen einen Protestbrief an die geschäftsführende Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) geschickt. Sie fordern eine Bagatellgrenze für Energielieferungen, so dass die Abgabe geringer Strommengen an Dritte nicht mehr unter die amtliche Meldepflicht fällt.

Die Antwort von der Bundesnetzagentur fiel anders aus als erwartet. Das MaStRV-Monster scheint selbst seinen Schöpfern nicht mehr geheuer. Es soll nicht mehr buchstabengetreu umgesetzt werden. Man verzichte in diesen Fällen zunächst einmal auf die Durchsetzung der Registrierung als Stromlieferant im Marktstammdatenregister.

Sieben-Buchstaben-Worte, Kopfschütteln und Behördenverdruss lösen derlei administrative Kapriolen aus, – und dennoch: „All der Papierkram“ ist in seiner gemäßigten Form ein notwendiges Übel. Der Staat muss regieren, reagieren und regeln. Er muss verwalten und gestalten. Das klappt nur, wenn er Bescheid weiß und seine Bürger in die Pflicht nimmt, zu dokumentieren, was sie tun und was sie lassen.

Im Internetzeitalter lässt sich zudem vieles vereinfachen und beschleunigen. „E-Government“ heißt das Fachwort. Per Mausklick vom heimischen Computer aus, können Mensch und Amt auch ohne Behördengang zusammenfinden. In Litauen, der Schweiz und Österreich läuft das schon prächtig, in Deutschland weniger. Hier sinkt die Nutzung digitaler Behördendienstleistungen sogar. Die Gründe? Der deutsche Amtsschimmel mag anscheinend einfach keine geraden Wege. Volten, Zirkel und Pirouetten müssen her. Eine aktuelle Studie der E-Government-Initiative D21 ergab, dass den Nutzern die Dienstleistungen zu kompliziert und aufwendig sind. Wer sich mit seinem Personalausweis via Internet bei den Ämtern identifizieren möchte, muss sich ein extra Kartenlesegerät anschaffen. Andere Angebote lassen sich nicht vollständig im Internet abwickeln. Der Behördengang bleibt trotzdem notwendig.

Hannes Schwaderer, Präsident der Initiative D21 und Deutschland-Chef des US-amerikanischen Halbleiterherstellers Intel, forderte daher geradezu Unerhörtes: Für das E-Government brauche es Anreizsysteme. Zeit und Gebühren müsse der Bürger sparen, wenn er auf diese Art mit den Behörden kommunizieren solle.

Frank Horns

MELDUNGEN

Russischer Export wächst

Moskau – Laut russischer Statistik ist der Export in den ersten drei Quartalen 2017 um mehr als ein Viertel gestiegen. Neben Energieexporten trägt vor allem die Nachfrage nach Autos aus russischer Produktion zur positiven Entwicklung bei. Vor allem in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Ungarn und Libyen sind neben dem Modell Lada Vesta der Geländewagen Lada 4x4 zu Exportschlagern geworden. Zu den Käufern zählen die GUS-Staaten (59 Prozent), Osteuropa (29 Prozent), der Nahe Osten (fünf Prozent), der Asien-Pazifik-Raum und Amerika (jeweils 2,5 Prozent). Hauptgrund für den Zuwachs sind die niedrigen Produktionskosten in Russland. *MRK*

31 Millionen für E-Auto-Forschung

Barleben – Das Land Sachsen-Anhalt investiert 31 Millionen Euro in ein automobiles Forschungszentrum, das der Universität Magdeburg angeschlossen sein wird. Das geplante „Center for Method Development“ mit 80 Arbeitsplätzen wird im Bereich Elektromobilität und an der Reduzierung von Emissionen im Kraftstoffverbrauch forschen. „Die mobile Zukunft wird elektro“, begründet Jürgen Ude, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, die Investition. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.978.171.929.355 €
Vorwoche: 1.978.136.873.442 €

Verschuldung pro Kopf:
24.045 €
Vorwoche: 24.045 €

(Dienstag, 5. Dezember 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Chance zur Agrarreform

Durch den Brexit werden die Karten neu gemischt

Großbritanniens Ausstieg aus der EU und das damit verbundene Ausbleiben der britischen Beitragszahlungen könnten der Anstoß für eine Reform der umstrittenen EU-Agrarförderung sein. Die Direktzahlungen, Zuschüsse, Subventionen für die europäische Landwirtschaft stellen mit gut 40 Prozent den größten Ausgabenposten im Brüsseler Haushalt dar.

Erst vor wenigen Wochen hatte der Europäische Rechnungshof die Agrarförderung als zu kompliziert und teils auch als zu ineffektiv kritisiert. Die Rechnungsprüfer bemängelten, die Verfahren würden in einigen Fällen zudem auch zu lange dauern. Aus Sicht der EU-Rechnungsprüfer sollte die EU-Kommission für eine Vereinfachung der entsprechenden Dokumente sorgen und auch die Zahl der Anforderungen herunterschrauben. Dies würde letztlich zu besseren Ergebnissen der EU-Agrarpolitik führen.

Die EU-Kommission scheint inzwischen auf Kritik wie diese eingehen zu wollen. Ein internes Papier, das offenbar dem österreichischen „Volksblatt“ vorgelegen hat, nennt als Reformpunkte eine Deckelung der Direktzahlungen, eine EU-weite Angleichung der Hektarprämien und eine Stärkung der Subsidiarität. So sollen anscheinend die einzelnen Mitgliedsstaaten wieder mehr Gestaltungsspielräume bei der Abwicklung der Umweltprogramme für den ländlichen Raum erhalten. Die Deckelung der Direktzahlungen wird in dem Papier aus Brüssel damit begründet, dass derzeit 20 Prozent der Höfe 80 Prozent der Direktzahlungen beziehen.



Ministerin Andrea Leadsom

Großbritannien will den Brexit dazu nutzen, seine nationale Agrarförderung komplett neu zu ordnen. Andrea Leadsom, vom Juli 2016 bis Juni 2017 Ministerin für Umwelt, Ernährung und ländlichen Raum im Kabinett May I und seitdem Lord President of the Council im Kabinett May II, kündigte an, sie wolle vor allem „bürokratische Hürden“ abbauen und auch EU-Vorschriften zum sogenannten Greening wieder zurücknehmen. Die EU hat für den Zeitraum von 2014 bis 2020 rund 100 Milliarden Euro für die Entwicklung des ländlichen Raums eingeplant. Dabei fließen zum Beispiel Gelder als Niederlassungsbeihilfen für junge Landwirte oder zur Modernisierung von Landwirtschaftsbetrieben.

Kalkuliert wurde die EU-Agrarförderung noch auf der Basis der bisherigen Zusammensetzung der EU. Durch den Brexit werden zwar künftig keine Agrarhilfen mehr Richtung Großbritannien fließen, aber das Vereinigte Königreich ist ein Nettozahler, sodass der finanzielle Verlust für die EU größer ist als der Gewinn. Der Wegfall der britischen Mitgliedszahlungen reißt ein Finanzloch von rund zehn Milliarden Euro in den EU-Haushalt. Eine Studie, die für das EU-Parlament angefertigt wurde, beziffert die künftigen Zusatzbelastungen für Deutschland auf möglicherweise 3,8 Milliarden Euro jährlich.

Norman Hanert

Mindestlohn für Ausländer

Katar gibt dem internationalen Druck vor der WM minimal nach

Kaum ein Sportereignis hat schon jetzt einen so schlechten Ruf wie die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in Katar, ein Turnier mit klimatisierten Stadien in der Wüste, für das eigens der Fußball-Kalender geändert werden musste, weil dem Weltfußballverband Fédération Internationale de Football Association (FIFA) erst nach der unter zwielichtigen Bedingungen zustande gekommenen Vergabe auffiel, dass es in Katar im Sommer zu heiß ist, um Fußball zu spielen. Korruptionsvorwürfe und vor allem die unmenschliche Situation der ausländischen Arbeiter beschäftigen seitdem die internationalen Medien. 800 000 rechtlose ausländische Arbeiter schuften auf den WM-Baustellen in Katar. Nicht zuletzt nach Berichten über mehrere hundert Todesfälle unter diesen entrechteten Arbeitern auf Katars Baustellen für die WM-Endrunde fordern Kritiker von der FIFA immer wieder, Katar das Turnier zu entziehen.

Angesichts dieser weltweiten Kritik, zu der sich die zunehmende Isolierung des Landes durch die Nachbarstaaten gesellt, kündigten die katarischen Machthaber bereits seit einiger Zeit vollmundig kleinere Reformen im Arbeitsrecht an. Neutrale Beobachter konnten allerdings kaum Verbesserungen der Lage der Arbeiter aus dem Ausland feststellen. Jetzt führt die Regierung offenbar auf Druck des Auslands einen Mindestlohn ein.

Die Nachrichtenagentur AFP (Agence France-Presse) berichtet, dass ausländische Arbeiter ab sofort einen Mindestlohn von monatlich 166 Euro erhalten. Außerdem sollen sie ihre Unterkünfte und Verpflegung nicht mehr selbst bezahlen müssen. Laut dem Bericht sollen die Arbeitgeber dafür ebenso aufkommen wie für die Krankenvorsorge. Ob der Mindestlohn dauerhaft gilt oder nur bis zur Fußball-WM, ist noch unklar.

> Rund 1,5 Prozent des Einkommens des Durchschnittsbürgers

Der Mindestlohn ist Teil einer Arbeitsmarktreform, die Katar angekündigt hatte. Wegen ihr hatte die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) ihre Untersuchungen bezüglich der umstrittenen Arbeits- und Lebenssituation ausländischer Arbeiter offiziell beendet. Gleichzeitig hatte die Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen die Fortschritte in dem Emirat begrüßt und von einer „ermutigenden Entwicklung“ gesprochen.

Bereits im vergangenen Jahr hatte Katars Regierung versprochen, das „Kafala“ genannte Bürgen-System abzuschaffen, aber auch in dieser Hinsicht spielt die Regierung offenbar auf Zeit. Ausländische Arbeitnehmer brauchen in Katar wie in den meisten arabischen Golfstaaten einen Bürgen (Kafil). In der Regel ist es der Arbeitgeber, der quasi als gesetzlicher Vormund den rechtlosen Ausländer gegenüber dem Staat vertritt. Die Zustimmung des Bürgen ist für alles notwendig, von der Eröffnung eines Bankkontos bis hin zum Verlassen des Landes.

Nach Untersuchungen des Internationalen Gewerkschaftsbunds kamen seit dem Jahr 2010 auf WM-Baustellen in Katar etwa 1200 Arbeiter ums Leben. Die Inder bilden mit 650 000 Arbeitskräften die größte Exilgemeinde in Katar, gefolgt von den Nepalesen mit 500 000 und den Philippinern mit 250 000. Bis zur WM sollen weitere 500 000 Arbeitsmigranten nach Katar kommen. Der jetzt eingeführte Mindestlohn von 166 Euro ist eigentlich ein Hohn, denn das monatliche Durchschnittseinkommen der rund 250 000 katarischen Staatsbürger wird auf monatlich 10 800 Euro geschätzt. *Bodo Bost*

Biest im Busch

Von Hans Heckel

Für die einen sind sie die Währung der Zukunft, das Geld des digitalen Zeitalters. Kritiker hingegen geißeln „Bitcoins“ als den Gipfel der puren Spekulation und erinnern an das schwarze Jahr 2008. In der Explosion des „Bitcoin“-Kurses sehen die Skeptiker vor allem ein Vorzeichen dafür, dass sich die Finanzkrise, die vor neun Jahren die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds führte, in mehrfacher Heftigkeit wiederholen dürfte.

Wenn die Kritiker recht behalten, steht ein Schlachtfest bevor: Seit Ende November 2016 stieg der Marktpreis des ausschließlich virtuell gehandelten „Geldes“ von knapp 740 auf zuletzt rund 12 000 US-Dollar pro „Bitcoin“. Hinter „Bitcoin“ steht kein Staat, keine Notenbank, auch nicht der geringste reale Wert. Allein Angebot und Nachfrage regeln den Preis, man kann für dieses „Geld“ weder wirkliche Waren kaufen noch ein Essen bezahlen.

Der rapide Anstieg um mehr als 1000 Prozent in nur einem Jahr deutet darauf hin, dass die spekulativen Finanzmärkte gerade heiß laufen, was am Ende tatsächlich in einen Zusammenbruch münden kann, der alle Erfahrungen und Vorstellungen übertrifft. Noch scheint alles ruhig, die Weltwirtschaft robust zu sein. Börsenexperte Dirk Müller traut dem Frieden aber nicht: „Wir haben eine Villa mit Gartenparty direkt auf der Sankt-Andreas-Spalte“, zitiert ihn das Finanzportal „MM-News“. Das große Beben werde irgendwann kommen, „und das war es dann mit der Villa“.

Wie konnte es soweit kommen? Hatten 2008 nicht alle Beteiligten – Notenbanken, Geschäftsbanken, Bankenaufsicht und Politik – geschworen, dafür Sorge zu tragen, dass es nie wieder zu einer Spekulationsblase kommen werde wie damals? Dass sie alles Notwendige tun würden, damit sich so ein Zusammenbruch nicht wiederholen kann?

Ja, doch getan haben sie etwas anderes: Die Notenbanken haben die Zinsen auf unter null gedrückt, damit klamme Staaten und wackelige Banken billig an Kredite kommen. Mittlerweile strebt der weltweite Schuldenberg auf einen Wert zu, der dem 3,5-fachen der gesamten Weltwirtschaftsleistung entspricht.

> »Bitcoin«-Hysterie als Vorzeichen eines globalen Bebens

Das billig geliehene Geld ergoss sich vor allem in die Finanzmärkte, wo die Preise deshalb in spekulative Höhen geschossen sind und Blasen nähren wie etwa die der „Bitcoins“. Dass die Schulden jemals zurückgezahlt werden können, glaubt niemand. Doch um das Spiel am Laufen zu halten, pumpen die Notenbanken immer noch mehr Geld in den Markt. Das Ganze verhält sich längst wie ein Schneeballsystem.

So ein System bricht irgendwann unweigerlich zusammen. Das Biest sitzt bereits drohend im Busch. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es herausspringt und vermeintliche Vermögenswerte in der Luft zerreißt. Das Massaker wird auch die Realwirtschaft mit in die Tiefe ziehen, wie wir 2008 erleben mussten. Machen wir uns auf dramatische Zeiten gefasst.

Geschäfte mit dem Holocaust

Von Thomas W. Wyrwoll

Es gibt viele Möglichkeiten, sich als angebliches Opfer des Holocaust Vorteile zu verschaffen. Und es ist immer wieder erstaunlich, wie leicht selbst den abstrusesten für solche Betrügereien erfundenen angeblichen Erlebnissen im deutschen Konzentrationslager geglaubt werden. Der jüngste zutage getretene Fall ist jener der am 5. März 1939 in Recklinghausen geborenen und 2007 in den USA verstorbenen Zeichnerin Rosemarie Koczy. Ihre plakativen, oft billig bei Munchs „Schrei“ abkupferten Tusche-Kritzeleien, grobschlächtigen Farbauftragungen und naiven Schnitzereien verkaufte sie unter dem Gesamttitel „Ich webe Euch ein Leichentuch“ – und lebte gut davon.

In den USA fing sie an, sich als Jüdin und Holocaust-Opfer zu vermarkten, und hierzu sogar eine dreibändige, 1000 Seiten dicke Autobiografie verfasst. Angeblich sei sie 1942 als dreijähriges Kind mit ihrer Mutter in ein Außenlager des KZ Dachau verschleppt worden, wobei sie sich minutiös an den Transport wie an das Leben im Lager erinnert haben will. Ihr gesamtes „künstlerisches“ Werk bezog sich schließlich darauf.

Merkwürdigerweise fanden Kunstexperten an ihrer Autobiografie nichts auszusetzen. Wie absurd Koczys Angaben dabei tatsächlich sind, verdeutlicht folgendes, vielfach wiedergegebenes Zitat daraus: „Wir mussten jeden Tag auf den Feldern arbeiten. Ich sah die Massenmorde, das Scheren der Haare, die Beseitigung der Leichen, Folter und Hunger, Kälte, Typhus, Tuberkulose. Der Tod war allgegenwärtig!“ Ihr Lager war also eine Landwirtschaft mit Kleinkinderarbeit und angegliederter Todesfabrik? Für ein drei- bis sechsjähriges Kind ist auch das medizinische Wissen recht beachtlich. Dass derart detaillierte Erinnerungen bei einem Kind dieses Alters selbst im Falle eines sachlichen Zutreffens schlichtweg unmöglich wären, störte die interessierten Vermarkter solcher „Zeugnisse“ nicht: Koczys Werke hängen in zahlreichen Museen und Holocaust-Gedenkstätten der Welt.

Zahlreiche weitere falsche Kindheitsbiografien mit Schilderungen aus NS-Lagern haben sich teils noch erheblich besser verkauft und machten ihre Urheber zu vielfachen Millionären. Sie alle werden bis heute trotz offenkundiger Ungereimtheiten zu Propagandazwecken hochgehalten.

Ironischerweise flog Rosemarie Koczy erst postum durch genau diese „Erinnerungskultur“ auf. Als jetzt eine große Ausstellung mit einem Teil ihres Nachlasses in der Kunsthalle Recklinghausen gezeigt wurde, stellte sich heraus, dass sie nicht im „Opferbuch“ der Stadt aufgelistet war, welches deren frühere jüdische Bevölkerung verzeichnet. Weitere Recherchen ergaben, dass sie römisch-katholisch war und keine jüdischen Vorfahren hatte. Zur Widerlegung ihrer KZ-Verschleppungsgeschichte hätte es indes nicht einmal einer Recherche in Recklinghausen bedurft: Das von ihr erwähnte Lager erweist sich bereits aus der Literatur heraus als reines Männerlager.

Über 12 000 von Koczys Werken sind bekannt, und deren Nutznießer wollen selbst jetzt nicht von ihnen lassen. Die Gralshüter des Holocaust-Gedenkens von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem etwa planen, sie auch weiterhin auszustellen. Schließlich sei diese „Kunst“ eine „Antwort auf den Holocaust“.



Stümperhafte „Kunst“, auf einer Lüge basierend: „Meinen Eltern, die von den Nazis zerstört wurden“ von Rosemarie Koczy

Bild: The Anthony Petullo Collection of Self-Taught and Outsider Art

Frei gedacht



Ungleicher Kampf

Von Eva Herman

Ende vergangenen Monats hat Deutschland seine Zustimmung gegeben, dass das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat für weitere fünf Jahre in der EU eingesetzt werden darf. Während ein lautes Politikgeschrei losging um CSU-Minister Christian Schmidt, der angeblich ohne Regierungs-Auftrag das politische Einverständnis gab, wird über die wirklichen Folgen für die Gesundheit der Menschen, Tiere und Pflanzen, für unsere ganze Erde, kaum ein Wort in der Öffentlichkeit verloren. Fast schien es, als ob der Lärm absichtlich lauter als notwendig ausfiel, um von den wahren Gefahren abzulenken, die das inzwischen weltweit eingesetzte Unkrautvernichtungsmittel-Gift mit sich führt. Glyphosat steht im dringenden Verdacht, erheblich krebserregend und für weitere, schwere gesundheitliche Schäden verantwortlich zu sein. Warum diskutieren wir eigentlich darüber nicht in den abendlichen Talkshows – und zwar regelmäßig? Glyphosat geht uns alle an, vor allem die nachfolgenden Generationen.

In einer von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten produzierten Arte-Dokumentation über Glyphosat heißt es: „Neue wissenschaftliche Erkenntnisse werfen ernsthafte und teilweise alarmierende Bedenken bezüglich der Sicherheit des Giftes Glyphosat in der Landwirtschaft auf. Doch damit nicht genug, die verbreitetste Anwendungsform des Herbizidwirkstoffs ist noch giftiger als der Wirkstoff selber. Der Chemiecocktail wird hergestellt vom US-Biotechnologie-Riesen Monsanto und nennt sich schlicht ‚Roundup‘.“ Glyphosat wird also jetzt weiterhin in der EU eingesetzt, auch in Deutschland. In vielen beliebten deutschen Biersorten wird der giftige Stoff bereits nachgewiesen.

Auch das extrem auffällige Bienensterben wird damit in Zusammenhang gebracht. In Argentinien jedoch sind die Auswirkungen bereits viel erschreckender. Denn das Land hat sich Mitte der 90er Jahre schon für den Anbau genveränderter Nutzpflanzen entschieden, weswegen man die Folgeschäden durchaus einschätzen kann. Die steigende Anzahl von Todgeburten und Krebskranken in Argentinien stehe in direktem Zusammenhang zu den mit Gift besprühten Feldern, heißt es. Fast alle Menschen im Land haben inzwischen das Ackergift Glyphosat im Körper. Die öffentlichen Institute dort jedoch schweigen oder dementieren jeglichen Zusammenhang mit dem Pflanzengift, wie es ja auch hier in Deutschland und Europa der Fall ist. Auffallend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die Mehrheit der Studien von den Agrarfirmen selbst, also von den Herstellern der Unkrautvernichtungsmittel, bezahlt und in Auftrag gegeben werden.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

In all den Streitdiskussionen um Glyphosat wird oft vergessen: Viele Pflanzen haben bereits Resistenzen gegen das Herbizid entwickelt – auch in Deutschland. Die Pro-Glyphosat-Forscher sind zunehmend ratlos, denn nun gedeihen einige Superunkräuter, ganz unbeeindruckt von allen chemischen Mitteln. Über Generationen haben Bauern hochgezüchtete selbstbestäubende Pflanzen gesät. Welt-online schreibt wörtlich: „Dieser Saatgutinzest, kombiniert mit übermäßig viel Totalherbiziden, hat Unkräuter entstehen lassen, die ohne Schaden alles hinnehmen, was die Agrarindustrie an chemischen Keulen bislang entwickelt hat.“

Weiter heißt es in dem Bericht: „In Europa wächst das Problem mit den Superunkräutern erst heran. In den USA kämpft bereits jeder zweite Bauer gegen Pflanzen auf dem Acker, die unempfindlich sind gegen das Breitbandherbizid Glyphosat. Der Hersteller Monsanto empfiehlt in diesen Fällen: einfach noch mehr davon. Doch mit jedem Liter Gift steigt die Auswahl der Pflanzen, die Resistenzen gegen das Herbizid entwickeln.“ Und mit jedem Liter Gift steigen die Gesundheitsgefahren für alle Lebewesen auf unserem Planeten.

In Norddeutschland sind die Probleme nun deutlich sichtbar: Neue, resistente Unkräuter verseuchen jetzt vor allem die Weizenfelder. Sie sind im Lauf der Jahre so unempfindlich gegen Pflanzengifte geworden, dass nur noch umfangreiche Masseneinsätze wirken.

Es gibt im Internet zahllose Berichte zu den weltweiten Gefahren von Glyphosat für Mensch und Tier: Behinderungen, Verkrüppelungen, Deformationen von Körper und Gehirn. Informieren Sie sich bitte darüber. Es gibt des Weiteren viele Beiträge, die auch über die Folgen für die Bauern und Viehherdenbesitzer in den Ländern der sogenannten Dritten Welt in Afrika, Asien, Südamerika berichten. Viele von ihnen verlieren ihre Existenz, weil mit herkömmlichen Landwirtschaftmethoden nicht mehr gearbeitet werden kann angesichts der globalen Multi-Unternehmen. Viele von ihnen können in ihrem Land nicht mehr überleben, sie verlassen ihre Heimat und suchen ihr Glück woanders, in Europa, in Deutschland. Viele Fluchtursachen liegen hier. Wenn unsere Politiker heute mit treuherzigem Augenaufschlag beteuern, wir müssten in den Herkunftsländern der sogenannten Flüchtlinge genauer hinschauen, so dürfen wir sie getrost an das Glyphosat-Drama erinnern, welches gerade in die nächste Runde geht.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Ach, ja, übrigens, derzeit wird mit Nachdruck daran gearbeitet, dass der deutsche Chemie- und Pharmakonzern Bayer den Saatgutriesen Monsanto übernimmt. Die US-Behörde für Auslandsinvestitionen habe keine Bedenken gegen den Zukauf, teilte Bayer kürzlich mit. Der Konzern benötigt nur noch die kartellrechtlichen Freigaben, um den Deal abzuschließen. „Spiegel-online“ berichtete Anfang Dezember 2017: „Das neue Unternehmen wäre der weltgrößte Anbieter in der Agrarchemie. Monsanto ist vor allem als Hersteller von Unkrautvernichtern mit dem umstrittenen Wirkstoff Glyphosat bekannt.“

Wer die Fluchtursachen der Massenmigration bekämpfen will, der sollte alles daran setzen, diesen multi-globalen Machtdeal zu verhindern. Wer die Welt nicht weiter in Chaos, Schmerz und Krankheit stürzen will, der sollte sich ebenfalls dagegen aussprechen.

Meine Hoffnung allerdings ist nicht wirklich groß. Das Interesse der Menschen scheint hierfür nicht besonders ausgeprägt zu sein. Später, wenn Kinder und Enkelkinder fragen werden, warum wir das alles zugelassen haben, ja, dann will natürlich wieder niemand etwas gewusst haben, oder?

Eins noch: Ein Stab von Wissenschaftlern hat im Jahr 2014 im US-Magazin „Science“ bereits Stellung bezogen zu einer gesünderen Alternative, denn es seien keine Pflanzengifte in Sicht, die sowohl wirksam als auch ökologisch verträglich seien, heißt es da. Deswegen, auch wenn es banal klingen mag, lautet der Vorschlag der Wissenschaftler ganz einfach: „Zurück zur ökologischen Landwirtschaft“. Es dürfte die einzige Chance sein, diesen Planeten zu erhalten.

Guten Tag.

Ikone des Klassizismus

Revolutionäre Kunst-»Gedanken« – Zum 300. Geburtstag des »ersten Kunsthistorikers«: Johann Joachim Winckelmann

Die Griechen als Vorbild für Europa? Diese Vorstellung käme heute einem Witz gleich. Im 17. Jahrhundert aber konnte Johann Joachim Winckelmann die Kunst der alten Griechen noch unbekümmert zum Kunstideal erklären. Er setzte damit die Stilrichtung des deutschen Klassizismus in Gang und machte sich zum ersten Kunstwissenschaftler überhaupt.

Kleines Literaturquiz: Wie heißt der französische Autor solcher berühmter Romane wie „Rot und Schwarz“ oder „Die Kartause von Parma“? Richtige Antwort: Stendhal. Es war das Pseudonym von Marie-Henri Beyle, der sich in der französisierten Form nach der Stadt in der Altmark nannte, aus der sein großes Vorbild stammte.

In Stendal wurde am 9. Dezember 1717 Johann Joachim Winkkelmann geboren, der mit einer einzigen Phrase schlagartig berühmt wurde und der einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf eine Kunstepoche hatte, die von Deutschland aus ganz Europa erfassen sollte und das Rokoko ablöste.

Das Winckelmannsche Idiom von der „edlen Einfalt und stillen Größe“ als Merkmal alter Kunst war bald ähnlich in aller Munde, so wie heute rätselhafte Werbebotschaften zum Allgemeingut geworden sind: „Haribo macht Kinder froh“ oder „Yes, we can“. Man muss Slogans nur oft genug wiederholen, damit sie sich ins kollektive Gedächtnis einprägen.

Winckelmann verstand es aus der Not heraus, Werbung in eigener Sache zu machen. Sein kurzes Traktat „Gedanken über die Nachahmung der griechischen Werke in der Malerei und Bildhauerkunst“, in dem er seinen originellen Einfall von der „edlen Einfalt“ wie ein Leitmotiv wiederholte, war im Prinzip ein Bewerbungsschreiben für eine Bibliothekarsstelle beim Kardinal Archinto in Rom. Den päpstlichen Nuntius hatte Winckelmann in der Bibliothek eines Gönners bei Dresden kennengelernt. Nachdem ihm der Kardinal die Stelle schmackhaft gemacht hatte, konvertierte Winkkelmann sogar zum Katholizismus.

Für den Sohn eines Flickschusters, der erst ziellos Theologie, dann Medizin studiert hatte und sich als mittelloser Hauslehrer durchschlug, war Rom eine einmalige Chance. Das Interesse für die Kunst nahm er womöglich nur als Vorwand. Nachdem einer seiner Schüler ihm untreu geworden war, hoffte er, in Rom seine homoerotischen Neigungen, die ihm später zum Verhängnis werden sollten, frei ausleben zu können.

Doch das Stellenangebot zog sich hin. Um seinem Wunsch Nachdruck zu verleihen, schrieb er 1755 seine kurzen „Gedanken über die Nachahmung“, veröffentlichte es in nur 50 Exemplaren, fügte ein „Sendschreiben“ hinzu, in dem er unter der Maske eines Kritikers sein eigenes Werk angreift, um mit den kurz danach erschienenen „Erläuterungen“ seine Thesen zu verteidigen.



Stadtheiliger: Das 1859 enthüllte Winckelmann-Denkmal des Berliner Bildhauers Ludwig Wichmann in Stendal Bild: Thiede

Mit Erfolg. In Windeseile verbreitete sich die Kunstauffassung von der „edlen Einfalt und stillen Größe“, die der Autor als das „allgemeine vorzügliche Kennzeichen der griechischen Meisterstücke“ hält, und zwar „sowohl in der Stellung als im Ausdrucke“. „Einfalt“ hat hier noch die positive Bedeutung von „einfach“, „geradlinig“. Dieses Ideal der klaren Formen, das Winckelmann vor allem in der Figurengruppe des mit einer Riesenschlange kämpfenden Laokoons sah, empfahl er allen Künstlern zur Nachahmung.

Das war insofern revolutionär, da noch im Barock die Gelehrten und Dichter am Latein festhielten und die römische Antike als Vorbild sahen. Winckelmann kam zugute, dass er, aus einfachsten Verhältnissen kommend, nicht „verbildet“ war, als er die Kunstschätze am barocken Dresdener Hof betrachtete. Statt in schwärmerische Verzückung zu geraten, richtete er einen idealisierenden Blick auf die ihm rätselhaften mythologischen Heldenfiguren, von deren nackten, muskulösen Körpern er sich wohl auch erotisch angezogen fühlte.

Die unbekümmerte Sicht des Autors, der nicht Nachbildung im Sinne von simplen Kopien forderte, sondern freie künstlerische Nachahmung, setzte unter Künstlern enorme Kräfte frei. Der Klassizismus in der Architektur und die Klassik in der Dichtkunst waren das Resultat. Die Dichter nahmen sich wie Klopstock bereits im „Messias“, Johann H. Voss in seiner Homer-Übersetzung oder Hölderlin in vielen Oden das griechische Versmaß Hexameter vor. Der Winckelmann-Biograf Goethe wandte sich wie im Drama „Iphigenie auf Tauris“ griechischen Mythen ebenso zu wie Wieland in seinen Romanen. Und Lessing verfasste mit der ästhetischen Abhandlung „Laokoon“ eine Art Anti-Winckelmann, in der er als einer der Ersten die Thesen des Aufklärers aus Stendal zur Vergleichbarkeit von Malerei und Poesie in Frage stellte.

Winckelmanns „Gedanken“ brachten ihn letztlich nach Rom, wo er sich gewissenhaft mit antiker Kunst und mit Archäologie beschäftigte. In seinem Hauptwerk „Geschichte der Kunst des Altertums“ erfasste er 1764 erstmals systematisch antike Kunstschätze. Das Werk gilt als Geburtsstunde der Kunstwissenschaft. Biografien von Künstlern wie durch Vasari gab es schon seit der Renaissance. Doch Winckelmann schrieb jetzt quasi eine Biografie der Kunst, die für eine ganze Epoche Maßstäbe gesetzt hat, da er darin den klassischen Stilbegriff geprägt hat. Das ist so, als würde einer in der Musik mit einer überzeugenden Botschaft wie „edle Eintönigkeit und große Stille“ die Peking-Oper zum idealen Stilprinzip erklären und damit die Abkehr vom dominanten angelsächsischen Pop einleiten. Es wäre ein Paradigmenwechsel.

Fatale Goldgeschenke von Maria Theresia

Winckelmann wurde mit seinem bahnbrechenden Werk europaweit wie ein Rockstar gefeiert. 1768 erwartete man ihn von Rom kommend zu Besuch in der frischen Klassik-Metropole Weimar. Doch in Regensburg brach er seine Reise ab. Die deutsche Kultur deprimierte ihn. Er machte noch einen Abstecher nach Wien, wo er von Maria Theresia empfangen wurde, die ihm ein paar Gold- und Silber-Medaillen schenkte. Auf dem Rückweg nach Rom endete seine Reise am 8. Juni 1768 in einem Gasthaus in Triest. Winckelmann ließ einen hübschen Koch in sein Zimmer, der dessen Wiener Preziosen rauben wollte und ihn nach dessen Gegenwehr erdolchte.

Der gewaltsame Tod verbreitete sich wie ein Lauffeuer. „Wie ein Donnerschlag bei klarem Himmel fiel die Nachricht von Winckelmanns Tode zwischen uns nieder“, schrieb Goethe später über den von vielen empfundenen Schock. Heute erinnert die Stadt Stendal mit einer jährlich vergebenen Winckelmann-Medaille an den großen Sohn. Außerdem gibt es dort das Winckelmann-Museum, das aber ausgerechnet im Jubiläumsjahr geschlossen ist und erst am 26. März wiedereröffnet werden soll. Die edle Einfalt erwacht dann endlich wieder in stiller Größe. *Harald Tews*

Ausstellungstipp: In der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstraße 18, 10117 Berlin, präsentiert die Stendaler Winkkelmann-Gesellschaft noch bis zum 30. Juni 2018 die Schau **Johann Joachim Winckelmann Archäologe – Aufklärer – Wissenschaftsbegründer**. Zwei **Lektüretipps**: Zum Jubiläumsjahr sind bei J.B. Metzler von Martin Disselkamp und Fausto Testa das **Winckelmann-Handbuch: Leben, Werk, Wirkung** (374 Seiten, 99,95 Euro) und im Verlag Philipp von Zabern der von Friedrich-Wilhelm von Hase herausgegebene Band **Die Kunst der Griechen mit der Seele suchend: Winkkelmann in seiner Zeit** (144 Seiten, 39,95 Euro) erschienen.

Winckelmanns Erben

Ein deutsches Haus – Das Kunsthistorische Institut in Florenz feiert

Kunstgeschichte ist eine verhältnismäßig junge Disziplin. Denn „erfunden“ hat sie Johann Joachim Winckelmann, der deshalb auch als „erster Kunsthistoriker“ bezeichnet wird. Doch erst im 19. Jahrhundert wurde Kunst ernsthaft in Instituten erforscht. Und wiederum waren Deutsche maßgeblich daran beteiligt. So feiert am 12. Dezember das Kunsthistorische Institut in Florenz seinen 120. Geburtstag. Es zählt zu den ältesten Forschungseinrichtungen der Kunstgeschichte weltweit.

Das Institut wurde 1897 als private Initiative durch eine Gruppe deutscher Gelehrter für die internationale Forschung gegründet. Dazu waren aber mehrere Anläufe nötig. Ein Kreis um den livländischen Kunstsammler Karl Eduard Freiherr von Liphart und dem Berliner Museumsgründer Wilhelm von Bode diskutierte lange Zeit die Idee, nach dem Vorbild des damals in Rom unter preußischer Trägerschaft stehenden Archäologischen Instituts auch eine kunsthistorische Forschungsstätte einzurichten.

Carl Ruland, der spätere Direktor des Großherzoglichen Museums in Weimar, formulierte diesen Vorschlag 1878 in einer Denkschrift an den Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Der zeigte sich zwar wohlwollend, jedoch scheiterte das Projekt an mangelnder finanzieller Unterstützung.

Zehn Jahre später griff der Breslauer Professor für Kunstgeschichte, August Schmarsow, während einer Lehrtätigkeit in Florenz die Idee auf und rief mit neun deutsche Studenten, darunter dem Hamburger Bankierssohn Aby Warburg, zur Gründung eines kunsthistorischen Instituts auf. Ein Kunsthistorikerkongress in Nürnberg beschloss dann 1893, „an der vornehmsten Stätte kunsthistorischer Studien, in Florenz“, ein Forschungsinstitut zu errichten. Vier Jahre später wurde das endlich realisiert. Sitz des Instituts war das Florentiner Privathaus des aus der Leipziger Verlegerfamilie stammenden Kunsthistorikers Heinrich Eduard Brockhaus, der dann auch bis 1912 erster Direktor des Instituts war.

Ein Brockhaus war der erste Direktor

100 Jahre später gehört das Kunsthistorische Institut, dessen Herzstück neben der 360 000 Bände umfassenden Bibliothek die weltweit umfangreichste Photothek ist, zur Max-Planck-Gesellschaft, beschäftigt rund 70 Wissenschaftler und wird inzwischen von zwei Direktoren geleitet. Forschungen gelten seither der, wie es heißt, „Kunst- und Architekturgeschichte in globalem Horizont mit einem Schwerpunkt auf Italien, Europa und dem Mittelmeerraum.“ In Kooperation mit Museen, Universitäten und anderen Einrichtungen untersuchen die Experten die Geschichte der Künste und visuellen Kulturen vom 4. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Anlässlich des Jubiläums findet am 12. Dezember in der deutschen Forschungsstätte an der Via Giuseppe Giusti 44 in Florenz eine große Festveranstaltung mit namhaften Kunsthistorikern statt. Dabei wird auch das Foto-Buch „Appuntamento a Firenze – Ein Termin in Florenz – Appointment in Florence“ vorgestellt, in dem über das Florentiner Institut in Bildern erzählt wird.

Darüber hinaus organisiert das Florentiner Haus regelmäßig Ausstellungen, häufig in Kooperation mit anderen Einrichtungen. Aktuell läuft noch bis zum 21. Januar in der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin am Kulturforum der Hauptstadt die große Schau „Wechselblicke. Zwischen China und Europa 1669 – 1907“, die von Mitarbeitern des Kunsthistorischen Instituts mitentwickelt wurde. Daneben bietet das Institut auf seiner Internetseite www.khi.fi.it mit „Ramboux. Zwischen Kunst und Kunstgeschichte“ derzeit eine Online-Ausstellung seiner Photothek an. Winckelmann hätte an dieser rasanten Entwicklung „seiner“ Wissenschaftsdisziplin sicher großen Gefallen gefunden. *H. Tews*

Atelier in den Wolken

Karlsruhe präsentiert »Metamorphosen« des Paul Cézanne

Ein merkwürdiges Aquarell: Die auf den Stuhl geworfene Jacke kann man für eine Regenwolke oder ein Bergmassiv halten. Wegen dieser Mehrdeutigkeit erklärt Kurator Alexander Eiling das Blatt zum Schlüsselwerk seiner Paul Cézanne (1839–1906) gewidmeten Schau: „Kaum ein Werk fasst die Idee der Metamorphose und das Motiv des Verschleifens unterschiedlicher Gattungen in Cézannes Werk so konzentriert zusammen wie das Aquarell ‚Jacke auf einem Stuhl‘.“

Die in der Kunsthalle Karlsruhe ausgestellten 100 Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen eröffnen einen frischen Blick auf Cézannes Schaffen. So wird aus dem wegen seiner Formvereinfachungen gern zu einem der Väter der Abstraktion erklärten Maler unversehens ein Verwandlungskünstler. Eiling zeigt Arbeiten mit unterschiedlichen Motiven und aus verschiedenen Schaffensphasen nebeneinander, um die inneren Zusammenhänge von Cézannes Gesamtwerk aufzuzeigen. Die bestehen in der „Metamorphose“ genannten Wanderung, Abwandlung und Mehrdeutigkeit der Motive. Im Gemälde „Felsen bei L'Estaque“ etwa erinnert eine Bergformation mit ihren organisch anmutenden Rundungen an eine auf der Seite liegende Rükkenfigur. Verwandte Rundungen zeigen Bleistiftzeichnungen des „Ruhenden Herkules“, die Cézanne nach Pierre Pugets Skulptur des Herkules (1661/62) anfertigte.



Bild: Staatliches Museum für Bildende Künste A. S. Puschkin, Moskau

„Mardi Gras“ mit Cézanne junior (r.)

Neben dem Naturstudium hatte das Kopieren als vorbildlich erachteter Kunstwerke für Cézanne große Bedeutung. Er erklärte: „Vor den großen Meistern lernt der Künstler denken, vor der Natur lernt er sehen.“

Das eigentümlichste Werk der Schau heißt „Das Ewigweibliche“ (um 1877). Es ist eines der meistdiskutierten Gemälde des Künstlers und bleibt doch rätselhaft. In der Bildmitte liegt auf weißem Laken eine entblößte Frau mit blutroten Augenhöhlen. Männer umdrängen sie. Rechts oben steht ein Maler an der Staffelei. Stellt sich Cézanne hier selbst dar? Er war jedenfalls ein eifriger Selbstporträtist. Ausgestellt ist sein „Selbstbildnis mit Palette“. Die Rückwand des Ateliers mutet wie ein Wolkenhimmel an. Cézanne „verschanzt“ sich hinter Staffelei und Palette. Eine geheimnisvolle Erscheinung mit ausdruckslosen Gesichtszügen.

Höhepunkt der Ausstellung ist das Ölbild „Mardi Gras“ von 1888. Es zeigt Cézannes Sohn Paul junior und dessen Freund Louis Guillaume in Rollenporträts. Paul gibt den hochmütigen Harlekin, Louis den gedankenverlorenen Pierrot. Das Gemälde ist einzigartig in Cézannes Schaffen. Und doch kann man auch in ihm die für den Künstler typische Motivwanderung entdecken. Paul und Louis treten durch einen Vorhang mit Blattmuster vor ihr Bildpublikum. Das Stoffmuster findet sich auf dem „Stillleben mit Teekanne“ wieder. *Veit-Mario Thiede*

„Cézanne. Metamorphosen“, bis 11. Februar, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr, Eintritt: 12 Euro, www.kunsthalle-karlsruhe.de

Der blutige Umsturz beendete den Krieg

Mit Friedensverhandlungen wollte Leo Trotzki die Revolution beschleunigen

Krieg schadet der Revolution. Wer den blutigen Umsturz will, dem kommt der Feind von außen in die Quere. Die Bolschewisten wollten nach der Oktoberrevolution ihre Machtübernahme in Russland festigen. Sie schlugen den Mittelmächten einen Waffenstillstand an der gesamten Ostfront vor. Das beschleunigte das Ende des Ersten Weltkrieges im Osten. Ab 15. Dezember 1917 schwiegen dort die Waffen.

Die Kriegsparteien waren auf beiden Seiten erschöpft. Für die Mittelmächte bedeutete der Waffenstillstand das Ende des zermürbenden Zweifrontenkrieges. In Russland zerfielen die Truppen oder machten Revolution, die Menschen hungerten. Sie waren empfänglich für die Parolen der Bolschewisten, die „Brot und Frieden" versprachen. Die Friedensverhandlungen wurden am 9. Dezember 1917 in der russischen Festungsstadt Brest-Litowsk aufgenommen. Der Ort lag in von deutschen Truppen besetztem Gebiet. Am Verhandlungstisch saßen die Vertreter Russlands und der Mittelmächte, also des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, des Osmanischen Reiches und Bulgariens.

Zwei Welten prallten aufeinander, Menschen, die im Denken und Handeln einander vollkommen fremd waren. Traditionsbewusste Vertreter des Hochadels saßen mit fanatischen Umstürzlern an einem Tisch. Nach einem gemeinsamen Abendessen notierte der Leiter der österreich-ungarischen Delegation, Ottokar Graf Czernin: „Merkwürdig sind diese Bolschewiken. Sie sprechen von Freiheit und Völkerversöhnung, von Friede und Eintracht, und dabei sollen sie die grausamsten Tyrannen sein, welche die Geschichte gekannt hat – sie rotten das Bürgertum einfach aus, und ihre Argumente sind Maschinengewehre und der Galgen."

Leo Trotzki, der als Volkskommissar für äußere Angelegenheiten ab Januar 1918 die Verhandlungen auf russischer Seite leitete, beurteilte die Delegation der Mittelmächte so: „Mit dieser Art Menschen kam ich hier zum ersten Mal von Angesicht zu Angesicht zusammen. Es ist unnötig zu sagen, dass ich mir auch früher keine Illusionen über sie gemacht hatte. Aber immerhin, ich gebe zu, ich hatte mir das Niveau höher vorgestellt. Den Eindruck der ersten Begegnung könnte ich mit den Worten formulieren: Diese Menschen schätzen die anderen sehr billig ein, aber auch sich selbst nicht sehr teuer."

Mit dem Auftritt Trotzkis änderten sich die Verhandlungen grundlegend. War bis dahin relativ zügig über das von den Bolschewisten unterbreitete Angebot – Räumung der besetzten Gebiete, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Verzicht auf Reparationen – verhandelt worden, wurden nun die Verhandlungen verzögert.

Von vornherein wollte Trotzki die Verhandlungen als Bühne nutzen, um die Revolution in anderen Ländern zu schüren. Er verschleppte die Gespräche mit dem Ziel, „die Arbeitermassen Deutschlands und Österreich-Ungarns wie auch der Ententeländer aufzurütteln". Mit langen Erklärungen versuchte Trotzki, die Welt von der Friedfertigkeit der Bolschewisten zu überzeugen: „Die Hoffnung auf eine rasche revolutionäre Entwicklung in Europa gaben wir selbstverständlich nicht auf."

Die deutsche Seite durchschaute die Taktik. Durch einen beschleunigten Vormarsch der Truppen erhöhten sie den Druck auf die Bolschewisten. Der Generalbevollmächtigte der Obersten Heeresleitung, General Max Hoffmann, tobte: „Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stünde und uns Bedingungen diktieren könnte. Ich möchte darauf hinweisen, dass die

> Vor 100 Jahren schlossen die Mittelmächte und Russland einen Waffenstillstand, der in den Frieden von Brest-Litowsk mündete

Tatsachen entgegengesetzt sind." Er warf den Bolschewisten vor, das von ihnen geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker in besetzten Gebieten vollkommen zu missachten und jeden Andersdenkenden als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogelfrei zu erklären. Er nannte als Voraussetzung für einen Friedensvertrag die Entlassung Polens und der baltischen Staaten in die Unabhängigkeit. Die Verhandlungen wurden auf Wunsch Trotzkis unterbrochen.



Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zwischen den Mittelmächten und Russland am 15. Dezember 1917 in Brest-Litowsk: Generalfeldmarschall Leopold Prinz von Bayern unterzeichnet als Oberbefehlshaber der Ostfront

Bild: akg images

Nach innenpolitischen Problemen – die Macht der Bolschewisten war durch Verluste bei der Wahl zur Volksvertretung erschüttert – drängte Trotzki darauf, die Friedensverhandlungen zu verlassen, nahm sie aber am 30. Januar wieder auf, im Deutschen Reich und Österreich-Ungarn war es zu den erwarteten Massenstreiks gekommen. Wieder spielte Trotzki auf Zeit. Dazu gehörte auch die Weigerung, an Verhandlungen mit der Volksrepublik Ukraine teilzunehmen. Es ging auch ohne ihn. Die Mittelmächte schlossen einen separaten Frieden. Die Anerkennung des ukrainischen Staates wurde mit großen Getreidelieferungen honoriert.

Trotzki versuchte abermals, eine Situation zu schaffen, die weder Krieg noch Frieden war. Damit wollte er bis zum Ende der Kämpfe an allen Fronten überdauern. Er gab an, auf einen Vertrag verzichten zu wollen und erklärte einseitig „den Kriegszustand mit den Zentralmächten für beendet. Den russischen Truppen wird gleichzeitig der Befehl zur vollständigen Demobilisierung an allen Fronten erteilt."

Darauf ließen sich die Mittelmächte nicht ein. Ohne Friedenvertrag würde wieder gekämpft werden, erklärte General Erich Ludendorff von der Obersten Heeresleitung. Trotzki hielt das für eine leere Drohung. Das war ein fataler Irrtum. Am 17. Februar 1918 begann die Offensive „Faustschlag". Die deutschen Truppen stießen kaum auf Widerstand. Zwei Tage später baten die Russen um Frieden. Und am darauffolgenden Tag erklärte Lenin: „Es gibt keine Armee mehr." Nun ließ sich die Oberste Heeresleitung Zeit. Erst nach vier Tagen nannte sie neue Bedingungen: vollständige Räumung von Finnland, Livland, Estland und der Ukraine, Demobilisierung der russischen Armee.

Es war Lenin, der mit seinem Rücktritt drohte und damit die erneute Aufnahme von Friedensverhandlungen gegen Trotzki und Nikolai Bucharin durchsetzte. Der Friedenvertrag von Brest-Litowsk wurde am 3. März 1918 unterzeichnet.

Für die Deutschen war damit der Zweifrontenkrieg endlich beendet. Gerettet hat es sie aber nicht. Sie und die übrigen Mittelmächte verloren den Ersten Weltkrieg trotzdem, und mit dem Kriegsende war der Frieden von Brest-Litowsk Makulatur.

Die Bolschiki hingegen hatten mit dem Frieden von Brest-Litowsk ihr wichtiges Friedensversprechen eingehalten, mit dem sie sich von der von ihnen gestürzten Ententefreundlichen Provisorischen Regierung in den Augen vieler ihrer Landsleute positiv absetzten. Nun konnten sie sich mit voller Kraft dem Kampf gegen den Feind im Inneren widmen. *Klaus J. Groth*

Als die Deutschen Jerusalem räumten

Vor 100 Jahren überließen Falkenhayns Truppen die Heilige Stadt den Briten

Bis zum 9. November 1917 kontrollierte der westpreußische Offizier sowie vormalige preußische Kriegsminister und Chef des Großen Generalstabs Erich von Falkenhayn mit 15 000 deutschen Soldaten vier Wochen lang die noch osmanische Stadt Jerusalem. Sein Adjutant, der spätere Reichskanzler Franz von Papen, überredete ihn schließlich zu einer kampflosen Übergabe der Heiligen Stadt.

Jerusalem war vor 100 Jahren eine Stadt von 50 000 Einwohnern, jeweils ein Drittel davon waren Juden, Christen und Muslime. Die Stadt gilt zwar nach Mekka und Medina als die drittheiligste des Islam, aber aus Desinteresse an der Provinz hatten die osmanischen Autoritäten jüdische und ab 1901 auch zionistische Niederlassungen um Jerusalem herum zugelassen. Dies änderte sich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als Jerusalem, bedingt durch die feindlichen arabischen Beduinenstämme, die von den Briten unter Lawrence von Arabien gegen die Türken aufgewiegelt worden waren, zur Frontstadt wurde. Im November 1914 machte der osmanische Marineminister und Kommandeur der 4. Armee, Ahmet Dschemal, Jerusalem zu seiner Residenzstadt und rief vor dem Felsendom vor einer jubelnden Menge zum Dschihad gegen die Alliierten auf.

Dschemal, der einer der vier Hauptverantwortlichen am armenischen Genozid war und deswegen 1922 von einem armenischen Studenten in Tiflis erschossen wurde, war auch ein erbitterter Gegner der Zionisten. Er befahl die Ausweisung aller Juden aus Palästina, die ausländische Pässe besaßen. Diese Maßnahme wurde jedoch nach Intervention des deutschen Botschafters in Konstantinopel zurückgenommen, weil damals viele der 100 000 ausländischen Juden in Palästina deutsche Pässe besaßen und viele der deutschen Soldaten im Land jüdischen Glaubens waren. Unter der Herrschaft Dschemals verhungerten in Jerusalem 10 000 Menschen, weitere 10 000 flüchteten aus der Stadt, die dazu noch von einer Heuschreckenplage wie zu biblischen Zeiten heimgesucht wurde, was viele Menschen als Strafe Gottes verstanden.

> Gegen die Ausweisung aller ausländischen Juden aus Palästina wurde von deutscher Seite erfolgreich interveniert

In Jerusalem befand sich keine größere militärische Garnison. Die Front zwischen dem Osmanischen Reich und den Alliierten, die in Ägypten ihr Hauptquartier hatten, lag im Süden Palästinas, zwischen Gaza und Beerscheba, damals kleinere Städte. Nach einigen frühen Niederlagen gegen die Briten und Beduinen am Suezkanal und in Aqaba befanden sich die osmanischen Streitkräfte ab 1915 permanent in der Defensive. In Palästina waren 1917 die Fronten in Bewegung geraten, nachdem die Alliierten im März versucht hatten, Gaza zu erobern. Der britische Oberbefehlshaber in Ägypten, Sir Archibald Murray, hatte im März die Weisung seiner Regierung erhalten, Jerusalem baldmöglichst einzunehmen. Nur mit Hilfe einiger deutscher Eliteeinheiten konnte die Front bei Gaza bis zum 8. November 1917 noch gehalten werden. Die türkische Armee war in Auflösung begriffen, die Hälfte der Soldaten war, weil es nichts mehr zu essen gab, desertiert. Deutsche Soldaten sollten sie ersetzen.

Nachdem der osmanische Oberbefehlshaber Kemal Pascha, der spätere Staatsgründer Atatürk, als Oberbefehlshaber hatte abdanken müssen, übernahm der aus dem Kreis Thorn in Westpreußen stammende preußische General Erich von Falkenhayn Ende September 1917 den Oberbefehl über die osmanisch-deutschen Truppen in Palästina. Auf britischer Seite hatte im Juni General Edmond Henry Allenby das Oberkommando übernommen und mit einer grundlegenden Umstrukturierung der Truppen begonnen.

Am 5. November schlug Falkenhayn in der Augusta-Viktoria-Stiftung auf dem Ölberg sein Hauptquartier auf. Für knapp vier Wochen beherrschten seine Truppen die Heilige Stadt. Unter den Soldaten war auch der spätere Auschwitz-Kommandant Rudolf Höß. Die deutschen Soldaten fühlten sich in Jerusalem wie zu Hause. Dank sieben deutscher Schulen war Deutsch nach Türkisch die zweitwichtigste Sprache unter der Jugend in Jerusalem. Das Transportwesen ganz Palästinas war in der Hand von 2200 württembergischen Templern, die im deutschen Stadtviertel von Jerusalem die Wiederkunft des Messias erwarteten. Auch im Gesundheitsbereich waren die zehn reichsdeutschen und österreichischen Stiftungen in Jerusalem dominierend. Seit dem Besuch von Kaiser Wilhelm II. in Jerusalem 1898 gab es sogar eine deutsche Post und eine deutsche Bank, die den deutschen Soldaten den Eindruck vermittelten, eigentlich zu Hause zu sein.

Am 2. November 1917 hatte der britische Außenminister, Arthur James Balfour, den Juden versprochen, in Palästina eine Heimstätte für sie zu errichten. Dies motivierte insbesondere die jüdischen Legion, fünf Bataillone aus jüdischen Freiwilligen, die als Bataillon Nr. 38 bis 42 der Königlichen Füsiliere (Royal Fusiliers) der British Army kämpften. Nach der Eroberung von Gaza gelang es den Briten am 9. November 1917, im Handstreich das osmanisch-deutsche Hauptquartier bei Et-Tine in der Nähe des heutigen Beit Schemesch zu nehmen. Im Durcheinander nahm eine türkische Batterie sogar das eigene Hauptquartier unter Feuer. Dies sorgte für Panik unter den türkisch-deutschen Truppen. Falkenhayn befehligte am 12. November einen erfolglosen Gegenangriff Richtung Et-Tine von Jerusalem aus, ein letzter Entlastungsangriff für Jerusalem scheiterte am 27. November.

> Mit der Räumung durch ihre deutschen Verbündeten gingen 400 Jahre Herrschaft der Osmanen zu Ende

Unter den deutschen Verteidigern von Jerusalem brach eine Diskussion aus über die Sinnhaftigkeit einer Verteidigung der Heiligen Stadt. Falkenhayn, der Erfinder der „Blutmühle von Verdun", wollte die prestigeträchtige Stadt „auf die die ganz Welt mit höchstem Interesse schaut", mit allen Mitteln verteidigen. Hingegen plädierte Papen für eine freiwillige kampflose Räumung. Der politisch versierte vormalige Militärattaché in Washington überzeugte seinen Vorgesetzten. Am 9. Dezember räumten die Deutschen Jerusalem und verlagerten ihr Hauptquartier nach Nazareth. Damit gingen 400 Jahre osmanischer Herrschaft zu Ende.

Der 9. Dezember war ein Feiertag für die Juden in Palästina, das Freudenlied „Hava Nagila" entstand an diesem Tag. Am 11. Dezember zog Allenby, auf Weisung aus London zu Fuß, an der Spitze einer internationalen Truppe, die aus vier Kontinenten stammte, am Jaffator in Jerusalem ein. Er hatte sein Ziel, noch vor Weihnachten in der Heiligen Stadt zu sein, erreicht. Allerdings kam die Offensive Allenbys im judäischen Bergland für fast ein Jahr ins Stocken. Erst im Oktober 1918 erreichten die Alliierten Syrien, was zur Kapitulation und zum Untergang des Osmanischen Reiches führte. *Bodo Bost*

Ein Schlosser ermöglichte das Schnellfeuer

Johann Nikolaus von Dreyse entwickelte das Zündnadelgewehr und den ersten tauglichen Hinterlader

Mittlerweile wird das Zündnadelgewehr nicht mehr unbedingt als entscheidend für den Ausgang des Deutschen Krieges von 1866 eingestuft. Seine große Bedeutung ist jedoch unumstritten. Vor 150 Jahren starb sein Erfinder, der ursprünglich bürgerliche Konstrukteur und Unternehmer Johann Nikolaus von Dreyse.

In der später maßgeblich durch ihn zur Industriestadt gewordenen damaligen Erfurter Exklave Sömmerda kam Johann Nikolaus Dreyse am 20. November 1787 zur Welt. Dreyse war also kein gebürtiger Preuße, doch kam seine Geburtsstadt als Folge des Reichsdeputationshauptschlusses noch während seiner Kindheit mit Erfurt zu Preußen. Der nunmehr preußischen Stadt stand deshalb nach der von Preußen gegen Frankreich verlorenen Doppelschlacht von Jena und Auerstedt vom 14. Oktober 1806 die Besetzung bevor. Möglicherweise bewegte das den jungen Schlossersohn, der im Herbst des Jahres seine Lehre bei seinem Vater beendet hatte, nun ohne Verzug auf die Walz zu gehen. Seine Tippelei führte ihn schließlich in die Hauptstadt des seinerzeit entwickeltesten und modernsten Staates des Kontinents, nach Paris.

Seine Gesellenwanderung soll ihn gleich zu Beginn zu dem Schlachtfeld von Jena geführt haben. Die schlechte Qualität der Gewehre der Gefallenen soll ihn nachdrücklich beeindruckt haben. In Paris hatte er die Gelegenheit, an einer Verbesserung des Gewehres mitzuwirken. Kaiser Napoleon hatte einen Preis für die Entwicklung eines brauchbaren Hinterladergewehres ausgelobt, und Samuel Johann Pauli, in dessen Gewehrfabrik Dreyse ab 1809 arbeitete, versuchte, ihn zu gewinnen. Pauli gelang es nicht, einen brauchbaren Hinterlader zu entwickeln, aber sein Mitarbeiter Dreyse lernte dabei viel für seinen späteren eigenen Durchbruch.

1814 fiel Paris. Der gebürtige Schweizer Pauli wanderte nach London aus, und Dreyse kehrte nach Sömmerda zurück. Nach dem Tod seines Vaters übernahm er dessen Werkstatt und fertigte dort zivile Produkte des täglichen Bedarfs. Der kreative Kopf entwickelte sowohl neue Produkte als auch neue Fertigungsmethoden. Eine von ihm konstruierte Knopfzange, mit der jeweils sechs Knöpfe in einem Arbeitsgang hergestellt werden konnten, fiel derart überzeugend aus, dass die Erfurter Knopffabrik Kronbiegel mit ihm 1816 die „Dreyse & Kronbiegel-Metallwarenfabrik“ mit Sitz in Sömmerda gründete.

Nach dem Tod seines Kompagnons heiratete ein Buchhalter dessen Witwe und das Unternehmen trug fortan den Namen „Dreyse & Collenbusch“. Der umtriebige Dreyse konnte seinen neuen Partner dazu bewegen, sich nun zu erfinden, sprich nun etwas ganz anderes zu tun beziehungsweise zu produzieren. Das Unternehmen machte dort weiter, wo Dreyse in Paris aufgehört hatte. In Zusammenarbeit mit zwei Apothekern und einem Weimarer Büchsenmacher bemühte Dreyse sich um die Verbesserung der Zündmasse und der mit ihr gefüllten Zündhütchen für Perkussionswaffen. 1823 nahm „Dreyse & Collenbusch“ die Zündhütchenfabrikation auf, 1824 meldete das Unternehmen ein Patent an für ein Zündhütchen, dessen Füllung mittels einer Metallfolie versiegelt wurde. Das Produkt verkaufte sich gut, und Dreyse konnte es sich leisten, sich unverkrampft der Forschung zuzuwenden.


Vor 150 Jahren gestorben: Johann Nikolaus von Dreyse Bild: CF

Nach langem Probieren erkannte er, dass ein Nadelstich genügte, um den Zündsatz explodieren zu lassen. So kam es zur Entwicklung der Zündnadel und des auf dieser Basis arbeitenden Zündnadelgewehrs. 1827 stellte Dreyse das erste Zündnadelgewehr her.

Dieses erste Zündnadelgewehr, das 1828 patentiert wurde, war noch ein Vorderlader mit glattem Lauf. Dreyse optimierte nun die Waffe kontinuierlich. Beim Vorderlader war das konstruktionsbedingte Laden von vorne nicht ganz ungefährlich, da es immer wieder zu ungewollten vorzeitigen Zündungen kommen konnte. Dreyse verletzte sich auf diese Weise selber an der Hand. Er entwickelte deshalb einen ziemlich gefahrlos zu ladenden Hinterlader. Ihm gelang damit als erstem, woran sein damaliger Chef Pauli in Paris einst gescheitert war: ein praxistauglicher Hinterlader. Eine größere Stabilität in der Flugbahn erreichte er durch die Verwendung eines gezogenen statt eines glatten Laufs. Ähnlich innovativ wie das neue Gewehr war die dafür entwickelte sogenannte Einheitspatrone. Sie vereinte Geschoss, Pulverladung und Zündmasse in einer Patrone, was den Ladevorgang vereinfachte und verschnellerte.

Die Vorteile lagen auf der Hand: eine relativ stabile Flugbahn, die Möglichkeit, dreimal so schnell nachzuladen und damit auch zu feuern wie bei einem herkömmlichen Karabiner, ein vergleichsweise geringes Verletzungsrisiko beim Laden sowie schließlich die Tatsache, dass der Schütze zum Laden nicht aufrecht stehen oder zumindest knien musste, sondern dieses im Liegen verrichten konnte, womit er für den Gegner ein kleineres Ziel abgab.

Diese Fülle an Vorteilen von Dreyses Hinterlader überzeugte schließlich auch die preußische Militärbürokratie. Nach einer Reihe von Versuchen erkannte die königliche Prüfungskommission in ihm „eine vollkommene Kriegswaffe“. Nach seinem Regierungsantritt genehmigte Preußens König Friedrich Wilhelm IV. einen Großauftrag über 60 000 Zündnadelgewehre mit je 500 Patronen. Dreyse erhielt einen großzügigen Staatskredit, um eine entsprechende Massenfabrikation aufziehen zu können. 1841 wurden die neuen Fabrikanlagen in Sömmerda in Betrieb genommen.

> Dreyses Zündnadelgewehr verschaffte den Preußen im Deutschen Krieg einen großen Vorteil, den Moltke zu nutzen wusste

Seine Praxistauglichkeit bewies das Gewehr in der Bekämpfung von Revolutionären während der 48er Revolution und im Schleswig-Holsteinischen Krieg. Daraufhin erfolgte die Einführung der Waffe in der gesamten Armee. Das überforderte Dreyses Produktionskapazitäten, und mit seiner Zustimmung produzierte nun auch der Staat sein Gewehr.

Die bereits erwähnte königliche Prüfungskommission hatte einst geweissagt, dass Dreyses Waffe „bei Bewahrung ihres Geheimnisses voraussichtlich berufen“ sei, „bei Eintritt großer historischer Momente zu einer gefeierten Nationalwaffe zu werden“. Das war 1866 schließlich im Deutschen Krieg der Fall.

Ein Erfolgsrezept des zu Recht legendären preußischen Generalstabschefs Helmuth von Moltke bestand darin, dem Fortschritt kreativ Rechnung zu tragen. Er reagierte auf die durch die industrielle Revolution ausgelöste Bevölkerungsexplosion und die sich daraus in Verbindung mit der allgemeinen Wehrpflicht ergebenden Massenheere mit seiner Devise „Getrennt marschieren, vereint schlagen!“ und nutzte Eisenbahn und Telegrafie, die damals noch relativ neu waren, erstmals systematisch und im großen Stil für die schnelle Verschiebung von Truppen beziehungsweise Übermittlung von Informationen. Ebenso wusste er auch das Zündnadelgewehr mit seiner hohen Schussfolge militärisch adäquat zu nutzen. So setzte er das sogenannte Schnellfeuer ein, das heißt, dass jeder beteiligte Soldat so schnell schoss, wie er konnte, sodass nicht wie bisher zwischen einzelnen Salven eine größere Pause des gemeinsamen Nachladens entstand, sondern sich der Gegner vielmehr einem permanenten Feuer gegenüber sah, ein Vorgeschmack auf das Maschinengewehrfeuer im Ersten Weltkrieg.

Der österreichische Gegner hatte dem mit seinem veralteten Lorenz-Gewehr nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Das war im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 schon ganz anders. Seit 1866 war fast ein halbes Jahrzehnt ins Land gegangen, und Frankreich war ein hochmoderner Industriestaat mit einer leistungsfähigen Volkswirtschaft und Rüstungsindustrie. Das Chassepotgewehr des französischen Infanteristen basierte auf Dreyses Zündnadelgewehr, war jedoch von der Konstruktion um 25 Jahre jünger und moderner. Kriegsentscheidend wurde diese technische Unterlegenheit nicht, denn sie konnte von den Preußen durch bessere Artillerie kompensiert werden, aber symptomatisch war sie doch. Der von Dreyse mit seinem Zündnadelgewehr erarbeitete Vorsprung war dahin. Preußen zog die Konsequenzen und entschied sich nach dem Deutsch-Französischen Krieg für das Infanterie-Gewehr 71 der Mauserwerke als Nachfolgemodell, das nun wiederum das Chassepotgewehr zum Vorbild hatte. Das von Dreyse für die Produktion des Zündnadelgewehrs und dessen Munition gegründete Unternehmen ging Konkurs und wurde von Rheinmetall übernommen.

Für all das ist Dreyse nicht verantwortlich zu machen. Er lebte da schon nicht mehr. Vielmehr starb er, kurz nachdem das von ihm entwickelte Zündnadelgewehr im Deutschen Krieg den Zenit seiner Geschichte erreicht hatte, geadelt und auch ansonsten hochgeehrt am 9. Dezember 1867 in seiner Geburtsstadt Sömmerda. Ihm war es nicht vergönnt, ein Unternehmen zu gründen, das bis heute besteht. Aber sein Prinzip des Hinterladers mit Innenzündung, Einheitspatrone und gezogenem Lauf setzte Maßstäbe. *Manuel Ruoff*

Der Autodidakt entdeckte nicht nur den Sauerstoff

Die von ihm begründete Gasanalyse erschloss dem vor 275 Jahen geborenen Apotheker und Chemiker Carl Wilhelm Scheele neue Welten

Carl Wilhelm Scheele stammte aus dem seinerzeit schwedischen Stralsund, absolvierte weder ein Gymnasium noch eine Universität, blieb ohne Promotion wie Habilitation und wurde von den etablierten Akademikern lange Zeit ignoriert, ehe er in Schweden als Pharmazeut sowie Chemiker mit seinen Erkenntnissen europäische Bedeutung erlangte. Königliche Akademien und Wissenschaftliche Gesellschaften in ganz Europa beriefen ihn zu ihrem Mitglied. In Mecklenburg-Vorpommern und in Schweden wird er bis heute als einer der bedeutendsten Forscher der Pharmazie- und Chemiegeschichte verehrt.

Scheele werden 15 000 bis 20 000 chemische Experimente nachgesagt. Die Entdeckung des Sauerstoffs gilt als seine größte Leistung. Sie begründete eine neue chemische Theorie. Mittlerweile tragen der Mondkrater Scheele, das Mineral Scheelit, der seit 1961 von der schwedischen pharmazeutischen Gesellschaft für Leistungen in der Pharmazie vergebene Scheele-Preis und die Scheele-Gesellschaft, die mecklenburg-vorpommersche Landesgruppe der Deutschen Pharmazeutischen Gesellschaft, seinen Namen. Sein restauriertes Stralsunder Geburtshaus ist heute eine Kulturstätte mit einer Gedenktafel, die an seine Verdienste erinnert.

Scheele entstammte einer Familie, die bereits vorher zahlreiche Ratsherren, Bürgermeister, Geistliche, Militärs und Universitätsgelehrte hervorgebracht hatte. Sein Vater wirkte als Brauer und Kornhändler in Stralsund, wo Sohn Carl Wilhelm am 9. Dezember 1742 als das siebente von elf Kindern seiner Eltern geboren wurde. Doch drei Jahre später ging das elterliche Geschäft in Konkurs. Das repräsentative Elternhaus in der Fährstraße kam in fremde Hände und die kinderreiche Familie bei Verwandten unter, bis der Vater als Makler eine neue Existenz aufbauen konnte.

Trotz aller Sparzwänge konnte Carl Wilhelm einige Jahre eine heimische Privatschule besuchen, ehe er eine Apothekerlehre begann. Dazu wechselte er als 15-Jähriger in die Göteborger Apotheke „Zum Einhorn“, wo zuvor bereits sein älterer Bruder gelernt hatte. Sein Lehrherr Martin Andreas Bauch förderte die experimentellen Fähigkeiten seines Schützlings. Zudem las der Stralsunder sämtliche Fachbücher, derer er habhaft werden konnte. Viele Anregungen entnahm er den Schriften des deutschen Chemikers und Apothekers Caspar Neumann.


Carl Wilhelm Scheele Bild: CF

Mit dem Gesellenbrief in der Tasche ging Scheele nach acht Jahren nach Malmö, wo er beim neuen Dienstherrn Peter Magnus Kjellström seine autodidaktischen Studien fortsetzte, weiter experimentierte und erfolglos Anschluss an gelehrte akademische Kreise suchte. Seine ersten Aufsätze mit den Erkenntnissen aus seiner intensiven experimentellen Laborarbeit wurden ignoriert. Für die akademische Hierarchie war der Apothekergeselle ein Niemand. Allein Anders Jahan Netzius, ein Chemiedozent der Universität Lund, erkannte die Begabung Scheeles. Daraus entwickelte sich eine fruchtbare Zusammenarbeit und Freundschaft.

1768 wechselte der aufstrebende Apotheker nach Stockholm. Doch die mit der Hauptstadt verbundenen Erwartungen wurden nicht erfüllt. Deshalb kam es zum erneuten Wechsel nach Uppsala, wo er die Bekanntschaft einiger Universitäts-Professoren wie Thorbjörn Bergman und Carl von Linne machte. Beide waren vom Kenntnisstand und der Experimentierfreude Scheeles beeindruckt. Es kam zu einer gegenseitig befruchtenden Zusammenarbeit. Der bisherige Niemand avancierte zur respektierten Größe. Seine Veröffentlichungen wurden gelesen und diskutiert, zumal er immer wieder und erfolgreich wissenschaftliches Neuland betrat. Das trug ihm 1775 die Aufnahme in die Akademie der Wissenschaften im Beisein des Königs ein. Der inzwischen 32-jährige Autodidakt wurde als erster Nichtakademiker in diesen geistigen Olymp Schwedens berufen. Er hatte es geschafft.

Scheele holte nun das Apothekerexamen nach, machte sich in Köping selbstständig, experimentierte weiter, veröffentlichte seine Erkenntnisse und erregte nun europaweit Aufsehen. Wissenschaftliche Gremien in Paris, Berlin, Erfurt und Turin ernannten ihn zum Mitglied. In seinem Buch „Chemische Abhandlung von der Luft und dem Feuer“ stellte er die Entdeckung des Sauerstoffs vor. Aber ihm waren nur wenige Jahre des Höhenfluges vergönnt. Scheele, der zuvor nie krank gewesen war, kränkelte ab 1785 im wachsenden Maße. Sara Margaretha Pohl, seine getreue Haushälterin, pflegte ihn. Er heiratete sie, setzte sie als Universalerbin ein und starb am 21. Mai 1786 in Köping. Da war Scheele erst 43 Jahre alt und eigentlich noch am Anfang seiner Wissenschaftler-Karriere. Trotzdem hatte er bereits zur Entdeckung mehrerer Elemente beigetragen, insbesondere der des Sauerstoffs. *Martin Stolzenau*

Moment der Woche

Foto: ZDF

Sind die beiden nicht entzückend? Die Mainstreampresse liebt die Helden der deutschen Serie „4 Blocks“. Das Brüderpaar Ali und Abbas Hamady streitet in der Gangstersaga (Dienstags, 23.15 Uhr, ZDFneo) um den Chefposten in einem kriminellen libanesischen Clan in Berlin. Der „Spiegel“ schwärmt von dem „guten Patriarchen“ Ali, „der sich redlich um alle kümmert, die für ihn arbeiten“. Er würde gut in die Mittelstandsvereinigung der CDU passen. – Tut er nicht. Denn die libanesisch-kurdischen Großfamilien zersetzen den Rechtsstaat und überziehen das Land mit Gewalt und Kriminalität. Sie sollten nicht auch noch – mit Filmfördergeldern aus Berlin und Brandenburg – im TV romantisiert werden. *FH*

»Boykottiert Lidl!«

Oder vielleicht doch nicht? Was bringen Verbraucherstreiks heutzutage überhaupt?

Der Aufschrei war groß, als die Supermarktkette Lidl jüngst einige pseudogriechische Produkte der Eigenmarke Eridanous in die Regale räumte. Die Verpackungen zeigten Fotos malerischer Kirchen auf der Ägäis-Insel Santorin. Nur: Der Discounter hatte die Kreuze auf den Kuppeln der Gotteshäuser wegretuschieren lassen. „Boykottiert Lidl!“, forderten daraufhin viele, die einen Kniefall vor der muslimischen Kundschaft vermutete. Aber: Wie sinnvoll sind Konsumentenboykotte eigentlich?

Besonders erfolgreich ist der strategische Konsumverzicht natürlich, wenn er einen spürbaren Imageschaden oder schmerzhafte wirtschaftliche Verluste bewirkt und die Forderungen der Verbraucher auch tatsächlich in der Praxis umsetzbar sind. So wie 1995, als sich Greenpeace den Shell-Konzern vorknöpfte und die geplante Versenkung der Öllager- und Verladeplattform „Brent Spar“ in der Tiefsee westlich von Irland anprangerte. Ob die Umweltschützer Recht hatten mit ihrer Aktion ist umstritten, aber sie zeigte immense Wirkung. Der Umsatz an Shell-Tankstellen ging teilweise um bis zu 50 Prozent zurück. Das Unternehmen gab daraufhin nach und ließ die Plattform abwracken, statt sie im Meer zu versenken.

Heute würde Shell wahrscheinlich gelassener reagieren. Boykottaufrufe sind inzwischen weitaus weniger wirksam. Es gibt einfach zu viele. So sah sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten bereits jede zweite Firma von Rang damit konfrontiert. Zum Zweiten enden die meisten „Verbraucherstreiks“ zu schnell. Es fehlt an Durchhaltevermögen und Frustrationstoleranz der – schnell mal eben – Empörten. Die Verzichtsbereitschaft, welche die schwarze Bevölkerung von Montgomery 1955/56 an den Tag legte, sucht man heutzutage vergeblich: Damals wurden die städtischen Busse ein geschlagenes Jahr lang gemieden, um das Ende der Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erzwingen! Dahingegen mussten die Teilnehmer am Shell-Boykott lediglich das „Opfer“ bringen, zur meist nicht weit entfernten nächsten Tankstelle zu fahren, wo es das Benzin dann zur Belohnung oft sogar noch billiger gab.

> Jede zweite große Firma betroffen

Abgesehen vom Sonderfall Shell führt die Kurzlebigkeit heutiger Verbraucherboykotte dazu, dass die Absatzzahlen der ins Visier genommenen Unternehmen oft kaum zurückgehen. Spötter meinen daher nicht zu Unrecht, ein Konsumentenstreik zeitige in der heutigen Welt schon deshalb keine gravierenden finanziellen Folgen mehr, weil der Umsatzeinbruch infolge des Wegbleibens bisheriger Kunden durch den Zustrom von Neukunden ausgeglichen werde, welche gerade aus anderen Gründen die Konkurrenz boykottieren. Darüber hinaus lasse sich jeder Boykott mit tollen Angeboten zu Schnäppchenpreisen brechen.

Aus dem Gesagten kann man unschwer schlussfolgern: Es hat wenig Sinn, sich an irgendwelchen momentan gerade laufenden Kampagnen zu beteiligen, die schnell wieder vergessen sind und keine Massenbasis haben. Besser ist wohl eine permanente überlegte und konsequente Kaufentscheidung zuungunsten bestimmter Anbieter, welche regelmäßig und systematisch Dinge tun, die beispielsweise den Gepflogenheiten der „schon länger hier Lebenden“ widersprechen und unerwünschte Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführen sollen. Dazu benötigt der Verbraucher freilich ein waches Auge, denn die wahren Skandale kommen oft auf ziemlich leisen Sohlen daher. Wie die schleichende Umstellung auf Fleischprodukte, die dem Gedanken des Tierschutzes Hohn sprechen und ausschließlich von Muslimen nachgefragt werden. Welche Handelsketten diese derzeit anbieten, lässt sich mühelos im Internet recherchieren. Wer boykottiert, ohne lautstark zum Boykott aufzurufen, handelt zudem auch effektiver, weil er dem Unternehmen damit die Möglichkeit nimmt, die Öffentlichkeit mit diversen Ausreden einzulullen oder sich gar als Opfer einer „rechten“ Rufmordkampagne zu gerieren, was dann am Ende noch zu Solidaritätskäufen führen kann. *W. Kaufmann*

Der skrupellose Charles Cunningham Boycott

Das Wort „Boykott“ geht auf einen Akt gewaltlosen Widerstands im Jahre 1880 zurück. Damals folgten irische Bauern in der Grafschaft Mayo dem Aufruf des Nationalistenführers Charles Stewart Parnell, keine Pachtverträge mehr mit dem aus England stammenden und für seine Skrupellosigkeit berüchtigten Grundstücksverwalter Charles Cunningham Boycott abzuschließen: Er wurde boykottiert, wie es in der Londoner „Times“ hieß. Als Ursprung des modernen Konsumentenboykotts – auch wenn man das Ganze seinerzeit noch nicht so nannte – gilt hingegen die berühmte „Tea Party“, mit der sich Bürger der nordamerikanischen Stadt Boston am 16. Dezember 1773 gegen als ungerecht empfundene Importzölle wehrten. Sie warfen 342 Kisten Tee von Schiffen der englischen East India Company ins Wasser des Hafenbeckens. Der Konflikt mit dem Mutterland England mündete dann 1775 in den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg.

Bekenntnisse eines Grapschers

Mannsein wird zur psychiatrischen Schmuddel-Diagnose – Frausein zum permanenten Opferstatus kultiviert – Eine Abrechnung

Wie böse: Erst hat *PAZ*-Autor Burkhard Voß einen Grapscher-(Alb)-Traum und dann regt er sich auch noch über Frauen auf, die ein Ethikkrönchen tragen und sich zur erfolgreichsten Opfergruppe der Welt stilisieren. Zartbesaitete Gemüter sollten an dieser Stelle keinesfalls weiterlesen.

Mein Tag war erfolgreich. Noch. Schon siebenmal hatte meine rechte Hand Tuchfühlung mit einem weiblichen Musculus glutaeus maximus aufgenommen, auch verlängerter Rücken genannt. Waren es früher die Diagnosen Schizophrenie, Persönlichkeitsstörung oder Pädophilie, die die Gemüter erregten, so ist es heute das Mannsein an sich. Es steht kurz davor, eine psychiatrische Schmuddeldiagnose zu werden. Natürlich mit verminderter Schuldfähigkeit – immerhin etwas Positives, dachte ich so bei mir.

Spätestens jetzt sollte ich mich vorstellen: Nervenarzt, 54 Jahre, hypersexuelle Störung, bislang therapieresistent, gegenwärtig auf der Jagd nach dem unvergleichlichen Gefühl des männlicher Greiforgans auf ebenjenem weiblichen Musculus glutaeus maximus.

Das nächste Objekt meiner Begierde vermute ich in einer Buchhandlung. Der intellektuelle Touch einer Buchhändlerin war für mich schon immer das süßeste Aphrodisiakum. Doch die achte Tuchfühlung ist die letzte an diesem Tag, Kolleginnen informieren Polizei und Rettungswagen. Sanitäter erkennen ihren Wiederholungstäter und in einer Form der ausgleichenden Gerechtigkeit spüre ich nicht nur starke Arme und Hände, die mich zu Boden ringen, sondern auch eine Injektionsnadel, die sich in meinen Musculus glutaeus maximus bohrt. Ein antitestostoronhaltiges Serum schießt in meinen Blutkreislauf und raubt mir sämtliche Kraft. Ruckzuck werde ich auf einer Liege festgeschnallt, ab geht's in den Rettungswagen. Zehn Minuten später finde ich mich im Aufnahmezimmer der örtlichen psychiatrischen Klinik wieder. „Lieber Herr Kollege“, schlüpft es aus dem rotlippigen und wollüstigen Mund der aufnehmenden Ärztin, „Ich hatte Ihnen schon letztes Mal eine Depotspritze empfohlen, dann könnten wir uns dieses 14-tägige Intermezzo wenigstens ein paar Monate hintereinander sparen.“ Sie zieht die Plastikhülle einer Valiumspritze ab. Was mich jedoch überhaupt nicht beunruhigt, denn als sie eine Vene sucht und sich vornüber beugt, rieselt ein Dopaminschauer durch mein Limbisches System. Die Moleküle bewirken eine euphorische Anästhesie des präfrontalen Cortex. Dann dringt die Nadel ein …


Foto: action press

Maskuline Enthemmung: Die Jagd nach dem unvergleichlichen Gefühl des männlichen Greiforgans auf dem weiblichen Musculus gluteus maximus

Schweißgebadet wachte ich auf. Mit „Gott sei Dank, nur ein Albtraum“ befreite ich mich aus dem Bettlaken, ging ins Wohnzimmer und schaltete den Fernseher ein. Gezeigt wurde eine Talkshow, offensichtlich eine Aufzeichnung vom gestrigen Abend. Sandra Maischberger moderierte zum Thema permanente sexuelle Übergriffe von Männern an Frauen, die vorher offensichtlich niemand bemerkt hatte. Vermutlich handelte es sich um einen der Wissenschaft noch nicht aufgefallenen kollektiven Sensibilitätsausfall bezüglich ganz bestimmter maskuliner Enthemmungen.

Neben Frau Maischberger waren noch vier andere Frauen anwesend, offensichtlich selbsternannte Sittenwächterinnen mit einem Schuss altjüngferlicher Pedanterie. Sogar ein Exemplar des Mängelwesens Mann hatte sich verirrt, ein wohl dressierter Frauenversteher, an dem sieben Achtsamkeits- und Sensibilitätskurse nicht ganz spurlos vorüber gegangen waren. An ihm konnte man rasch feststellen, dass aus dem generellen Täterprofil „männlich, weiß, heterosexuell“ schon längst weibisch, impotent und kastriert geworden war. Wie immer war die Realität 1000 Mal schlimmer als der schlimmste Albtraum. Fast könnte man(n) von Valiumspritzen träumen.

Die „#MeToo“-Debatte hat die westliche Welt in einen hochgradigen Erregungszustand versetzt. Der ist fast so spektakulär wie Sex. Nach Enthüllungen um den Hollywood-Mogul Harvey Weinstein und dessen triebhafte Schlawienereien, bekennen sich ungezählte Frauen und ein paar Jungs unter dem Internet-Schlagwort „#Me Too“ dazu, unwillkommene Aufmerksamkeiten aus der Männerwelt erlebt zu haben. Aber mal ernsthaft: In welch asozialen Kreisen bewegen sich eigentlich die Protagonistinnen des „#Me Too“, dass sie ständig sexuellen Übergriffen und blöden Sprüchen ausgesetzt sind? Nicht nur in meinem nicht gerade kleinen Bekanntenkreis habe ich auch nur eine Frau gehört, die diese permanenten sexuellen Übergriffe bestätigt hat. Eine meinte sogar: „Gerade in dieser Zeit möchten ich kein Mann sein“.

Was derzeit aus Hollywood und den USA auf die übrige westliche Welt hinüber schwappt ist, wie so oft, das lautstarke Getöse einer Minderheit von Frauen, die die Mechanismen der Skandalisierung perfekt beherrschen. Dabei ist die Faktenlage ausgesprochen dünn. Verlässliche Zahlen gibt es nicht, wie auch. Oft gibt es keine Zeugen und es steht Aussage gegen Aussage. Also ideale Ausgangsbedingungen. Wenn Revolutionen die Lokomotiven der Weltgeschichte sind, dann sind Emotionen die Lokomotiven der Skandalisierung. Beim Skandal geht es nicht um die Wahrheit, sondern um die Vorstellung der Masse.

Um nicht missverstanden zu werden: Der Filmproduzent Harvey Weinstein ist gewiss kein Unschuldsengel. Aber warum bricht diese Lawine an Anschuldigungen erst jetzt los, warum kommen einige Frauen erst nach Jahren damit heraus? Weil die Hemmschwelle so hoch ist, so die offizielle und politisch korrekte Deutung.

Böse Spekulation: Ganz sicher haben einige Frauen ganz bewusst mitgemacht um mit diesem Kalkül Karriere zu machen. Wenn dann noch die amerikanische Popsängerin Miley Cyrus, die sich in einem berühmten Musikvideo zwischen die Beine fasst, hinausposaunt: „Den Körper als Währung und Ware einsetzen“, könnte an dieser bösen Spekulation mehr als ein Körnchen Wahrheit dran sein. Und dann kommen Frauen in die Machtposition, die sie nun haben. Erst in diesen Machtpositionen haben sie den Mumm, Anklage zu erheben. Das Ethikkrönchen gibt's auf die botoxgeglättete Stirn gibt's gratis.

> Popsängerin Miley Cyrus: »Den Körper als Währung einsetzen«

Zweite böse Spekulation: Folgt man dem „Spiegel“-Redakteur Jan Fleischhauer („Unter Linken“) sollen Frauen die erfolgreichste Opfergruppe der Welt sein. Die Erfüllung der Sehnsucht, Traumaopfer zu sein, bietet nicht nur eine regressive Aufteilung der Welt in Gut und Böse, in Opfer und Täter, sondern auch Aufmerksamkeit, Mitleid, Trost und – finanzielle Entschädigung.

Raus aus den bösen Spekulationen und wieder hinein in die Wirklichkeit. Diese führte mich einen Tag nach dem Albtraum erneut in die Buchhandlung. Im Bereich Zeitschriften sah man eine Eindeutigkeit, die fernab aller Spekulationen war. Auf dem Titelblatt vom „Spiegel“ war zu lesen: „Aufwachen! Warum China schon jetzt Weltmacht Nummer 1 ist – ein Weckruf für den Westen.“ Weckruf impliziert einen schlafenden oder zumindest dösenden Westen, der nicht bei vollem Bewusstsein ist. Warum? Die Antwort lieferte der direkt daneben liegende Stern, wo auf dem Titelblatt die forsche Kabarettistin Caroline Kebekus zitiert wurde: „Sexismus im Job? Kenne ich“ und weiter „Warum die Debatte jetzt weitergehen muss: Frauen aus ganz Deutschland brechen ihr Schweigen.“

Keine böse Spekulation: Die Debatte muss allein schon deswegen weitergehen, weil jeder halbwegs glaubhaft konstruierte Missstand oder noch besser Skandal für die aufdeckende Zeitschrift eine Gelddruckmaschine ist. Unabhängig davon: Es sind genau diese von Fakten völlig losgelöste Debatten, mit denen der Westen sich selbst im Weg steht. Befindlichkeitsstörungen und Luxusprobleme, wie Gender, Ampelmännchen, Ampelweibchen, Streit um Unisex-Toiletten, Sprachregelungen, wie das Binnen-I, ad infinitum.

Diese Diskurse, losgetreten von lautstarken und schrillen Minderheiten, rauben dem Westen und Europa als Ursprungskontinent von Aufklärung, Rationalität und Wissenschaft den Verstand. Diese grenzenlose Thematisierungswut mit letztlich Tiffeltöffelkram kann fatale Folgen haben bis hin zum kulturellen Suizid. Auf dem Weg dorthin werden Europa subjektzentristische Nabelschauen à la „#MeToo“ und Gender begleiten. Schon der Dichterfürst Goethe hatte vor zwei Jahrhunderten die Problematik dieser Nabelschauen erkannt: „Alle im Rückschreiten und in der Auflösung begriffenen Epochen sind subjektiv, dagegen aber haben alle vorschreitenden Epochen eine objektive Richtung.“ *Burkhard Voß*

Der Autor arbeitet als Arzt für Neurologie, Psychiatrie, Psychotherapie in Krefeld. 2017 erschien sein Buch „Albtraum Grenzenlosigkeit“ (Solibro Verlag).

Das Ostpreußenblatt

Nr. 49 – 8. Dezember 2017

MELDUNGEN

Eine Tanne für den Papst

Wehrkirchen – Die diesjährige Tanne für den Petersplatz im Vatikan kommt aus Ostpreußen. Der Baum wurde in Wehrkirchen, Rominter Heide, gefällt, dessen Bewohner stolz darauf sind, dass ihre Fichte zum Papst kommt. Der Weihnachtsbaum war 28 Meter hoch, wurde aber auf 25 Meter gekürzt. Das ist eine symbolische Zahl, denn so alt ist die Lycker Diözese. Den Wettbewerb über das Fällen, den Transport und die Aufstellung gewann eine Firma aus Tuchel/Westpreußen. Vor dem Baum auf dem Petersplatz wurde auch eine Krippe aufgestellt, die in diesem Jahr ein Geschenk der Abtei von Monteverdine aus der Kampagne im südlichen Italien ist. *PAZ*

Mehr Verkehrstote

Allenstein – Über 200 Personen sind auf den Straßen des südlichen Ostpreußens seit Beginn des Jahres ums Leben gekommen, Die Zahl der Verkehrstoten steigt kontinuierlich. Ursache ist häufig Unachtsamkeit der Autofahrer, aber auch die schlechte Sicht bei Dunkelheit. 2016 fanden insgesamt 157 Personen im Straßenverkehr den Tod. Ende November dieses Jahres starben zwei Personen auf Fußgänger-Überwegen, eine 56-jährige Frau in Allenstein, und eine 62-Jährige wurde bei Lötzen von einem Auto angefahren. Beide Unfälle geschahen in der Dämmerung. Die Polizei im südlichen Ostpreußen erinnerte die Autofahrer anlässlich des Welterinnerungstags an ihre Verantwortung für eine sichere Fahrweise, vor allem in den dunklen Wintermonaten. Es fand eine Autofahrer-Seelsorge statt, bei der für die Opfer tragischer Verkehrsunfälle gebetet wurde. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S22: Budau [Bludowo] – Rucianka, Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie], Baustelle. Straße Nr. 16: Thierau [Tyrowo] – Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Ortelsburg [Szczytno], Baustelle. Straße Nr. 58: Johannisburg [Pisz], Baustelle; Groß Kessel [Kociol Duzy] – Kalischken [Kaliszki], Baustelle. Straße Nr. 59: Lötzen [Gizycko], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. *E.G.*

Königsberger wegen WM verärgert

Wegen erwarteter Touristen und höheren Polizeiaufgebots: Bürger sollen die Stadt verlassen

Die Fußballweltmeisterschaft 2018 rückt unaufhaltsam heran. Die Vorbereitung auf dieses Ereignis ruft in Königsberg widersprüchliche Gefühle hervor. Eine große Rolle spielen dabei Äußerungen von Regierungsvertretern des Gebiets.

„Während der Spiele der Fußball-WM wird in Königsberg der private Autoverkehr eingeschränkt sein. Königsberger sollten zu dieser Zeit besser die Stadt verlassen und sich in der Natur erholen“. Mit solch unerwarteten Vorschlägen trat Bürgermeister Alexander Jaroschuk öffentlich auf. Er begründete seine Empfehlung damit, dass „in die Stadt 70 000 bis 100 000 Touristen kommen. Sie werden sich hauptsächlich in der Hauptstadt aufhalten und in Kneipen sitzen. Ich denke, an Wochenenden wird die Stadt überfüllt sein. Der Verkehr wird eingestellt sein, außer Shuttle-Services, welche die Fans befördern“, sagte Jaroschuk.

Schon Ende letzten Jahres hatte die Regionalregierung vorgeschlagen, sich an den Spieltagen in Königsberg frei zu nehmen, um einen Verkehrskollaps zu vermeiden. Doch die Aussage des Bürgermeisters sorgte bei vielen Städtern für Empörung. Bis dahin hatte die Regierung stets versprochen, dass die Fußball-WM eine Feier für alle sei, vor allem aber für die Königsberger selbst und dass gerade sie froh sein sollten, wenn Spiele in ihrer Stadt stattfinden.

Später versuchte der Bürgermeister, seine Worte abzuschwächen, indem er erklärte, sein Vorschlag sei nur als Alternative gemeint gewesen für diejenigen, die sich die Spiele im Stadion nicht ansehen werden: „Ich habe nur gesagt, dass es eine Menge Alternativen gibt – man kann in die Natur oder auf die Datscha fahren.“ Damit konnte er das Gesagte jedoch nicht rückgängig machen. Im Gegenteil: Die Freude der Königsberger über das Sportereignis in ihrer Stadt befindet sich im Sinkflug.



Alles steht im Zeichen der Fußball-WM: Reklameschild auf stark befahrener Straße Bild: J.T.

Grund dafür sind die vielen Einschränkungen, die sie hinnehmen sollen. Neben den Menschen, die der Bürgermeister aufs Land verbannen möchte, sollen auch Schüler und Studenten Platz für die WM machen. Für die Garantie der Sicherheit etwa muss die Stadt zusätzliche Ordnungskräfte einstellen. Deshalb werden Zimmer in Studentenwohnheimen während der WM an Polizeibeamte und Ordnungshüter vergeben. Im Mai kommenden Jahres sollen Studenten ihre Wohnungen verlassen und sich Privatunterkünfte suchen. Da normalerweise im Juni die Sommerexamina beginnen, werden diese ebenfalls verlegt. Das Studienprogramm wird so abgeändert, dass die Sommersemesterferien schon im Mai beginnen.

Studentenvertretung fordert Entschädigung

Die russische Studentenvertretung hat dagegen protestiert. „Die Zwangsräumung der Studenten aus Wohnheimen, zudem in den Sommerferien, wenn viele in Praktika gehen oder arbeiten, ist gesetzeswidrig und verstößt gegen die Rechte der Studenten. Wenn die Regierung plant, Polizeimitarbeiter in Studentenwohnheimen unterzubringen, dann muss sie für die dadurch verursachten Mehrkosten der Studenten aufkommen.“

An der sogenannten Protokollstrecke, das sind die Hauptmagistralen, die zum Stadion und den im Zentrum liegenden Hotels führen, sollen die Fassaden der Häuser erneuert werden. Spezialisten des Moskauer Instituts für Architektur hatten Baupläne entwickelt, die eine Fassadenrenovierung im „hanseatischen Stil“ vorsehen. Für die Sanierung der Fassaden werden Mittel aus den regionalen und lokalen Haushalten zur Verfügung gestellt, vorausgesetzt, dass sich die Besitzer des Hauses mit fünf Prozent selbst an der Finanzierung beteiligen. Aber nicht alle Eigentümer waren mit der Veränderung der Fassaden einverstanden. Vor allem die Eigentümer einiger Häuser auf der Kneiphöfschen Langgasse [Lenin-Prospekt] waren gegen eine Verwandlung der Fassaden ihrer „Chruschtschow-Häuser“ in den Hansestil.

Ein weiteres Thema, das im Rahmen der Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft große Aufmerksamkeit fand, ist der Zustand des Geländes um das im Bau befindliche Stadion. Ungeachtet dessen, dass die Bauarbeiten am Stadion selbst in schnellem Tempo voranschreiten, ist die Situation der Umgebung weit weniger eindeutig. Die Insel wurde schon vor dem Krieg immer wieder überflutet, und in der Sowjetzeit blieb sie so gut wie unbebaut. Nach den heftigen Regenfällen im Herbst tritt das Problem wieder zutage. Im Bereich der zweiten Hochbrücke haben sich riesige Pfützen gebildet, in der Lindengrabenstraße war die Fahrbahn überflutet und zahlreiche Seen hatten sich rund um das Stadion gebildet. Gouverneur Anton Alichanow erklärte, dass die Verdichtung des Bodens auf der Insel mit zu großer Verspätung begonnen habe, vor allem in dem Bereich, wo die Lindengrabenstraße auf die zweite Hochbrücke führt.

Es bleibt also abzuwarten, wie das Gelände im kommenden Frühling aussehen wird. *Jurij Tschernyschew*

Regen behindert Seeverkehr

Hochwasser machte Schutzmaßnahmen erforderlich

Die Ponton-Brücke bei Bollwerk (nördlich Elbing) ist wegen starker Stürme geschlossen, die Zufahrt zum Elbinger Hafen ist für Schiffe gesperrt. Durch die stetigen Regenfälle mit Hagel wurde der Wasserhöchststand aller größeren Flüsse und des Drausensees überschritten. Er hat den Alarmstand bereits überschritten.

Ende Oktober überschritt beispielsweise der Fluss Weeske in Pr. Holland deutlich den Alarmpegel. Auf die Bewohner und den Rettungsdienst warteten schwere Nächte und traurige Tage, weil die Flüsse Weeske, Nogat und der Elbing-Fluss den Höchststand um etliche Zentimeter überschritten hatten. Die Messstände am südlichen Ufer des Frischen Haffs zeigten einen hohen Stand. Ähnlich war es im Kreis Braunsberg, wo auch der Wasserstand der Passarge erhöht war. In Elbing in der Panienskiej-Straße wurden Hochwasser-Schutzmaßnahmen ergriffen.

„Rettungsgegenstände gibt es genug für überall. Es ist keine Frage, ob wir genug Wände oder Säcke haben. Es geht nur darum, wohin damit“, sagte Hauptmann Przemyslaw Siaglo von der Elbinger Feuerwehr. Alle gefährdeten Stellen seien die ganze Zeit unter Kontrolle.

Der Kreis Braunsberg war die nächste Kommune, die den Wasserschutzdienst alarmiert hatte. Schon vorher hatten das die Städte Braunsberg und Frauenberg sowie die Landgemeinde Braunsberg getan.

Der Bau einer neuen Hochbrücke könnte das Problem lösen

Aufgrund des Rückflusses und dem damit verbundenen Wasserstands war die Pontonbrücke in Bollwerk nicht nutzbar. Jeder Verkehr war gesperrt. Bollwerk konnte man nur über Kraffohlsdorf und Fischerskampe erreichen. Der hohe Wasserstand verhinderte auch die Durchfahrt von Barken und Schiffen zum Elbinger Hafen. „Der Elbing-Fluss in Bollwerk hat eine Höhe von 630 Zentimetern – die Pontonbrücke ist gänzlich nicht befahrbar,“ sagte der Elbinger Landrat Maciej Romanowski.

Der Direktor Arkadiusz Zglinski ergänzte, die Sperrung der Brücke bedeute, dass die Zufahrt zum Meereshafen in Elbing gänzlich unterbrochen sei; denn aus technischen Gründen könne man die Brücke nicht teilen, um einen Platz für Barken zu schaffen. Eine Beseitigung des Problems könne nur der Bau einer hohen Brücke bei Bollwerk bringen. Das sei eine Investition, die im Zusammenhang mit dem Durchstich durch die Frische Nehrung und der Vertiefung des Wassers zum Hafen in Elbing stehe. *PAZ*

Geld für Kirchen

EU bewilligt Mittel für sakrale Denkmäler

Für die Renovierung sakraler Denkmäler im südlichen Ostpreußen hat die Europäische Union 31 Millionen Euro bewilligt. Sechs Pfarrgemeinden erhalten Geld. In Frauenburg entsteht eine Remise für die Kunst. „Die Abteilung für Kunst der Ermländisch-Masurischen Universität wird hier kunstmalerische Veranstaltungen organisieren können“, sagte Jacek Wojtkowski, Pfarrer der Frauenburger Kathedrale.

Sechs Pfarrgemeinden profitieren davon

Der Pfarrer und Kanoniker Zbigniew Markowski aus Neumark /Westpreußen unterstrich, dass sein Projekt drei Pfarrgemeinden betreffe, nämlich die in Neumark, in Löbau und in Glottau, Kreis Heilsberg. „Wir haben unsere Gotteshäuser zur Besichtigung für ein breites kulturell-touristisches Spektrum vorbereitet“, sagte er.

Ebenfalls mit EU-Mitteln wird in der Allensteiner Jakobi-Basilika die Krypta geöffnet. Eine archäologische Untersuchung vor einigen Jahren hatte die Vermutung bekräftigt, dass im 19. Jahrhundert aufgrund eines Erlasses des preußischen Konservators alle Krypten in der ganzen Provinz zugeschüttet wurden.

Geld erhalten auch die Franziskaner in Wartenburg. Die Ordensleute wollen die denkmalgeschützte St. Andreaskirche renovieren. Die Kirche des Hl. Johannes des Evangelisten in Bartenstein erhält einen neuen Verputz und die Pfarrgemeinde in Passenheim erwartet eine Konservierung des Daches.

Erzbischof Jozef Gorzynski, der ermländische Metropolit, unterstrich, dass die Mittel der Europäischen Union zwar eine gute finanzielle Unterstützung seien, aber Geld immer zu wenig da sei zur Renovierung aller wichtigen Denkmäler. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

trotz allem, was wir bei der Vertreibung an Hab und Gut in der Heimat zurücklassen mussten, haben wir das Wertvollste retten können: Die eigene Familie. Wir fühlen uns eingebunden in die Tradition von Generationen und sind über jeden Beweis dankbar, sei es in Form von Dokumenten, sei es in mündlichen Überlieferungen, bei denen sich unsere Ostpreußische Familie seit nunmehr Jahren als guter Mittler erweist. Einer, der dies zu schätzen weiß, ist unser Landsmann **Kurt Walter Perkuhn**, dem es in 17-jähriger intensiver Forschung gelang, seine Vorfahren lückenlos bis zum Jahr 1500 zurück zu verfolgen, sodass seine Ahnentafel 14 Generationen erfasst. Von dieser unermüdlichen Forschungsarbeit bekamen wir immer wieder zu spüren, wenn Herr Perkuhn uns erneute Suchfragen vorlegte oder Erfolge melden konnte. Nun hat er längere Zeit geschwiegen, und das hat seinen Grund: Er übertrug die Familienforschung inzwischen an seinen Großcousin in Niederbayern, da er seine Arbeit nun als beendet ansah. Dass sie aber nicht nur für die eigene Familie von Bedeutung ist, beweisen die beiden Bücher, die er in das Internet gestellt hat, und mit denen er auch anderen Familienforschern seine Erkenntnisse und Ergebnisse vermitteln will. Aber das war nicht allein der Anlass, sich in dieser Angelegenheit an uns zu wenden. Auslöser war der Bericht von Frau **Gudrun Schlüter** in Folge 46, wie Herr Perkuhn schreibt:

„Wir hatten schon vor Jahren einen regen Kontakt, da sie über mich in Ihrer Kolumne gelesen hatte und erfuhr, dass wir beide nach unseren Vorfahren forschten. Dieser Bericht von Frau Schlüter ließ mich doch noch einmal zur Feder greifen, um Ihnen im kompakten Zeitraffer über unsere Ahnenlinie Perkuhn und meine Forschungsergebnisse zu berichten.“ Die hat Herr Perkuhn seinem Schreiben beigelegt, es sind zwei Seiten, aber so eng beschrieben, dass wir sie leider nicht in voller Länge bringen können. Aber wie er sich in seine Ahnenforschung eingebracht hat, das ist schon für unsere Leserinnen und Leser interessant, und deshalb lassen wir Kurt Walter Perkuhn darüber berichten:

„Ich fand bald heraus, dass ich die meisten Besitzungen meiner Vorfahren auf russischer wie auf polnischer Seite suchen und finden sollte. Dabei wollte ich so viele Fotos wie möglich machen und Informationen sammeln, um eine Familienchronik erstellen zu können. Daraus entstanden dann zwei Bücher: Das Erste, eine Geschichte über die Vorfahren der Perkuhner – das Zweite ein Familienbuch über die Ahnen und Urahnen meiner direkten Linie Perkuhn und ihren Zweiglinien von 1350 – 1945. Für mich wuchs sich nach ersten Anfängen meine Ahnensuche bald zu einem interessanten Forschungskrimi aus. Inzwischen hatte ich 16 dicke Ordner über jeden Besitz und dessen Eigner erstellt und alles mit Dokumenten, Urkunden, Fotos und Stammbaumauszügen belegt. Anschließend habe ich diese Ordner komplett kopiert und den zweiten Satz Ordner im Ostpreußenarchiv von Schloss Ellingen unter ‘Konvolut Knut Walter Perkuhn’ archiviert“. Diese Einlage wurde vom Archiv ins Internet gestellt, ebenso steht mein privates Bildarchiv mit 350 Aufnahmen von Ostpreußen und unseren Gütern und meinen Reisen im Internet.“ Da Herr Perkuhn nicht nur über die damaligen Besitzungen seiner Linie schreiben wollte, hat er sieben Reisen mit einem Wohnmobil nach Ostpreußen unternommen, immer begleitet von einem Dolmetscher. Er hat alle ehemaligen Güter gefunden, fotografiert und Video-Aufnahmen gemacht. Von 1800 bis 1945 hatte sein Stamm mit Zweiglinien 16 Güter in Ostpreußen. Da er durch seine langjährige Forschung viele Kontakte knüpfen konnte, bekam er von allen Seiten eine große Anzahl Vorkriegsaufnahmen. So konnte er seine Ordner auch mit Fotos aus alter Zeit und von heute füllen. „Es ist mein Bemühen, den Nachkommen und anderen Familienforschern unsere Namen, ihre Geschichte und Geschicke nachhaltig zu erhalten“, fasst Herr Perkuhn seine Bemühungen zusammen. Seine dem Schreiben beigelegten Aufzeichnungen in Kurzform hat er übrigens aus dem Kopf geschrieben, da er keine Unterlagen mehr besitzt. Sie beweisen, dass er sich eine Lebensaufgabe gestellt hatte, die ihn noch immer erfüllt. Wir danken Herrn Perkuhn für seinen informativen Bericht, der auch bei uns „archiviert“ wird, denn diesen oder jenen Auszug werden wir mit Sicherheit bringen.



Winterliches Tilsit Bild: Geede

Auch die nächste Zuschrift führt in das nördliche Ostpreußen, aber es handelt sich nicht um Familienforschung im eigentlichen Sinne, denn die Namen sind bekannt, sondern um die Suche nach Nachkommen einer Familie aus dem Memelland. Herr Dr. **Hans Georg von Heydebreck** aus Stadthagen stellt die Fragen, die auf den Angaben über **Heinrich Wilhelm Hermann Sperber** aus Prökuls basieren. Der am 03.04.1821 geborene Besitzer des Gutes Prökuls war zweimal verheiratet. Aus der ersten Ehe mit **Emma Morgen** stammten zwei Söhne, aus der zweiten Ehe mit **Lida Dressler** aus Wilkischken eine Tochter, und um deren Nachkommen geht es Herrn Dr. von Heydebreck. Der älteste Sohn von Heinrich und Emma Sperber war der am 25.09.1847 geborene **Curt Sperber**. Dieser hatte mit seiner Ehefrau **Jenny geb. von Hautville** zwei Kinder: Tochter **Julia** *1895 und **Bruno** *1896. Letzterer blieb unverehelicht, denn er fiel bereits mit 21 Jahren im Ersten Weltkrieg. Julia heiratete den Leutnant a. D. **Joseph Przybilla**, von den zwei Söhnen, die aus dieser Ehe hervorgingen, liegen keine Angaben vor. Auch über den zweiten Sohn von Heinrich Sperber Horst ist außer den Geburts- und Sterbedaten – *1853 +1867 – nichts bekannt.

Dagegen gibt es sehr gute Informationen über die zweite Ehe des Gutsbesitzers von Prökuls, aus der eine Tochter hervorging, die sich als Chronistin ostpreußischer Güter einen Namen machte, und das im 19. Jahrhundert. **Jenny Louisa Julie Sperber** wurde am 11.03.1866 geboren, ihren Vater hat sie bewusst nie erlebt, denn Hermann Sperber verstarb bereits ein Jahr später, am 04.10.1867. Jenny heiratete 1894 den Gutsbesitzer **Kopp**, Przytullen, später umbenannt in Auerhof, Krs. Fischhausen. seit 1904 lebte sie in Moritzkehmen bei Tilsit. Dieser Wohnort veranlasste sie, die Geschichte des Landkreises Tilsit zu schreiben, weithin bekannt wurde sie als Verfasserin einer Chronik ostpreußischer Güter. Für die eigene Familie schrieb sie die Chronik der Familie Sperber, dank dieser Dokumentation liegen die wichtigsten Daten bis 1920 vor. Trotzdem bleiben immer noch Lücken, und um diese schließen zu können, bemüht sich Herr Dr. von Heydebreck. Es geht um die möglichen Nachkommen von Jenny Kopp geb. Sperber, die zwei Kindern das Leben schenkte. Tochter **Luina Kopp** verstarb leider schon im Alter von 23 Jahren, und über ihrem Sohn **Hermann Wilhelm Benjamin**, *11.08.1900, ist nur bekannt, dass er Jura studierte. Es könnte möglich sein, dass es noch Nachfahren dieses Hermann Wilhelm Benjamin Kopp oder den namentlich unbekannten Söhnen von Julia und Joseph Przybilla gibt. Für Hinweise wäre der Suchende dankbar. (Dr. Hans Georg von Heydebreck, Heuersser Str.25 in 31655 Stadthagen, Telefon: 05725 7019966.)

Manche Suchanträge finden erst auf Umwegen zu unserer Ostpreußischen Familie wie der von Herrn **Bernd Frerichs** aus Woltersdorf. „Auf meiner ersten Reise nach Ostpreußen mit der Reisegruppe ‘Ostpreußische Lebensgeschichten 2017’ habe ich in der *PAZ* Ihre Rubrik ‘Die Ostpreußische Familie’ entdeckt und nun würde ich gerne mehr über meinen Teil der Familie Ruhnke erfahren, zumal alle verstorben sind“, schreibt Herr Frerichs. Da können wir ihm etwas Hoffnung machen, weil sich seine Suchfragen auf Personen aus jüngerer Zeit beziehen. Es handelt sich um die Familie seiner Mutter aus dem nördlichen Ostpreußen, ihr Vater war der Bootsbauer **Ferdinand Ruhnke** aus Bittehnen, verheiratet mit **Anna Helene geb. Janz**. Zu diesen Großeltern vom Herrn Frerichs liegen folgende Angaben vor: Ferdinand *21.10.1885, Sterbedatum nicht genau datierbar, es müsste 1942 sein. Anna Helene *20.09.1881 in Wietzischken, Elchniederung, standesamtliche Trauung 1906 in Tilsit, die kirchliche erfolgte ein Jahr später. Die Großmutter überlebte die Vertreibung und verstarb 1953 in Goslar. Das Ehepaar hatte drei Kinder: **Hertha** *1911, also bereits im Kindesalter verstorben, und **Erna Lydia** *20.12.1913, Mutter von Herrn Frerichs. Sie war mit **Fritz Lapuks** verheiratet, der seit 1942 in Stalingrad als vermisst gemeldet wurde, und verstarb hochbetagt 1993 in Berlin. Das dritte Kind, Sohn **Alfred**, wurde 1920 geboren, hier liegen keine weiteren Angaben vor. Großvater Ferdinand hatte noch mindestens zwei Geschwister, sein Bruder **Albert Ruhnke** besaß eine Gastwirtschaft „Zur Linde“ – aber in welchem Ort sich diese befand, ist Herrn Frerichs nicht bekannt. Nun ist dieser Name für eine ländliche Lokalität in Ostpreußen nicht ungebräuchlich – selbst auf der kargen Kurischen Nehrung gab es in Rossitten einen Gasthof „Zur Linde“ –, da kann es leicht zu Verwechslungen kommen. Eine Schwester von Ferdinand, **Emma Ruhnke**, wurde 1892 in Tilsit geboren. Die Familie müsste demnach in der Stadt an der Memel gelebt haben, vielleicht stammte sie aus Tilsit. Emma war verheiratet mit **Albert Koschgalwies**, sie verstarb 1925 in Bittehnen. „Welche Informationen ich auch immer zu einer der genannten Personen und Orte bekommen könnte, ich würde mich freuen“, sagt Herr Bernd Frerichs (Blumenstraße 5 in 15569 Woltersdorf, Telefon Mobil: 0176 81256793, E-Mail: b.frerichs@gmx.de)

Und nun noch ein erfreuliches Angebot für unsere Leser: Herr **Frank Hoffmann** aus Ennepetal möchte ein Buch, das er über die Ostpreußische Familie erhalten hat, gerne weiterreichen. Es handelt sich um „Die Jeromin-Kinder“ von Ernst Wiechert. Vielleicht ein willkommenes Weihnachtsgeschenk? (Frank Hoffmann, Bergstr.14 in 58265 Ennepetal, Telefon: 02333 4484, E-Mail:frankhoffmann54@t-online.de)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Jugendliche mit Gespür für den richtigen Ton

Deutscher Schülerpreis würdigt die Wehmut um den Riss entlang der Neiße

Den Sächsischen Landespreis für Heimatforschung 2017 hat unter den Jugendlichen das Projekt „Tormersdorf – Spuren vergangener Zeiten“ erhalten. Es wurde von der Jury als für die Region „historisch wertvoll“ eingestuft.

Es passieren eben noch Wunder – auch in der Bundesrepublik Deutschland. Denn wer sich die Zeit nimmt und den 15-minütigen Film über Tormersdorf, ein verschwundenes Dorf, das heute zum niederschlesischen Penzig in der Republik Polen gehört, auf Youtube anschaut, wird überrascht sein. Überrascht von der Musik: „Kehr ich einst zu Heimat wieder“, gesungen vom Männergesangsverein Rothenburg 1845 e.V., überrascht von der gut dokumentierten Geschichte und der Wahl der Zeitzeugen, die durch ihre Erzählungen den Spannungsbogen bis zum Schluss halten und am meisten überrascht, dass diesen Film Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 18 Jahren gemacht haben. „Das Dokument ist ein Werk, dessen sich kein professionelles Fernsehteam schämen müsste. Dieser kompakte, interessante und reich bebilderte Beitrag über Tormersdorf ist durch die Zeitzeugenaussagen ehemaliger Tormersdorfer besonders wertvoll“, so Adriana Wojdak, stellvertretende Bürgermeisterin von Penzig gegenüber der Onlineseite „Alles-Lausitz.de“.

Das Team der Jugendlichen des Mehrgenerationshauses vom Martinshof Rotenburg hatte von April bis Oktober 2016 am Projekt gearbeitet. Tormersdorf wählten sie deshalb zum Thema, weil die Wüstung direkt gegenüber der Stadt Rothenburg/Oberlausitz auf der anderen Seite der Neiße liegt. Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Dorf verlassen, erhielt einen polnischen Namen und verschwand dennoch von der Landkarte, da es über Rothenburg an die Umwelt angeschlossen, gen Osten durch Wälder jedoch isoliert war. Von den Gebäuden findet man heute nur noch die Grundmauern.

> Wohl einziges Denkmal nur in deutscher Sprache

„40 Jahre lang war die Flucht und Vertreibung bei uns im Osten Deutschlands ein Tabuthema und im Westen auch nicht gerade erwünscht. Deshalb ist es jetzt gerade wichtig, die noch lebenden Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen“, heißt es in der Einleitung der Videodokumentation. Das Projekt wurde medial vom Mitteldeutschen Rundfunk und von der Sächsischen Zeitung begleitet. Dies half den jungen Filmemachern, ein breiteres Publikum zu erreichen. Als im November 2017 bekannt wurde, dass die Schüler den mit 500 Euro dotierten Sächsischen Landespreis für Heimatforschung 2017 erhalten, gingen entsprechende Pressemitteilungen in die Welt, machten jedoch an der Staatsgrenze halt. Schade, denn eben auch auf polnischer Seite ist man offen und selbstbewusst genug, um sich mit den Schülern aus Deutschland zu freuen.

Im Bürgermeisteramt von Penzig erfuhr man von dem Preis erst durch eine journalistische Nachfrage aus Görlitz. „Es ist unsere gemeinsame Geschichte, ein gemeinsames deutsch-polnisches Erbe, denn die Lausitz ist unsere Heimat. Ohne ihre Geschichte zu kennen, wären wir um vieles ärmer. Die Lausitzer Neiße, die jahrzehntelang eine natürliche Barriere und Staatsgrenze bildete, sollte heute ein Bindeglied zwischen unseren Völkern sein. Wir bauen nun eine gemeinsame Geschichte und entsinnen uns dabei der Vergangenheit“, so Wojdak, die versicherte, dass das Videodokument ins Polnische übersetzt und im Penziger Kulturzentrum präsentiert wird.

In der Wüstung gab es bereits in der Nachwendezeit erste Annäherungen der Völker. Von 1996 bis 2007 wurden durch polnische Behörden genehmigte Heimattreffen ehemaliger Dorfbewohner durchgeführt. Im Jahre 2002 konnte erstmals durch die Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr Deschka/Zentendorf die Neiße an der Stelle der früheren Brücke mit Schlauchbooten überquert werden, wodurch die Nutzung der fernen Grenzübergänge in Ludwigsdorf oder Podrosche im Rahmen der Heimattreffen nicht mehr zwingend notwendig war.

2003 stellten die ehemaligen Dorfbewohner der heutigen Wüstung Tormersdorf einen Gedenkstein mit der Inschrift auf: „Dieses Monument wurde als Gedenkstätte für die Dorfgemeinde Tormersdorf, Kreis Rothenburg, Regierungsbezirk Liegnitz zwischen dem Ostufer der Lausitzer Neiße und der Görlitzer Heide von Zeitzeugen der Stadt Rothenburg und der Brüder- und Schwesterngemeinschaft Martinshof e. V. gestiftet“. Vermutlich ist dies eines der ganz wenigen Denkmäler in der Republik Polen, das nach 1990 nur in deutscher Sprache aufgestellt wurde. *Chris W. Wagner*

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fritz, Marta, geb. **Klimmek**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 10. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Denicke, Frieda, geb. **Bogdahn**, aus Groß Degesen, Kreis Ebenrode, am 8. Dezember
Wilhelm, Lisbeth, geb. **Schellong**, aus Kobulen, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Zech, Betty, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 9. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Boy, Gertrud, geb. **Wiertschoch**, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jung, Katharina, geb. **Hillbrunner**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Knorr, Helene, geb. **Szesny**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Podehl, Elisabeth, geb. **Bandilla**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 10. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Doddek, Gertrud, geb. **Gregel**, aus Borken, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Koch, Erna, geb. **Warias**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Maifeld, Else, geb. **Malinowski**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 11. Dezember
Nissen, Ingrid, geb. **Liedtke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Pietrass, Frieda, aus Groß Krösten, Kreis Lötzen, am 13. Dezember
Sallewsky, Christel, aus Lyck, Yorkplatz 4, am 14. Dezember
Tebben, Edith, geb. **Neumann**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 14. Dezember
Voigt, Helmut, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Westermann, Gertrud, geb. **Walendy**, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 10. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bielak, Hildegard, geb. **Frank**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Dauner, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Leymann, Otto, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Marstaller, Wolfgang, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 13. Dezember
Matzeit, Fritz, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Sagorski, Irmgard, geb. **Grytzo**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 12. Dezember
Spangehl, Erhardt, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Strelow, Erika, geb. **Schmielewski**, aus Salleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember
Weber, Erika, geb. **Bondzio**, Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 8. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bohnhoff, Dora, geb. **Andres**, aus Akt Passarge, Kreis Heiligenbeil, am 13. Dezember
Brakensiek, Waltraut, geb. **Prieur**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Fricke, Christel, aus Lyck, am 10. Dezember
Jöhnke, Martha, geb. **Helbart**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Kern, Hiltraut, geb. **Küchen**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kristan, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Mildt, Ingeborg, geb. **Stapelfeldt**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Müller, Elfriede, geb. **Manteuffel**, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 10. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beyer, Heinz, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Gerull, Christel, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Hinz, Christel, geb. **Daduna**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Kais, Irmgard, geb. **Mitzkatis**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Kamann, Alfred aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 8. Dezember
Kawlath, Eleonore, geb. **Diesing**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 8. Dezember
Knabe, Erika, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Kutz, Bruno, aus Lisken, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Mitschke, Brigitte, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Pasternak, Günter, aus Wehlau, am 10. Dezember
Wilk, Elfriede, aus Lyck, am 13. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gebuhr, Elly, geb. **Krykowski**, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Kießling, Irmgard, geb. **Borawski**, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Nippert, Ursel, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 9. Dezember
Patschorke, Erika, geb. **Neubert**, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 12. Dezember
Sawinski, Robert, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Schwill, Harry, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Subkus, Wilhelm, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 11. Dezember
Tyminski, Edeltraut, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 10. Dezember
Zehdow, Christel, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bagan, Richard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 13. Dezember
Bartholmei, Erhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Bladt, Helga, geb. **Walendy**, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Bornemann, Walter, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Ebert, Horst, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 5. Dezember
Engelbrecht, Gitta, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Hochmann, Frieda, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, am 13. Dezember
Hofmann, Johanna, geb. **Hecker**, aus Mauer, am 13. Dezember
Jakielski, Hans George, aus Treuburg, am 9. Dezember
Korff, Vera, geb. **Jurschat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. Dezember
Kowalzik, Helmut, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 10. Dezember
Kullik, Traute, geb. **Mondry**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, am 12. Dezember
Lehmann, Dora, geb. **Tullmin**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Lückert, Elli, geb. **Laugalis**, aus Wehlau, am 14. Dezember
Müller, Elly, geb. **Sonka**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 13. Dezember
Naß, Harri, aus Lyck, am 13. Dezember
Pradelt, Ursula, geb. **Baltrusch**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 12. Dezember
Reis, Bruno, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Szidat, Herbert, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Dezember
Völlmann, Helmut, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 12. Dezember
Wenzlawski, Horst, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 12. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Althoff, Peter, aus Lyck, am 9. Dezember
Bednarz, Hildegard, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, am 9. Dezember

Dembofski, Christel, geb. **Behrendt**, aus Heinrichsdorf, Kreis Osterode, am 12. Dezember
Dormeyer, Dieter, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 8. Dezember
Duwe, Christa, geb. **Oltersdorf**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 11. Dezember
Fredl, Christa, geb. **Katarzinski**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Gaedtke, Werner, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 13. Dezember
Heindke, Waltraud, geb. **Kelm**, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 11. Dezember
Jelonnek, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 13. Dezember
Kantner, Gertrud, geb. **Siemen**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 11. Dezember
Koenig, Gerda, geb. **Wille**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 10. Dezember
Lokaitis, Hans, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 14. Dezember
Müller, Edith. geb. **Demczenko**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 14. Dezember
Pawelzik, Alfons, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Breuer, Gudrun, aus Mandtkeim, Kreis Samland, am 26. November
Habacker, Manfred, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Dezember
Hoppe, Peter, aus Allgau, Kreis Elchniederung, am 9. Dezember
Pokorra, Gerhard, aus Macharren, Kreis Sensburg, am 8. Dezember
Sowa, Reinhold, aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Staffeld, Ilse, geb. **Fischer**, aus Wittenberg, am 12. Dezember

Termine der LO

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

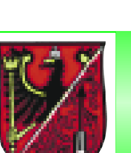


ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Vorstandssitzung

Die vierte und letzte Vorstandssitzung 2017 am 11. November fand nicht am gewohnten Ort statt, sondern in der sauerländischen Kleinstadt Kierspe im neuen Awo-Seniorenzentrum. Die örtliche Presse, die Meinerzhagener Zeitung, berichtete in Wort und Bild darüber. Zu den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes der Kreisgemeinschaft gesellten sich der Ehrenvorsitzende und der Pressereferent sowie der stellvertretende Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Allenstein. Der mit dem Ehrenzeichen der LO ausgezeichnete Klaus Josef Schwittay ist allen Lesern unseres Heimatjahrbuches „Landkreis Allenstein, Ostpreußen“ als dessen eifriger Mitarbeiter für Familiennachrichten, Dorfpläne und -geschichten sowie für die Spendenliste noch in guter Erinnerung. Unter freiwilliger Aufgabe seines Berufes als Prokurist mit 60 Lebensjahren und bei Verzicht auf Lohn und Rente, eine solche stand ihm erst mit 65 Jahren zu, hat er seit Gründung der neuen Kreisgemeinschaft Ende des Jahres 1979 bis zum Erreichen seines 70. Lebensjahres unermüdlich für den Landkreis Allenstein, das Ermland und Ostpreußen gearbeitet und Erhaltenswertes gesammelt und in seinem Wohnhaus in Kierspe, das er nach dem Tode seiner Eltern alleine bewohnte, für sich und die Kreisgemeinschaft archiviert. Seit 1990 hat er nacheinander mehrere Vorstandsämter in der KG bekleidet. Zuletzt war er außer Archivar unser Schatzmeister. Mit 70 Jahren verließen ihn die körperlichen Kräfte. Er wurde an den Rollstuhl gefesselt. Heute bewohnt er ein ansprechendes Appartement der örtlichen Awo. Das Archiv wurde in die Heimatstube unserer KG nach Hagen am Teutoburger Wald verlagert. Im großen Saal des Seniorenzentrums eröffnete Kreisvertreter Hans Peter Blasche um 9.30 Uhr die Vorstandssitzung. Bei einem gemeinsamen Arbeitsfrühstück wurden erste Vereinsgespräche geführt. Diese wurden in der Mittagszeit in der drei Kilometer entfernten Stadt Meinerzhagen im Hause unseres Ehrenvorsitzenden Herbert Monkowski fortgeführt. Unter den zwölf Tagesordnungspunkten ragten hervor der Bericht des Kreisvertreters über die vom LO-Sprecher Stephan Grigat geleitete Tagung der ostpreußischen Landesvertretung in Wuppertal mit dem Hinweis, dass die LO nach Aufgabe ihres Ostheims in Bad Pyrmont nun auf der Suche nach einem Gebäude oder Grundstück in Ostpreußen, bevorzugt im Allensteiner Raum, ist sowie der Bericht unseres Ehrenvorsitzenden Herbert Monkowski über seine Teilnahme am 11. Deutsch-Polnischen Kongress der LO in Allenstein im Oktober zum Thema „Deutsche und Polen im Kräftefeld von Staat und Religion“ mit herausragenden Referaten des deutschen Historikers Arnold sowie des (deutschen) katholischen Ermländischen Domherrn Andrée Schmeier (Allenstein) und des deutschstämmigen Protestanten Wiktor Marek Leyk, des Beauftragten des Marschalls von Ermland und Masuren (Allenstein). Mit Interesse wurden auch die Ausführungen unseres Schriftleiters Andreas Galenski zum neuen Heimatjahrbuch Weihnachten 2017, dessen Erstdruck unserer Redaktion bereits zur Korrektur vorliegt, entgegengenommen. Das Heimatjahrbuch kommt zwischen dem 10. und 15. Dezember 2017 an die erfassten Leser zum Versand. Der Kreisvertreter sprach auch die Fortschritte der Verhandlungen über den bevorstehenden Zusammenschluss der beiden selbstständigen Vereine von Allenstein Stadt und Land unter dem Namen „Kreisgemeinschaft Allenstein“ an und auch seine Bemühungen um die Herausgabe einer neuen deutschen Chronik „Landkreis Allenstein“. Hierfür steht er wegen der Herausgabe in Verbindung mit einem derzeit in Allenstein wohnhaften deutschen Historiker und wegen der Mitfinanzierung mit einer von unserem Paten in Osnabrück vermittelten Stiftung. Nach gemeinsamen Beratungen traf der geschäftsführende Vorstand mehrheitlich einige Beschlüsse, unter anderem die finanzielle Beteiligung an dem neuen Ehrenmal in Allenstein für den deutschen katholischen Priester Adalbert Zink und auch für die Erhaltung des deutschen Ehrenfriedhofs in Allenstein-Jakobsberg (Stadtwald). Darüber hinaus war der Vorstand sich einig, dass der neue Archivar in Hagen a.T.W. bei der Erfassung und Lagerung des dort verstärkt angefallenen Materials zu unterstützen ist. Die nächste Vorstandssitzung wurde auf den 13. und 14. Januar 2018 in Hagen am Teutoburger Wald bestimmt mit anschließendem Neujahrsempfang unserer Paten Landrat Osnabrück und Bürgermeister Hagen a.T.W. sowie unseres Partners, der Landrätin aus Allenstein, jeweils mit Begleitern. *Horst Tuguntke*



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimatgruppe

Berlin – Donnerstag, 14. Dezember, 13 Uhr, Restaurant „Mazedonia“, Hans-Sachs-Straße 41, 12205 Berlin (direkt am S-Bahnhof Lichterfelde-West): Weihnachtsessen. Auskunft: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Sachsen – Sonnabend, 9. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: Weihnachtstreffen. Informationen bei Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Schwerin – Sonnabend, 16. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus", Dreescher Köpmarkt: Weihnachtsfeier, Auskunft bei Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig @web.de.

Thüringen – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Diakonissenmutterhaus, Karlsplatz 27-31, Eisenach: Weihnachtsfeier. Weitere Informationen erteilt Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Ostpreußenreisen im Juni 2018

Mit der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee und dem Wuppertaler Reiseveranstalter Gerhard Scheer geht es vom 8. bis 17. Juni 2018 per Bus und Schiff für zehn Tage nach Ostpreußen.

Hier das Programm:

1. Tag: Fahrt im Luxusreisebus ab Wuppertal über Hannover und Hamburg nach Kiel. Gegen 17 Uhr gehen Sie an Bord der Fähre. Abendessen an Bord.

2. Tag: Nach dem Frühstücks-Buffet und entspannten Stunden an Bord kommt nachmittags die Kurische Nehrung in Sicht. Ankunft im Hafen von Memel ist um 16.30 Uhr. Dann: Busfahrt auf die Kurische Nehrung. Über Schwarzort mit alten Fischerhäuschen und dem Skulpturenpark erreichen Sie den Hauptort Nidden mit der großen Wanderdüne und seinem weitem Blick übers Kurische Haff, die Sandflächen der Nehrung und die Ostsee. Anschließend geht es vom Thomas-Mann-Haus aus zum Abendessen ins Hotel.

3. Tag: Stadtrundfahrt durch Memel zum Theaterplatz mit dem Simon-Dach-Brunnen und der „Ännchen von Tharau". Anschließend fahren Sie durch das Memelland. Es geht über Heydekrug, Pogegen, mit Fotostopp an der Luisenbrücke vor Tilsit, zum mythischen Rombinus Park. In Jurbakas überqueren Sie die Memel (nordöstlichster Grenzverlauf) und fahren nach Kurdios-Naumestis, der Schwesterstadt von Schirwindt. Später erreichen Sie das Hotel in Marijampole an der Scheschuppe.

4. Tag: Fahrt nach Wystiten mit Blick über den See nach Nord-Ostpreußen. Dann führt die Tour nach Polen/Wizajny zum Dreiländereck. Desweiteren sehen Sie den Ort Szittkehmen. Von dort führt die Reise durch den Suwalski-Landschaftspark und durch Suwalki mit Fotostopp in Treuburg zum Hotel nach Lyck.

5. Tag: Programmgestaltung durch die Kreisgemeinschaft, Besuch beim Landrat, Fahrt zur Kruttinna.

6. Tag: Fahrt durch den Kreis und gemütliches Zusammensein am Wasserturm.

7. Tag: Gestaltung durch die Kreisgemeinschaft oder zur freien Verfügung, zum Beispiel für einen Besuch der Heimatorte mit Taxen.

8. Tag: Fahrt über Allenstein, Osterode, und Elbing zum Oberlandkanal. Nach etwa zweistündiger Fahrt erreichen Sie das Hotel in Danzig.

9. Tag: Besuch der Kathedrale in Oliva mit Orgelkonzert und Fahrt über Karhaus über die Kaschubische Seenplatte und quer durch Pommern zur ehemaligen pommerschen Hauptstadt Stettin mit kleiner Stadtrundfahrt.

10. Tag: Nach dem Frühstücksbuffet beginnt die Heimreise über die A20 Richtung Hamburg. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 30 Personen. Programmänderungen bleiben vorbehalten. Weitere Informationen: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, Telefon (0202) 500077, 42281 Wuppertal, Internet: www.scheer-reisen.de, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

Dittchenbühne

Elmshorn – Mittwoch, 13. Dezember, 19 Uhr: vorweihnachtlicher Abend mit Arno Surminski. Er liest aus seinen Werken, begleitet von Maria Livaschnikova, Piano. Im Anschluss gibt es einen ostpreußischen Eintopf. Forum Baltikum - Dittchenbühne, Telefon (04121) 879710.

MEMEL-STADT MEMEL-LAND

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: 0174-9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim.

25 Jahre Gymnasium

Am 26. Oktober hat das Hermann-Sudermann-Gymnasium sein 25. Jubiläum gefeiert.

Vor 25 Jahren begann der Deutsche Verein in Memel für die kulturellen, religiösen und Bildungsangelegenheiten der Landsleute deutscher Herkunft zu sorgen. Der Verein pflegte die deutsche Kultur, deren Sitten und Bräuche sowie auch die deutsche Sprache. Dank der Initiative des deutschen Vereins in Memel und auf Beschluss des Memeler Magistrats öffnete am 1. September 1992 die staatliche Deutsche Grundschule ihre Türen und jetzt, 25 Jahre später, heißt sie Hermann-Sudermann-Gymnasium.

Viele Veranstaltungen fanden die ganze Woche am Hermann-Sudermann-Gymnasium statt: Der Quiz-Wettbewerb „Memelgebiet: Schatztruhe der Kultur und Natur" für die Schüler der Klassen fünf bis acht, ein Sportfest für die Kleinen zusammen mit ihren Eltern, eine Quizshow „Die kleinen Sudermann-Schüler" für die Grundschüler und ein Theaterstück von Sudermann „Das Haff meines Herzens".

Eine große Überraschung für die Schüler war das Theaterstück „Alles über das Lernen und die Liebe", das von den Lehrern selbst gespielt wurde. Am Dienstagabend versammelten sich die Lehrer und die Eltern zu einer „Lass uns zusammen sein"-Feier.

Der Höhepunkt der feierlichen Woche war die Veranstaltung „Brücken der Freundschaft". Zum Fest kamen Ehrengäste, und zwar die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Litauen, Angelika Viets, Honoralkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Memel, Arunas Baublys, Bürgermeister der Stadt Memel, Vytautas Grubliauskas, Ehrenvorsitzende des deutschen Vereins, Magdalena Piklaps und deren 1. Vorsitzender Klaus Grudzinskas, der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise, Uwe Jurgsties und die 1. Schulleiterin des Gymnasiums, Angele Klitiene.

Es wurden viele Grußreden gehalten. Der Bürgermeister Vytautas Grubliauskas kann sich die Stadt ohne Hermann-Sudermann-Gymnasium nicht mehr vorstellen. Die Schule ist wie ein Leuchtturm, der zwei Länder, Deutschland und Litauen, miteinander verbindet, wie eine Wiege der deutschen Kultur im Memelland, wo deutsche Traditionen, Kultur, Atmosphäre sowie auch deutsche Sprache erfolgreich vermittelt wird.

Feierliche Stimmung schufen der Chor „HSG Sound" unter Leitung der Musiklehrerin Asta Almin und der Tanzgruppe „Klaipediškis" geleitet von der Tanzlehrerin Vilma Perošiene und von der Regisseurin Vaida Vaitilaviecien und dem Abiturienten Edvinas Zašciurinkas, die die Veranstaltung moderiert haben.

Die Schulleiterin Jolita Andrijauskien bedankte sich bei allen, die zur Jubiläumsfeier beigetragen haben und besonders bei der AdM für die jahrelange Unterstützung.



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Adventsfeier

Neuss – Sonntag, 17. Dezember, 14 Uhr, St. Marien: Heilige Messe. 15 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier mit Kaffee und Kuchen, adventlichen Liedern, Vorträgen und besinnlicher Musik.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Das Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit findet am 26. Mai 2018 im Hotel Schützenhof in 53783 Eitorf, Windecker Straße 2, statt. Ausrichterin ist die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit.

Eitorf ist ein übersichtliches Städtchen im Westen Deutschlands, im Rhein-Sieg-Kreis, nicht weit entfernt von Bonn und Köln. Von Siegburg aus einige Kilometer die Sieg flussaufwärts malerisch zwischen Westerwald und Bergischem Land gelegen gehört Eitorf jedoch nicht zum Siegerland, sondern ist dem Rheinland zuzuordnen, was sich auch im Brauchtum (Karneval) und in der Mundart widerspiegelt.

Es mag jetzt Ihr Interesse geweckt sein, diese reizvolle Region abseits des großen Fremdenverkehrs und doch unweit des Rheins einmal kennenzulernen. Planen Sie also die Teilnahme am Nachbarschaftstreffen ein und buchen Sie ein paar Urlaubstage vor oder/und nach dem 26. Mai im Hotel Schützenhof. Das Haus verfügt über Saunen und ein Schwimmbecken. Das Hotel erreichen Sie unter Telefon (02243) 887-0 und per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de. Das Hotel hält für uns ein Zimmerkontingent unter dem Stichwort „Ostpreußen" bis zum 1. März 2018 vor, DZ 94 Euro, EZ 64 Euro.

Eitorf ist mit dem Auto oder der Bahn unschwer zu erreichen:

Bahn: Von Köln aus zweimal stündlich eine Verbindung auf der Strecke nach Siegen. Vom Bahnhof gut zwei Kilometer bis zum Hotel mit dem Taxi oder dem Bus Linie 571, immer zehn Minuten nach der vollen Stunde, außer sonnabends und sonntags.

Auto: Von Norden und Nordwesten: BAB 3 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Bonn/Siegburg, dann BAB 560 Richtung Hennef bis zum Ende der Autobahn, dann links ab auf der L333 nach Eitorf.

Von Norden und Nordosten: BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz, BAB 2 bis zum Kamener Kreuz, dann BAB 1 bis zum Westhofener Kreuz, dann BAB 45 Richtung Frankfurt bis zum Kreuz Olpe Süd, dann BAB 4 bis zur Ausfahrt Reichshof/Bergneustadt, dann über Walbröl nach Ruppichteroth, dort links ab nach Eitorf.

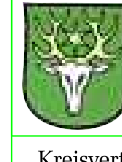
Von Osten: BAB 4 bis zum Kirchheimer Dreieck, dann BAB 7 bis zum Hattenbacher Dreieck, dann BAB 5 bis zum Reiskirchener Dreieck, dann BAB 480 bis Wettenberg, dann Umgehung Gießen Richtung Dortmund, auf der BAB 45 bis Ausfahrt Herborn West, quer durch den Westerwald, vorbei an Bad Marienberg, Hachenburg und Altenkirchen, schließlich auf der B 8 bis Kircheib, dort rechts ab nach Eitorf.

Von Süden: BAB 3 bis Ausfahrt Bad Honnef/Linz, dann der Beschilderung „Eitorf" folgen.

Das Nachbarschaftstreffen beginnt um 10 Uhr (Einlass 9 Uhr) und endet um 17 Uhr.

Unentgeltliche Parkplätze stehen am Hotel zur Verfügung. Zum Mittagessen werden vier preisgünstige Gerichte angeboten, und am Nachmittag gibt es Kaffee und Kuchen. Es erwartet Sie ein ansprechendes Programm. Eintritt wird nicht erhoben, für eine Spende wären die Veranstalter dankbar.

Für die vor dem Veranstaltungstag anreisenden Teilnehmer wird im Hotel ein Raum reserviert, wo wir am Freitag, 25. Mai, gegen 19 Uhr das Abendessen gemeinsam einnehmen können, um anschließend noch schöne Stunden miteinander zu verbringen.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Ostpreußenreise im Sommer

Die Kreisgemeinschaft Wehlau veranstaltet vom 29. Juli bis 7. August 2018 eine Reise nach Posen, Deutsch Eylau, Heilsberg, Königsberg und Nidden.

1. Tag: Anreise in Posen.

Ab Bassum und Syke, Bremen, Hamburg und Berlin-Birkenwerder, wobei Berlin bei der Rückreise nicht angefahren wird, nach Posen zur ersten Übernachtung im Hotel Ibis Centrum. Zimmerverteilung. Anschließend können Sie noch einen Altstadtrundgang unternehmen. Abendessen und Übernachtung.

2. Tag: Posen – Deutsch Eylau.

Nach dem Frühstück fahren Sie weiter zu einem Besuch der Partnerstadt der Stadt Syke nach Briesen in Westpreußen mit Stadtrundgang und Stadtrundfahrt. Anschließend Weiterfahrt nach Deutsch Eylau, der Partnerstadt von Herborn, in das schöne Hotel Port 110, direkt am Geserich See gelegen, gegenüber dem Marktplatz.

3. Tag: Weiterreise nach Heilsberg.

Nach dem Frühstück verlassen wir Deutsch Eylau und fahren über Osterode zum Oberländer Kanal, auf dem wir eine Fahrt über die Rollberge unternehmen werden. Weiter geht es über Elbing, entlang des „Frischen Haffs" nach Frauenburg zur Besichtigung des Doms, des Kopernikus Turms sowie des Gedenksteins an die Flucht über das Haff. Weiterfahrt nach Heilsberg in das 4-Sterne-Hotel Krasicki. Abendessen und Übernachtung.

4. Tag: Masurenrundfahrt.

Nach dem Frühstück starten wir mit einem erfahrenen Reiseleiter zu einer Fahrt in das „Land der tausend Seen" – Masuren. Sie sehen die Wallfahrtskirche Heilige Linde, Hitlers Hauptquartier Wolfsschanze, Nikolaiken, unternehmen eine Schifffahrt auf dem Spirdingsee und mehr. Abendessen und Übernachtung in Heilsberg.

5. Tag: Weiterreise zur polnisch-russischen Grenze, Pr. Eylau nach Königsberg. Treffen mit der russischen Reiseleitung. Weiterfahrt über Domnau, Friedland, Allenburg, Wehlau, Tapiau, Langendorf nach Königsberg, Nesselbeck. Über Domnau sind die Wehlauer 1945 geflohen. Ankunft und Unterbringung im Der-Sterne-Hotel Usadba, Abendessen.

6. Tag: Fahrt nach Königsberg.

Nach dem Frühstück erfolgt eine vierstündige Stadtrundfahrt in Königsberg. Sie sehen die Luisenkirche, die Börse, das Hafenviertel, die Universität und das Brandenburger Tor. Besuch der Dominsel und Besichtigung des Doms mit Kantmuseum. Wer will, kann im Anschluss das Bernsteinmuseum oder den General-Lasch-Bunker besuchen. Freizeit. An diesem Tag sind unabhängig von der Reisegruppe eigene Unternehmungen möglich, wie Fahrten in den Kreis Wehlau oder zu anderen Orten im Königsberger Gebiet. Rückfahrt am späten Nachmittag. Abendessen im Hotel.

7. Tag: Fahrt auf den südlichen Teil der Kurischen Nehrung.

Nach dem Frühstück verlassen wir das Königsberger Gebiet und fahren über das Seebad Cranz auf die Kurische Nehrung. Aufenthalt am Strand in Sarkau, am Nehrungsmuseum und der Vogelwarte in Rositten. An der russisch-litauischen Grenze verabschieden wir uns von der russischen Reiseleitung. Nach den Grenzformalitäten: Treffen mit der litauischen Reiseleitung, Weiterfahrt nach Nidden, Stadtführung mit Besichtigung des Thomas-Mann-Hauses und der großen Düne. Unterbringung im Der-Sterne-Hotel Nidos Banga, Abendessen.

8. Tag: Freizeit in Nidden.

Von 10 bis 15 Uhr kann man an einem Ausflug mit dem Segelschiff „Lana" mit Picknick und Besichtigung des Kuwertshofes und Minge teilnehmen. Die Teilnahme an dieser Fahrt ist mit zusätzlichen Kosten von 48 Euro verbunden und sollte zusammen mit dieser Reise angemeldet werden. Außerdem werden in Nidden Schiffsfahrten auf dem Haff mit Besichtigung der Dünenlandschaft vom Wasser aus und zur Seegrenze mit Russland angeboten. Es können auch Fahrräder geliehen sowie in der Ostsee gebadet werden. Abendessen im Hotel Nidos Banga.

9. Tag: Fahrt nach Memel.

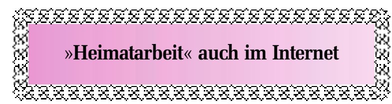
Unterwegs Besichtigung des Hexenberges in Joudkrante und Weiterfahrt nach Smiltyne, Fährüberfahrt von Smiltyne nach Memel. Dort Altstadtrundgang mit Besichtigung des „Ännchen von Tharau"-Brunnens, Fahrt zum Fährhafen. Verabschieden von der litauischen Reiseleitung, Einschiffung an Bord von DFDS zur Überfahrt nach Kiel. Abendessen auf der Fähre.

10 Tag: Ankunft in Kiel.

Frühstück auf der Fähre. Das Fährschiff erreicht den Ostuferhafen in Kiel gegen 16.30 Uhr, sodass wir vor 20 Uhr in Hamburg am Hauptbahnhof sein werden. Die Weiterfahrt mit dem Zug ist dann in alle Richtungen (Berlin, Hannover, Köln) möglich. Mit dem Bus erreichen wir Syke und Bassum gegen 22 Uhr.

Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen. Änderungen vorbehalten. Anmeldungen bei Reiseservice Bittermann, Telefon (04242) 936243; Volkshochschule Syke, Telefon (04242) 9764444; Kreisgemeinschaft Wehlau, Telefon (04241) 5586. Leistungen: Fahrt im Fernreisebus mit reservierten Plätzen und Bordservice, eine Übernachtung mit Halbpension in Posens Zentrum, Zwei-Sterne-Hotel Ibis, eine Übernachtung mit Halbpension in Deutsch Eylau, Port 110, Drei-Sterne Hotel, je zwei Übernachtungen mit Halbpension in Heilsberg, Vier-Sterne-Hotel Krasicki, im Königsberger Gebiet, Drei-Sterne-Plus-Hotel Usadba und in Nidden Drei-Sterne-Hotel Nidos Banga, eine Übernachtung an Bord, Unterbringung

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

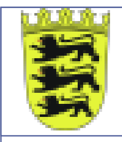
in innengelegenen Zwei-Bett-Zimmern, untere Betten. Eine Fahrt auf dem Oberländerkanal, ganztägige Reiseleitung Masurenrundfahrt, Eintritt Besuch Wolfschanze mit Führung, Schifffahrt auf dem Spirdingsee, Eintritt in den Frauenburger Dom, durchgehende, deutschsprechende Reiseleitung bis zur Abfahrt von Memel, Passregistrationsgebühr in Königsberg, Stadtrundfahrt Königsberg, Eintritt für die Kathedrale Königsberg mit Kant-Museum und für die Vogelwarte in Rossitten, Stadtführung in Nidden, Besichtigung des Hexenberges in Schwarzort, ökologische Gebühren in Russland und Litauen für die Kurische Nehrung, Fährüberfahrt Smiltyne-Memel für Bus und Passagiere, Altstadtrundgang in Memel, Fährüberfahrt Memel-Kiel mit DFDS, ein Abendbuffet an Bord der DFDS auf der Rükkreise, ein Frühstücksbuffet an Bord, Reisepreis Sicherungsschein.

Reisepreis im Doppelzimmer pro Person: 1198 Euro, Einzelzimmer auf Anfrage, Visagebühren pro Person: 88 Euro.

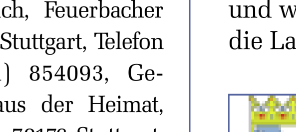
Wunsch- und Zusatzleistungen: Schifffahrt Nidden-Ginge-Nidden pro Person: 48 Euro. Außen und Einzel Kabine DFDS auf Anfrage, Appartement Deutsch Eylau pro Person: 28 Euro, KomfortDoppelzimmer in Deutsch Eylau pro Person: 15 Euro.

Die ökologischen Nehrungsgebühren für Russland und Litauen sind im Reispreis enthalten. Nicht enthalten sind Visagebühren, nicht aufgeführte Eintrittsgelder und Versicherungen.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

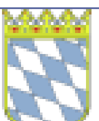
Buchen – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Foyer, Mehrzwekkhalle: Weihnachtsfeier. Ein ansprechendes Programm mit Auftritten eines Chores und Wintertänzen sowie Geschichten, Gedichten, einem Kurz-Theater und Grabbelsack nebst weihnachtlich geschmückter Kaffeetafel erwartet die Besucher. Ein Bus wird eingesetzt. Nähere Information durch die Vorsitzende Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag, 19. Dezember, 15 Uhr, „Krauthof", Beihinger Straße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen – Sonnabend, 9. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Weihnachtsfeier. Der Posaunenchor Wannweil, unter der Leitung von Herrn Raiser, wird uns während der Kaffeetafel und auch später mit weihnachtlichen Melodien festlich einstimmen. Mit Vorträgen und Gedichten aus der Heimat werden Erinnerungen an tief verschneite Landschaften und klirrende Kälte vor unseren Augen vorbeiziehen, auch der Weihnachtsmann ist schon bestellt. Hoffentlich waren alle brav!

Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen. Eine gut besuchte Veranstaltung würde mich freuen. Allen Landsleuten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können, wünscht der Vorstand gute Besserung, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2018. – Mittwoch, 20. Dezember, 14.30 Uhr, Treffpunkt „Unter den Leuten", Rommelsbacher Straße 1 in Reutlingen: Weihnachtsfeier der Frauengruppen. Erika Manzau-Schmidt hat schon einige Vorbereitungen getroffen. Bitte Päckchen für den Grabbelsack mitbringen. *Ilse Hunger*

Wendlingen – Sonntag, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Saal, Gasthaus „Zum Lamm", Kirchheimerstraße 26: alljährliche vorweihnachtliche Feier. Mit einer Kaffeetafel wird begonnen. Besinnliche Worte, Singen und Musizieren folgen. Geschichten und Gedichte werden alte Erinnerungen aus Kindheit und Jugend wach werden lassen. In diesem Jahr zum 63. Mal. Wann denn sonst können drei Generationen für einige Stunden in der Heimatgemeinschaft beisammen sein? Können Kinder und Enkel ihren Eltern und Großeltern eine Freude machen und begleiten und so von den Wurzeln ihrer Herkunft erfahren! Hin zum Verständnis, das Erbe der alten Heimat als Auftrag anzunehmen und weiter zu vererben. Dazu lädt die Landsmannschaft herzlich ein



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 17. Dezember, 15.30 Uhr, Saal, Gasthof „Krone", Gunzenhausen: Vorweihnachtlicher Nachmittag mit Kaffee und Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: Weihnachtsfeier. Wieder mit unseren schönen Weihnachtsliedern, mit Geschichten und Gedichten aus unserer Heimat. Wir werden wieder Marzipan, Bücher und Kalender für den Gabentisch anbieten. – Montag, 18. bis Mittwoch, 20. Dezember: Stand auf dem Weihnachtsmarkt mit allen Landsmannschaften. Weihnachtswerkstatt mit Leckereien, Büchern, Kalendern und Musik.

Bamberg – Mittwoch, 20. Dezember, 15 Uhr, Hotel „Wilde Rose", Keßlerstraße: Weihnachtsfeier.

Landshut – Freitag, 8. Dezember, Abfahrt: 15.30 Uhr, Marktplatz Ergolding, Rosenhof: Christkindlmarkt Höfen. – Dienstag, 19. Dezember, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel": Weihnachtsfeier.

Weiden – Nach der Begrüßung und den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" berichtete der 1. Vorsitzende Norbert Uschald während des Heimatnachmittags im Café Mitte von der Landeskulturtagung der Landesgruppe im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Im dortigen ehemaligen Schloss des Deutschen Ordens wurde ein interessantes und abwechslungsreiches Programm geboten. Es gab Vorträge über Martin Luther und die Reformation im vom Deutschen Orden geführten Preußen. Über die bildende Künstlerin Käthe Kollwitz und über die Schriftstellerin Agnes Miegel, die beide aus Königsberg stammten, konnte man viel Wissenswertes erfahren.

Danach bekamen die Tagungsteilnehmer die Gelegenheit, gemeinsam ost- und westpreußische Volkslieder zu singen.

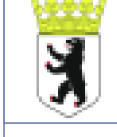
Den Höhepunkt bildete ein beeindruckendes Konzert mit der französischen Mezzosopranistin Isabelle Kusari, die ostdeutsche Volks- und Kunstlieder sowie Gedichte von ostdeutschen Autoren vortrug. Sie wurde vom chinesischen Pianisten Jun Zhao begleitet. Andreas und Katharina Uschald trugen im Anschluss Interessantes über den heiligen Andreas beziehungsweise die heilige Katharina vor. Ilse Stark brachte ein zur Herbstzeit passendes Gedicht zu Gehör.

Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte allen Mitgliedern, die im November Geburtstag feiern können.

Anschließend sorgte der Vorsitzende zusammen mit seiner Gattin Anita für musikalische Unterhaltung.

Herzliche Einladung an die Anwesenden erging zum Totengedenken am Totensonntag, 26. November, im Weidener Stadtfriedhof.

Die Vorweihnachtsfeier findet am 3. Dezember. 14.30 Uhr im Café Mitte statt. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich. *Norbert Uschald*



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

FRAUENGRUPPE

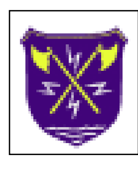


Donnerstag, 14. Dezember, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117: Weihnachtsfeier. Anfragen an Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

HEIMATKREISE



Königsberg, Freitag, 15. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10: Weihnachtsfeier. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

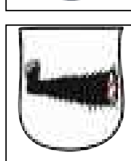


Bartenstein – Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.





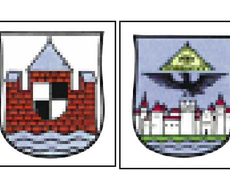




Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg –Diens-tag, 12. Dezember, 13 Uhr, Restaurant „Muna", Albrechtstraße 52: Adventsfeier. Anfragen für Gumbinnen an Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg an Andreas Maziul (030) 5429917, für Lötzen an Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

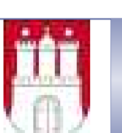


Rastenburg – Sonntag, 10. Dezember, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus", Rohrdamm 24 B: Weihnachtsfeier. Anfragen an Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.



Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102: Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon 6041054.

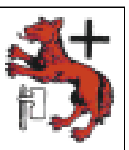
Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Folge 51/52 bis Mittwoch, 13. Dezember zu.



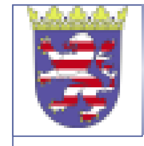
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

HEIMATKREISE



Heiligenbeil – Sonntag, 17. Dezember, ab Hamburg ZOB 13.30 Uhr; Harburg 14 Uhr. Grumbrechtstraße 76: Besuch des Weihnachtsmarktes. Der Preis pro Person beträgt 28 Euro inklusive Busfahrt, Reiseführung sowie Kaffee und Kuchen. Es sind noch Plätze frei. Anmeldungen nimmt bis Freitag, 15. Dezember, Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, entgegen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 9. Dezember, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Grundweg 10: vorweihnachtliche Feier. Einen schönen, stimmungsvollen Nachmittag bei Kaffee und Kuchen wollen wir gemeinsam verbringen. Für Musik, auch zum Mitsingen von Weihnachtsliedern, ist gesorgt. Freuen würden wir uns auch über Gedichte und Geschichten, die aus dem Teilnehmerkreis vorgetragen werden können. Gäste sind immer gerne gesehen und herzlich willkommen. Eine gute Besserung und baldige Genesung wünschen wir allen Kranken, und hoffen auf ein Wiedersehen bei unserem nächsten Treffen.

- Bericht -

Unser Monatstreffen im November war der Erinnerung an Martin Luther gewidmet. Hierzu konnte der Vorsitzende, Gerhard Schröder, als Referenten Pfarrer Markus Sauerwein von der evangelischen Kirchengemeinde Mühltal-Traisa begrüßen.

Herzlich gedankt wurde unserer Blumenfee, Waltraud Barth. Sie bereichert unsere Veranstaltungen mit ihrem Blumenschmuck. Stehend gedachten die Teilnehmer der kürzlich im 98. Lebensjahr verstorbenen Hildegard Diehl. Sehr vermisst wurde das Ehepaar Keller, welches aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnte. Anni Oest verlas wieder die Geburtstage der letzten Wochen und Hannelore Neumann trug ein Gedicht zum Herbst vor. Nach der Kaffee-Pause lauschten alle mit großer Spannung dem Vortrag mit Lichtbildern von Pfarrer Sauerwein.

Eingangs schilderte er die Weltlage am Ende des 15. und am Anfang des 16. Jahrhunderts, in der Martin Luther 1483 geboren wurde und aufwuchs. Diese Zeit ist auch geprägt durch die Erfindung des Buchdrucks. Seine Eltern führten den Namen „Luder". Martin änderte ihn später in „Luther". Sein Vater, ein Bergmann, ermöglichte ihm als ältesten Sohn ein Studium der Rechtswissenschaften. Durch ein Naturereignis, ein Blitzeinschlag direkt neben ihm, schwor Luther, jedoch Mönch zu werden. Dies führte zu einem Zerwürfnis mit seinem Vater. Im Kloster unterwarf er sich der harten Klosterzucht und dem strengen Studium, kam aber in Gewissenskämpfe und fand schließlich eine Antwort im Römerbrief des Paulus: „Die Gnade kann nicht durch Bußübungen oder gute Werke verdient werden, sondern der Mensch wird gerecht allein durch den Glauben an Gott". 1510 wanderte Luther mit einem Klosterbruder nach Rom. Dort war er entsetzt welch ausschweifendes und liederliches Leben Papst und Kardinäle führten. Ebenso empörte er sich über die Ablassbriefe, die teils zur Finanzierung des im Bau befindlichen Petersdoms beitragen sollten. Diese Missstände veranlassten ihn zur Veröffentlichung seiner 95 Thesen, die er auch an seinen Bischoff, Albert von Magdeburg und Mainz, schickte. Dieser leitete sie weiter zum Papst, der daraufhin Luther nach Rom bestellte. Aber dank seines Beschützers und Landesherrn, Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen, wurde dies verhindert.

Durch den Buchdruck fanden Luthers Schriften eine schnelle Verbreitung. 1521 wurde Martin Luther vor den Reichstag nach Worms geladen. Vor dem jungen deutschen Kaiser, einem Spanier, Karl der V, lehnte er einen Widerruf seiner Lehre ab, verfiel der Reichsacht und wurde exkommuniziert. Sein Landesherr gewährte ihm aber Schutz und Asyl auf der Wartburg. Hier schuf er sein sprachliches Meisterwerk, die Übersetzung des Neuen Testaments und damit die „hoch-deutsche" Schriftsprache. Zwei Jahre verbrachte er als Junker Jörg auf der Wartburg und verlor dadurch die Deutungshoheit zur Außenwelt, die inzwischen seine Lehre verfälschte und zum Bauernaufstand und -krieg mit zirka 10 000 Toten führte. Mit dem Verweis auf die Heirat von Martin Luther mit Katharina von Bora und dem Einzug in sein ehemaliges Kloster beendet Pfarrer Sauerwein seinen sehr lebhaften und interessanten Vortrag. Den Abschluss bildete das gemeinsame Singen aller vier Verse des Lutherliedes „Ein feste Burg ist unser Gott".

Gerhard Schröder dankte im Namen aller Pfarrer Sauerwein und schenkte ihm das Buch, „Nur der Himmel blieb derselbe - Ostpreußens Hungerkinder er-zählen vom Überleben", geschrieben von Christopher Spatz. *Gerhard Schröder*

Kassel – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, AWO-Altenzentrum Niederzwehren: Vorweihnachtsfeier. Durch die festliche Stunde führen wieder Dorothea Deyß mit ihrem Singkreis und Pfarrer i.R. Alfred Scherlies. Gäste sind herzlich willkommen.

Obgleich das Vortragsthema beim Novembertreffen der Gruppe den deutschen Osten nicht im Blick hatte, stieß es bei den Anwesenden auf spürbares Interesse, wurden doch Erinnerungen an die eigene Kindheit wach. Die Pädagogin Karin Balk beschrieb nämlich die Entwicklung der Puppen von den ersten Nachweisen bis in unsere Tage. *Gerhard Landau*

Wiesbaden – Dienstag, 12. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Monatstreffen mit vorweihnachtlicher Feier. Sie erwartet Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Musik sowie einer Ansprache von Pfarrer Holger Saal wollen wir Sie auf das Weihnachtsfest einstimmen. Zur Kostendeckung der Feier sind wir für Geldspenden dankbar.

– Bericht –

Das Monatstreffen führte in das „Land des Rübezahl", so auch die Überschrift des Bildervortrags von Dieter Schetat. Seine schlesischen Impressionen begannen in Breslau mit einem Blick auf und in das Rathaus mit seiner spätgotischen Fassade, dem Wahrzeichen der „Europäischen Kulturhauptstadt 2016". Weitere Stationen der Bilderreise waren der „Ring" mit Marktplatz und den markanten Häuserreihen, der Schweidnitzer Keller, den schon Goethe, Chopin und Gerhart Hauptmann besucht hatten, der Dom mit der Statue der Mutter Gottes mit Kind und die vielen anderen Kirchen sowie die Markthalle und die Universität mit ihrer barocken Aula, diese benannt nach dem österreichischen Kaiser und Stifter Leopold I.

An einigen Stellen der Region wird auch preußische Geschichte sichtbar. So wurde in den Jahren 1911 bis 1913 die Jahrhunderthalle gebaut zur Erinnerung an die preußischen Befreiungskriege gegen Napoleon. Und im ehemaligen preußischen Residenzschloss, heute Museum der Stadt, ist der Schreibtisch zu sehen, an dem der preußische König Friedrich Wilhelm III. den dramatischen „Aufruf an mein Volk" und an „Mein Kriegsheer" verfasste und das „Eiserne Kreuz" für tapfere Soldaten stiftete. Das erste verlieh er persönlich seiner verstorbenen Gemahlin Luise posthum. Im Fürstensaal des Breslauer Rathauses haben am 7. November 1741 nach mehreren Schlachten gegen Österreich, Vertreter der schlesischen Staaten, Friedrich II. (der

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Große), dem Preußenkönig und Eroberer Schlesiens gehuldigt.

Beliebt beim preußischen Hochadel war das Hirschberger Tal, auch „Tal der Schlösser“ genannt. Der Referent zeigte Bilder und erzählte von den Schlössern in Schildau und Lomnitz, die heute als Hotelanlagen betrieben werden. Zu den schönsten Schlössern zählt das von Geheimnis umwitterte Schloss Fürstenstein, die „Perle Schlesiens“. Die imposante Schlossanlage mit den unterirdischen Tunnels war damals als weiteres Hauptquartier für Adolf Hitler vorgesehen.

In Kreisau, im ehemaligen Gut der Familie von Moltke, traf sich während der Hitler-Diktatur eine von James Moltke initiierte Gruppe, die in Opposition zum nationalistischen Regime stand, der sogenannte „Kreisauer Kreis“. Heute ist die Anlage deutsch-polnische Jugendbegegnungsstätte.

Sehenswert die beiden protestantischen Friedenskirchen in Jauer und Schweidnitz, die nach dem Dreißigjährigen Krieg nur aus Holz, Sand und Lehm und ohne Turm und Glocken gebaut werden durften. Beide gehören jetzt zum UNESCO-Weltkulturerbe.

Dem bedeutenden schlesischen Schriftsteller Gerhart Hauptmann ist in Agnethendorf ein Denkmal gesetzt. Die Jugendstilvilla „Wiesenstein“, die der Nobelpreisträger bis zu seinem Tod 1946 bewohnte, ist heute Museum und Kulturzentrum.

In der Nähe von Krummhübel steht die berühmte Stabkirche Wang in einer Konstruktion ohne Nägel, die einst in Norwegen beheimatet war und auf Veranlassung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. 1842 ins Riesengebirge umzog.

Der Vortrag schloss mit einem Bilder-Weitblick von der Schneekoppe, mit 1602 Metern der höchsten Erhebung des Riesengebirges, wo der Berggeist Rübezahl seit Jahrhunderten sein Unwesen nach den überlieferten Sagen und Legenden der Region treibt.

Dieter Schetat



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

Dittchenbühne

Elmshorn – Sonnabend, 9. und Dienstag, 26. Dezember ist Henrik Ibsens „Herr Puntila und sein Knecht Matti“ zu sehen.

Forum Baltikum - Dittchenbühne, Telefon (04121) 879710.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Adventsfeier.

Holzminden – Sonntag, 17. Dezember, der 3. Advent, 15 Uhr, „Felsenkeller“: Weihnachtsfeier.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Adventsfeier mit Geschichten, Gedichten und Liedern zum Advent und Basar. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

– Bericht –

Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg widmete sich bei ihrem Treffen im November der Reformation, und zwar „Wie die Reformation nach Preußen kam.“ In einem von Bildern, Schaubildern und Karten unterstützten Vortrag legte Gisela Borchers dar, wie die evangelischen Gedanken Luthers nach Preußen zunächst zum Volk kamen und wie unterschiedlich in den beiden Preußen die Obrigkeit darauf reagierte. Im westlichen Teil, dem späteren Westpreußen unterdrückten die Stadtoberen und der polnische König die Reformation, sodass sie sich dort erst um 1558 durchsetzen konnte. Im östlichen Preußen, dem Ordensstaat, neigte der Hochmeister frühzeitig der neuen Lehre zu und fand in Königsberg eifrige Mitstreiter und Unterstützer, zum Beispiel in Georg von Polenz und Johannes Briesmann. Die Säkularisierung des Ordenslandes und die anschließende Introduktion der evangelischen Lehre in Form einer Landeskirche mit Herzog Albrecht an der Spitze beförderte die Konversion des Landes vom katholischen zum evangelischen Territorium. Wie immer schlossen einige Volkslieder und das Ostpreußenlied einen harmonischen Nachmittag ab. *Gisela Borchers*

Osnabrück – Dienstag, 12. Dezember, 16.30 Uhr, Hotel „Novum“, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 15. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Parkhotel Osnabrück: Adventsfeier. Anmeldungen bis zum 7. Dezember bei Else Tober, Telefon (0451) 133614, oder Barbara Kleine, Telefon (0541) 74282.

Rinteln – Donnerstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Adventsfeier mit gemeinsamem Kaffeetrinken. Pfarrer Wolfram Wiemer hält eine Andacht und ein Flötenkreis unter Leitung von Margret Stolzenwald begleitet uns beim Singen der Adventslieder. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen wird um Anmeldung beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat gebeten: Telefon (0 57 51) 5386 oder über rebuschat@web.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Mittwoch, 13. Dezember, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold: Adventsveranstaltung der Kreisgruppe Lippe. Im Mittelpunkt stehen: Ansprache zum Advent von Gerhard Mörchel Pfr. i. R., musikalische wirkt Ehepaar Schlingmann und es findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit der Neuwahl des Vorstandes statt. Alle Ostpreußen und Freunde in Lippe sind herzlich eingeladen!

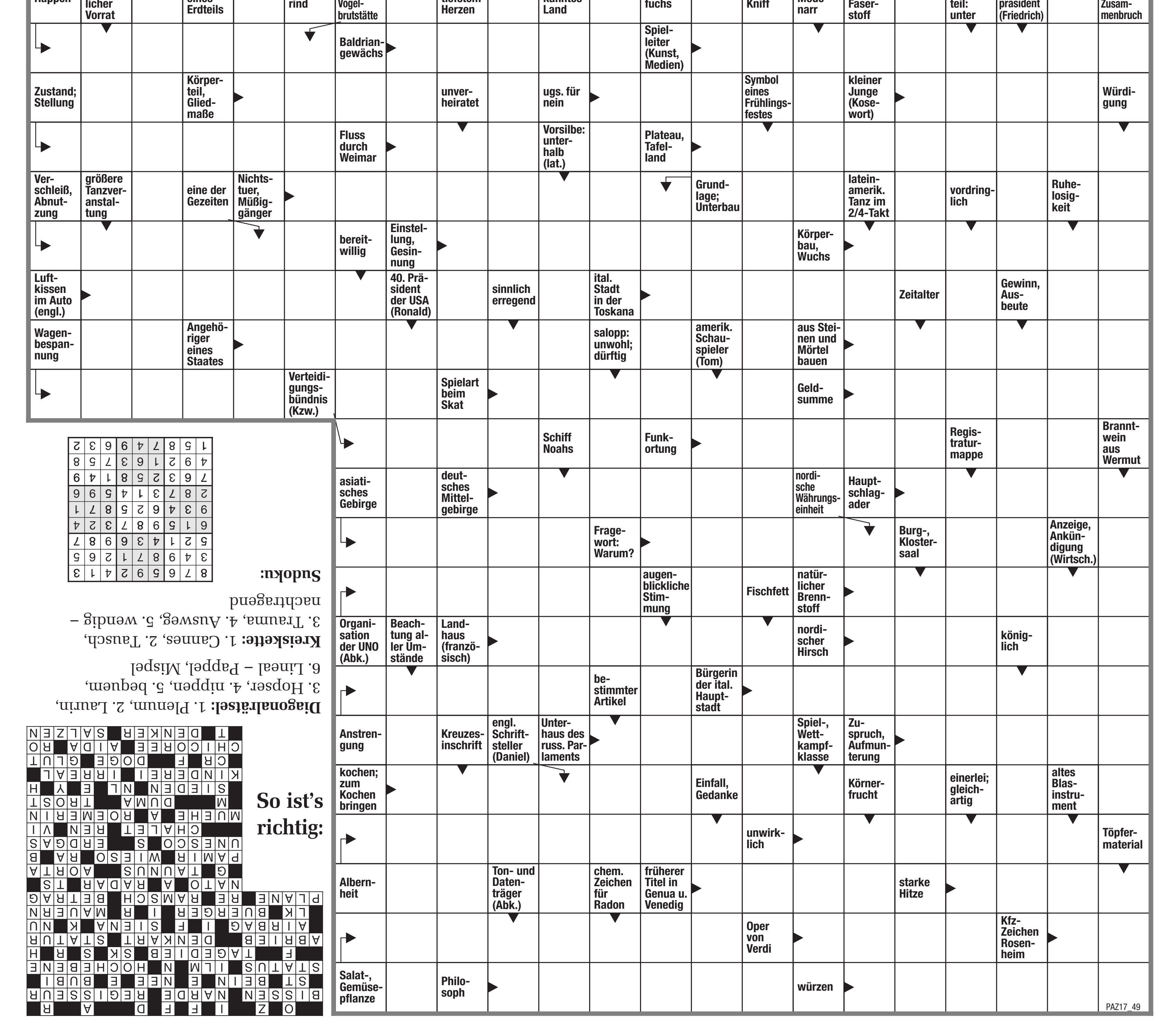
Bielefeld – Donnerstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Geschäftsstelle, 2. Stock, Wilhelmstraße 1b: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Sonntag, 10. Dezember, 15.30 Uhr, „Haus am Rhein“, Elsa-Brändström-Straße 74: Adventliche Stunde mit Gesprächen, Singen, Kaffee und Kuchen, der Nikolaus kommt zu Besuch und beschert anwesende Kinder. – Dienstag, 12. Dezember, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Weih-nachtsfeier im Frauenkreis. – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr: Ökumenischer Adventsgottesdienst.

Dortmund – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3, Eingang Märkische Straße: Monatliche Zusammenkunft.

Düsseldorf – Freitag, 1. Dezember, 18 Uhr, GHH: Theaterstück von und mit Kindern und Eltern „Weihnachtsfest fürs Tannenbäumchen“. – Mittwoch, 6. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutscher Stickkreis mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. Dezember, 19 Uhr, GHH: Weihnachtslesung mit Dr. Hajo Buch „Stern über der Grenze“. – Donnerstag, 7. Dezember, 18.30 Uhr, Raum 412 „Ostpreußen“, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonntag, 10. Dezember, 9 bis 16 Uhr, GHH: Ostdeutscher Weihnachtsmarkt mit Kunsthandwerk, antiquarischem Büchermarkt, kulinarischen Spezialitäten auch aus Ostpreußen und einem musikalischen Bühnenprogramm. – Montag, 11. Dezember, 19 Uhr, GHH: Vortrag zum 75. Todestag von Jochen Klepper, „Selbstmord unter dem Stolzenkreuz“ von Markus Baum. – Dienstag, 12. Dezember, 19 Uhr: Vortrag „König der Kinder und Pädagoge der Realität und des Traumes“ von Dr. Regina Plaßwilm und Professor Daniel Hoffmann. – Mittwoch,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19



Sudoku

8			5		2			3
5	2		4		6		8	7
		5		8		3		
	3	4	6		5	8	7	
		7		1		5		
7	6		2		8		4	9
1			7		9			2

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

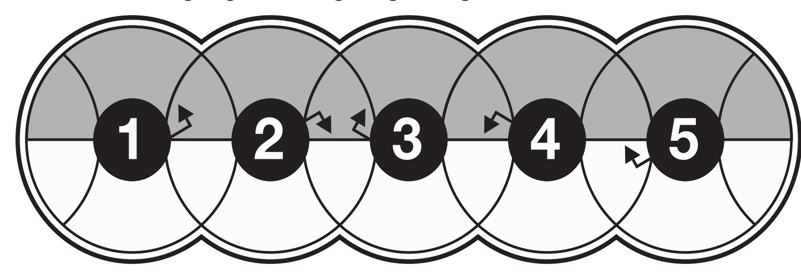
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Laubbäume.

1 Vollversammlung
2 Tiroler Zwergenkönig der Sage
3 Sprung; alter Tanz
4 einen kleinen Schluck nehmen
5 angenehm, passend
6 Zeichengerät

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für unversöhnlich.

1 französischer Kurort an der Riviera, 2 Umwechslung, 3 seelischer Schock, 4 rettende Lösung, 5 geschickt; geistig beweglich

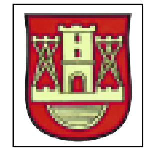


Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

13. Dezember, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, GHH: Weihnachtsfeier mit Weihnachtsliedern der Düsseldorfer Chorgemeinschaft und einer musikalischen Darbietung von Miyuki Brummer, Klavier, Radostina Hristova, Sopran, Klaus-Peter Riemer, Flöte. – Mittwoch, 13. Dezember, 15 Uhr, GHH: Feiertagslektüre. Bücher im Gespräch. – Sonnabend, 16. Dezember, 15 Uhr, Eichendorffsaal, GHH: Adventsfeier der Memelländer. – Sonnabend, 16. Dezember, 18.30 Uhr, „Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 79: Gottesdienst für alle Landsmannschaften. – Sonntag, 17. Dezember, 12 Uhr: Ostdeutsche Weihnachtsfeier auf Schloß Burg mit der Trachtengruppe aus Bergisch-Gladbach. Abfahrt um 12 Uhr vom Busbahnhof Worringer Straße. Anmeldungen sind erforderlich bei E. Koitka, Telefon (0211) 682318.

Köln – Montag, 11. Dezember, 13 Uhr – bitte verändertes Datum beachten! –, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Weihnachtsfeier. Es wurde mit der Verwaltung ausgemacht, dass es diesmal nicht das übliche Menü gibt, sondern à la carte bestellt werden kann und wir einen Tisch im Restaurant des Hauses reserviert bekommen. Zur Feier mit Liedern, Geschichten und Gedichten gehen wir anschließend in den altbekannten Raum. – Es ist noch mitzuteilen, dass die Versammlungen im kommenden Jahr nicht, wie angekündigt, im „Café zum Königsforst“, sondern weiterhin, wie bislang, im Bürgerzentrum Köln-Deutz stattfinden werden. Das ist der Beschluss der letzten Versammlung.

HEIMATKREIS



Memelland – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, ab 14 Uhr Einlass, Brauhaus, Dellbrücker Hauptstraße 61, Köln. Günstige S-Bahn-Verbindung: Linie 18 fährt vom Hauptbahnhof bis Dellbrücker Hauptstraße. In 100 Meter Entfernung liegt das Brauhaus: Treffen der Memellandgruppe. Zum Programm: Nach einem kurzen geistlichen Wort zum Advent spricht der Vorsitzende der Memellandkreise Uwe Jurgsties, Heddesheim, über seine Aktivitäten in der Heimat. Anschließend laden wir zum Kaffeetrinken ein.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 16. Dezember, 14.30 Uhr, „Dülkener Hof“, Lange Straße 54: Weihnachtsfeier. In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbitten wir einen Unkostenbetrag von 6,50 Euro pro Gedeck. Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir alle gemeinsam sorgen.

Wesel – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Weihnachtsfeier; zu Kaffee und Kuchen für ein gemütliches Beisammensein lädt der Vorstand herzlichst ein. Anmeldung bis zum 3. Dezember bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 18. Dezember, 14.30 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Weihnachtsfeier.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Zum Jahresabschluss hatte uns der Landesvorsitzende Alexander Schulz ganz herzlich eingeladen in den Trakehner Hof in Großwaltersdorf. Wir trafen uns am 11. November mit den ehrenamtlichen aktiven Mitarbeitern der Kreisgruppen aus Sachsen. Es kamen Vertreter aus Dresden, Hoyerswerda, Leipzig, Limbach-Oberfrohna und Torgau. Alexander Schulz begrüßte alle herzlich und bedankte sich für das zahlreiche Erscheinen.

Er gab den Tagesablauf bekannt. Es folgte nun ein Rückblick über die geleistete Arbeit 2017.

Für das neue Jahr 2018 wurden alle Termine und Themen bekannt gegeben. Alle Termine wurden besprochen und mit den Kreisgruppen abgestimmt.

Die Landesgruppe bereitet für 2018 nicht nur die geplanten Veranstaltungen vor, auch die Wahl des neuen Vorstandes wurde besprochen und personelle Vorschläge unterbreitet.

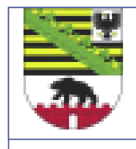
Nach einer Pause führte Herr Beierlein aus Torgau einen sehr schönen Film aus unserer Heimat Ostpreußen vor. Er bekam dafür viel Beifall.

Die Revisionskommission zog sich zurück und überprüfte die Finanzen. Für ihre zuverlässige Arbeit bedankte sich Herr Schulz. Nun kam es zur Diskussion über verschiedene Dinge, welche vorher besprochen wurden. Es gab viele positive Vorschläge für die zukünftige Arbeit des Vorstandes.

Am Abend folgte ein buntes Kulturprogramm und alle beteiligten sich rege daran. Jeder hat dazu beigetragen und Kultur und Brauchtum unserer Heimat Ostpreußen standen im Mittelpunkt. Es war ein wunderbares Miteinander. Ein Tag, der uns noch lange in Erinnerung bleibt. Herzlichen Dank an den Landesvorsitzenden Alexander Schulz für seine gute Organisation.

Hannelore Kedzierski

Limbach–Oberfrohna – Sonnabend, 16. Dezember, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: typisch ostpreußische Weihnachtsfeier. Der gemischte Chor von Langenberg wird uns mit vielen schönen Weihnachtsliedern erfreuen und lädt uns zum Mitsingen ein. Die Schüler der Gerhard-Hauptmann-Oberschule haben ein kleines Weihnachtsprogramm uns zur Freude eingeübt. Der Weihnachtsmann hält Überraschungen bereit. Wir laden euch alle dazu herzlich ein.

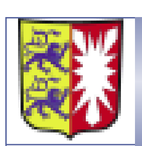


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 15. Dezember, 12 Uhr, Haus Altmark, Mieste: Weihnachtsfeier.

Magdeburg – Freitag, 8. Dezember, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singkreis. – Sonntag, 10. Dezember, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Weihnachtsfeier. – Dienstag, 19. Dezember, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag 14. Dezember, ab 15.30 Uhr, Mensa, Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule: traditioneller Adventsnachmittag mit einer Ansprache von Pastorin Küster und weihnachtlichen Geschichten aus der alten Heimat, vorgetragen von Frau Sack, sowie den Damen und Herren vom Hanseatischen Singkreis Lübeck, begleitet von Herrn Hennings, wollen wir uns mit weihnachtlichen Liedern auf die Festtage einstimmen. Gäste sind herzlich willkommen.

Für Mitglieder ist die Teilnahme frei; Nichtmitglieder zahlen zehn Euro inklusive Kaffee, Kuchen und einem Weihnachtstütchen. Es wird um Anmeldung bis spätestens 10. Dezember gebeten bei Gisela Rohwedder, Telefon (04504) 3435 oder Axel Simanowski, Telefon (0451) 2901034.

Burg – Dienstag, 12. Dezember, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“: Adventsfeier. Pastor Berholt Kark-Carlson wird an diesem Nachmittag besinnliche Worte zum bevorstehenden Weihnachtsfest sprechen. Für die musikalische Umrahmung sorgt Kathrin Kark mit ihrer Flötengruppe. Eine festlich geschmückte Kaffeetafel, mit weihnachtlichen Geschichten sowie Liedern, begleitet von Brigitte Asbahr und Ina Naujok auf dem Akkordeon, werden die Mitglieder und Gäste auf die vorweihnachtliche Zeit eingestimmt.

– Bericht –

Das traditionelle Königsberger-Klops-Essen der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ auf Fehmarn, Gruppe Burg, war auch in diesem Jahr wieder ein voller Erfolg. 70 Mitglieder und Gäste waren im Hotel „Wisser“ erschienen, um ein paar schöne Stunden im Kreise der Gruppe zu verbringen.

Als Gäste begrüßte der Vorsitzende Jochen Gawehns den 1. stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Fehmarn, Werner Ehlers, den Landesvorsitzenden und Kulturreferenten der LO, Edmund Ferner, den Vorsitzenden der ostpreußischen Kulturstiftung, Hubertus Hilgendorff, den Vorsitzenden der Pommern und Schlesier, Manfred Harländer, die Ehrenvorsitzende des Vereins, Ilse Meiske, sowie die Vorsitzenden von Vereinen und Verbänden mit Vorstandsmitgliedern.

Zum Gelingen des Abends trug ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm bei wie kleine Anekdoten, Kurzgeschichten und letztlich von Ingelore Spaeth und Jochen Gawehns ein zum Schmunzeln vorgetragener Sketch. Für die musikalische Unterhaltung sorgte Burkhard Donath auf dem Keyboard.

Wie sagte ein ehemaliger geladener Bürgermeister der Stadt Fehmarn: „Das Königsberger-Klops-Essen ist eine gute Tradition mit gutem Essen, Klönschnack und etwas Kultur geworden und dieses schon über etliche Jahre“. *Brigitte Christensen*

Malente – Sonntag, 17. Dezember, 15 Uhr, „Pflanzencenter Buchwald“, Krummsee, Rövkampallee 39: Adventsfeier.

Neumünster – Sonnabend, 9. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle, Kleinflecken: Vorweihnachtsfeier. Gäste sind willkommen. Anmeldungen bitte unter Telefon (04321) 82314.

– Bericht –

Die monatliche Veranstaltung der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen fand am 9. November statt. Die Vorsitzende Brigitte Profé begrüßte die Mitglieder und stellte die Hamburger Märchenerzählerin Angelika Rischer vor. Sie verzauberte uns in die sagenhaft schöne Märchenwelt. Es war einmal – in alten Zeiten, wo das Wünschen noch geholfen hatte, da lebten noch Könige mit ihren schönen jungen Töchtern. Man fuhr mit der Kutsche über Stock und Stein und begegnete so manch einer urkomischen Gestalt oder auch sprechenden Tiere.

Das alte Schloss mitten in einem großen Wald, prachtvolle Königssöhne auf der Suche nach reähugigen Prinzessinnen, verzauberte Burschen, böse Stiefmütter, aber auch treue Knechte und Mägde kamen im Märchen vor.

Am Ende wird alles gut – und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!

Angelika Rischer verstand es, die ostpreußischen Märchen lebendig und zauberhaft zu erzählen. Wir kehrten in die Wirklichkeit zurück und bedankten uns sehr herzlich bei Ihr. *Brigitte Profé*

Pinneberg – Donnerstag, 14. Dezember, 15 Uhr, Restaurant „Mondea“; Mühlenstraße 70 d: Adventsfeier und Jahresabschluss mit Andacht, Kaffeetafel und traditionellen Weihnachtsliedern.

Uetersen – Freitag, 8. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Haus „Ueters End“, Kirchenstraße 7: Adventsfeier. Es wird vorgelesen und gemeinsam gesungen.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe – Donnerstag, 14. Dezember, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität, Rötweg 6, Schmalkalden: „Immanuel Kant“.

Bild: Ostpreußisches Landesmuseum

„Carl Knauf. Licht über Sand und Haff“: Die Ausstellung über den Maler der Kurischen Nehrung ist bis zum 6. April im Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg zu sehen

Politische Postensuche über alles

Zu: Der Schock von Berlin (Nr. 47)

Dank an die FDP: Sie hat mit dem Platzenlassen der Sondierungsgespräche die weitere Islamisierung der Bundesrepublik verhindert.

Ein grüner Cem Özdemir, der erklärt: „Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali“, der gefordert haben soll: „Wir wollen, dass Deutschland islamisch wird“, und dem das Zitat unterstellt wird: „Was unsere Urväter vor den Toren Wiens nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen“, der musste sich von den Freien Demokraten den Zahn ziehen lassen.

Ein Altkommunist Jürgen Trittin, der angeblich erklärt haben soll: „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig“, sollte sich aus Deutschland verabschieden und sich mit Claudia Roth in deren zweite Heimat, der Türkei, verabschieden, damit er dort erleben und lernen kann, was fanatischer Islamismus bedeutet.

Die nicht auszuschließenden Neuwahlen werden die Grünen nicht über die Fünfprozenthürde helfen. Auch dem „verhinderten Bundeskanzler“, SPD-Chef Martin Schulz, wird diese nicht ins Kanzleramt helfen. Weder Grüne noch SPD wollen in dieser Zeit Deutschland dienen, sondern nur ihrer Eitelkeit und Pöstchensuche frönen. **Dieter Kassenbeck, Rheine**

Auf Nimmerwiedersehen in Jamaika

Zu: „Der Feind in den eigenen Reihen“ (Nr. 45) und: Stille Verwesung (Nr. 45)

Welche sich erdreistende Macht drückt den deutschen Behörden der Polizeiclan- und/oder asylvernetzte Afrikaner, Araber, Türken, Afghanen, Syrer ohne Überprüfung der Personen zur Einstellung (Beamte) auf? Jeder deutsche Bewerber muss zwingend ein einwandfreies polizeiliches Führungszeugnis vorlegen und eine Befähigung für den Polizeiberuf mindestens erkennen lassen.

Wenn die bisherigen Regierungen Merkel mit oder ohne Billigung des jeweils dazugehörenden Bundestags solchen Druck auf Polizei und Behörden ausgeübt haben, wird eine neue Regierung Merkel noch dreister zuschlagen.

Es wäre diesen Leuten einer Jamaika-Regierung, die nun nicht zustande kam, mit Nachdruck geraten gewesen, ihren asylierten Anhang, Clans, sowie deren unterstützende Gutmenschen in selbiges Land Jamaika mitzunehmen. Den asylierten Teil der Polizei zum Schutz in ihrem neuen Land gleich mit ins Gepäck. Auf Nimmerwiedersehen!

Ein total befreiender Gedanke: Wir schaffen das! Dem Deutschen Volke (siehe auch die Widmung des Reichstags), dem deutschen Volke blieb der jamaikanische Kessel Buntes im Reichstag alternativlos erspart. **Werner Haase, Steingaden**

Verbrechersyndikat

Zu: Noch eins (Nr. 47) und: Ein Denkmal gegen die SFVV (Nr. 47)

Für historische Ereignisse, die ein dreiviertel Jahrhundert zurückliegen, wird das deutsche Volk seit Jahrzehnten Tag für Tag drangsaliert, immerwährende Verantwortung zu tragen, zu büßen und zu zahlen, bis in alle Ewigkeit, während der Millionen Opfer unseres Volkes nach dem Krieg überhaupt nicht gedacht wird, sondern diese vergessen sind.

Zudem: Wie soll die Integration von Millionen Deutschen mit fremden Wurzeln gelingen und die Bereitschaft dieser Landsleute gestärkt werden, sich uneingeschränkt zu Deutschland zu bekennen, wenn bei ewiger Fortsetzung der einseitigen Vergangenheitsbewältigung den „neu Hinzugekommenen“ vor Augen geführt und ihnen zugemutet wird, sich gleichsam zu einem „Verbrecher-Syndikat“ bekennen zu sollen? **Peter Lauer, Hannover**



Deutsche Schrift: Nur noch wenige Kalligrafen beherrschen die von Karl Sütterlin vereinfachte Deutsche Kurrentschrift Bild: ddp images

Kanzler Lindner

Zu: Der Schock von Berlin (Nr. 47)

Etwas mehr als neun Wochen sind vergangen, seit wir den neuen Bundestag gewählt haben. Und viele Politiker üben sich seitdem im Machterhalt. Deswegen sind auch die Gespräche zwischen den Parteien so fruchtlos verlaufen. Und wenn dann FDP-Chef Christian Lindner aus dieser Runde aussteigt, ist das Geschrei groß. Warum eigentlich? Nur, weil jetzt einer der Politiker nun einmal „Tacheles“ gesprochen hat.

Deswegen, Herr Parteivorsitzender Christian Lindner, werfen Sie ihren Hut in den Ring, fordern Sie, zum Bundeskanzler gewählt zu werden, machen Sie eine Minderheitsregierung mit der CDU und verwirklichen Sie Ihre Wahlziele, die uns von Ihrer Partei im Wahlkampf versprochen wurden! Und Sie werden durch die CDU Unterstützung haben, und andere werden diesen Meinungen und Entscheidungen zustimmen. **Alfred Meyer, Hamburg**

Dumme Spezies

Zu: Schöne Welt. Arme Welt (Nr. 43)

Glückwunsch, ein gelungener Beitrag von Frau Herman über das Verhältnis zwischen dem US-deutschen Kulturanthropologen Wolf-Dieter Storl und dem Indianer-Häuptling des Stammes der Mi:kmak und deren Einstellung und Respekt vor der Natur, und dass diese Natur den nachfolgenden Generationen zur Verfügung gestellt werden muss.

Der kanadische Astrophysiker Hubert Reeves hat dazu Folgendes gesagt: „Der Mensch ist die dümmste Spezies. Er verehrt einen unsichtbaren Gott und zerstört eine sichtbare Natur, ohne zu wissen, dass er mit der Zerstörung der sichtbaren Natur den unsichtbaren Gott zerstört, den er verehrt!“ **Victor Zander, Würzburg**

Eine große Schrift voraus

Zu: Als die deutsche Schrift „jüdisch“ wurde (Nr. 45)

Dass „alle Deutschen“ 1941 die von Karl Sütterlin entworfene Schreibschrift verwendet haben, ist füglich zu bezweifeln, auch trifft nicht zu, dass vor Einführung der Sütterlin-Schrift in deutschen Schulen „unterschiedliche Schriftarten“ gelehrt und es deshalb „das reine Buchstaben-Chaos“ gegeben habe, wie Ihr Autor meint.

In Deutschland wurde Schülern nie „eine Fraktur, wie sie in England geschrieben wurde“, gelehrt, zumal im Artikel diese „Fraktur“ im folgenden Satz als „Kurrentschrift“ bezeichnet wird. Verbindlich für den schulischen Unterricht war vielmehr die sogenannte „Deutsche Kurrent(schrift)“, die nach der Reichsgründung aufgrund eines Wettbewerbs ausgewählt und in kurzer Zeit in allen deutschen Gliedstaaten eingeführt wurde.

Die „Deutsche Kurrent“ konnte korrekt nur mit einer Stahlfeder geschrieben werden, was bei richtiger Anwendung keineswegs zur „Kleckserei“ führte. Nur mit der Stahlfeder ist es nämlich möglich, durch variablen Druck auf das Schreibwerkzeug die für die Buchstaben der „Deutschen Kurrent“ kennzeichnenden schmalen „Aufstriche“ und breiteren „Abstriche“ zu erzeugen.

Auch kann nicht davon die Rede sein, dass bei der „Deutschen Kurrent“ „sich die Buchstaben schräg nach rechts … neigen.“ Der Autor verwechselt offensichtlich die Bezeichnung für die nach rechts geneigten Buchstaben der Druckschriften mit den „fortlaufenden“ (lateinisch „currere“ = laufen), nämlich ohne Abstände zwischen den Einzelbuchstaben eines Wortes bei handschriftlich erzeugten Texten.

Mit dem Aufkommen von Füllfederhaltern war eine Breitendifferenzierung von Strichstärken nicht mehr möglich und wurde auch bei der Anwendung der „Deutschen Kurrent“ zunehmend vernachlässigt. Die Folge war, dass die gleichbleibende Strichstärke von Sütterlins Schriftentwurf bald auch in Kultusministerkreisen Gefallen fand und im Schulunterricht eingeführt wurde.

Einem Schriftsteller, der die Leser über Schriftarten informiert, sollte nicht unbekannt sein, dass das Wort „Fraktur“ (von lateinisch „frangere“ = brechen) wohl seit dem 18. Jahrhundert Druckbuchstaben bezeichnet, deren Merkmal die „gebrochenen“ Schäfte sind. **Carz Hummel, Wedemark**

Einfache Physik

Zu: „Unverändert besorgt“ (Nr. 46)

Wenn die Autoindustrie so besorgt ist, warum nutzt sie dann nicht den jahrzehntealten Vorschlag, den Auspufftopf in einen mit Wasser zugeführten Kreislauf zu bringen, damit am Ende nur Wasser heraustropft, statt dass Kohlendioxid (CO_2) herausgepustet wird?

Man sollte meinen, der heutigen Industrie sei Technik und Material gegeben, dies exakt umzusetzen, sodass es keine „Stinker-Autos“ mehr geben müsste. Jedem Schüler, der Physik-Unterricht hatte, wurde eingebläut, dass Wasser CO_2 aufnimmt und neutralisiert. Eine Kanzlerin, die angeblich Physik studierte, weiß das nicht? Ja, was denn nun? **Elke Barby, Gehrden**

Kein Wunder

Zu: Zerbrochen, verbrannt, geköpft (Nr. 47)

Wenn auch naive oder ignorante bayerische Politiker für den Feind des Christentums, insbesondere des Katholizismus, bereitwillig die Gebetsteppiche ausrollen, indem sie Islamzentren und immer mehr Moscheebauten begünstigen sowie schariakonforme Privilegien erteilen, so müssen sie sich nicht wundern, wenn die Anhänger des perfiden Plans eines weltherrschaftslüsternen Propheten das als Ermunterung auffassen, zunächst schon einmal die christlichen Symbole zu zerschlagen.

Und was folgt danach? Wurde das bayerische Volk schon befragt, ob es letztendlich unter der totalitären, menschenrechtsverachtenden und rassistischen Islam-Ideologie leiden will? **Gisela Recki, Troisdorf**

Merkels Abenddämmerung hat begonnen

Zu: Sturm über „Jamaika“ (Nr. 42)

Ich bin kein Parteigänger der FDP, aber ich muss in der aktuellen Situation feststellen: Christian Lindner, Spitzenkandidat und Bundesvorsitzender der FDP Deutschland, hat völlig recht, wenn er festhält, dass Kanzlerin Merkel bei der Bundestagswahl einen deutlich spürbaren Autoritätsverlust erlitten hat. Sie hat – trotz höherer Wahlbeteiligung – für die CDU das schlechteste Resultat seit 1949 eingefahren.

Es ist noch nie dagewesen, dass in der Bundesrepublik eine Koalition aus vier Parteien gebildet werden sollte (Ausnahme 1949: Kabinett Adenauer I, Koalition von CDU/CSU, FDP und DP), dass sich der Bundestag aus sieben Parteien, sechs Fraktionen (Ausnahme 1949: sieben Fraktionen) zusammensetzt, und dass der Merkel-Intimus Kauder mit einem so geringen Ja-Stimmenanteil als Fraktionsvorsitzender bestätigt worden ist. Die Landtagswahlen in Niedersachsen haben die schlechte Position der CDU bestätigt: das schlechteste Resultat seit 1963.

„Ab morgen kriegen sie in die Fresse“, sagte Andrea Nahles, nachdem die SPD in der Bundestagswahl das schlechteste Resultat seit Bestehen der Bundesrepublik erzielt hat – und prompt verbessert die SPD ihren Stimmenanteil

Es ist eine neue Zeit angebrochen

in der Landtagswahl von Niedersachsen und wird die stärkste Partei. Sicher: Der populäre Ministerpräsident Stephan Weil hat das Seine dazu beigetragen. Es war sehr vernünftig, dass die Bundes-SPD in die Opposition wollte, um sich von Merkelschen „Auslaugprozess“ zu erholen.

Herr Lindner hat recht: Die CDU muss in den nächsten vier Jahren eine Debatte über die Nachfolge von Frau Merkel eröffnen – und mit einer frischen, deutlich jüngeren Kraft in die nächste Bundestagswahl steigen.

Die FDP hat auch völlig recht, wenn sie „nicht einfach den ausgetretenen Pfaden der Union folgen will“. Die FDP ist gewarnt, nachdem sie hat erleben müssen, wie Bundeskanzlerin Merkel Guido Westerwelle einfach ins Leere laufen ließ. So gesehen war die Forderung der FDP nach dem Posten des Finanzministers völlig konsequent. Sie brauchte diesen Posten, damit sie von der Bundeskanzlerin ernst genommen werden muss – und etwas anderes kommt gar nicht in Frage angesichts der Haltung von Bundeskanzlerin Merkel: „Ich sehe nicht, was wir anders machen sollten.“ Nicht nur Herr Lindner, sondern noch viele andere FDP-Mitglieder erfüllen die vom ehemaligen Finanzminister Schäuble formulierte Voraussetzung für seinen Nachfolger: „Die Grundrechenarten sollte man können.“

Es ist keine Bestätigung des Kanzlerwahlvereins und damit kein Verdienst von Frau Merkel, wenn die CDU mit ihrem schlechten Ergebnis doch noch die stärkste Partei ist. Etwas anders war – bezüglich der Zweitstimmen – seit Bestehen der Bundesrepublik bis auf 1972 noch nie der Fall, wenn man vom Patt mit der SPD bei den Wahlen 2005 absieht.

»Jamaika« entsprach nicht Wählerwillen

Ich hoffe, dass Herr Lindner seine Haltung im Interesse der Bundesrepublik nicht ändern wird. Es ist eine neue Zeit angebrochen. Das ist das Resultat von zwölf Jahren Merkel-Regierung.

„Jamaika“ entsprach in keiner Weise dem Wählerwillen, wie da und dort behauptet wird. Die daran beteiligten Grünen haben von allen im Bundestag vertretenen Parteien am wenigsten Zweitstimmen erhalten. Die AfD, die drittstärkste Partei dagegen, wird einfach übergangen, obschon jeder achte Wähler ihr seine Stimme gegeben hat, obschon die CDU durch ihr stetes Nach-links-Rükken der AfD Platz freigemacht hat.

Da „Jamaika“ nun gescheitert ist, was nur möglich war, weil die Lindner-FDP nicht eingeknickt ist, so könnten Neuwahlen der Union wie der SPD jetzt die Gelegenheit bieten, mit einem neuen Kandidaten oder einer neuen Kandidatin ins Rennen zu steigen. Das kann Deutschland nur guttun.

Wie auch immer, eines steht fest: Angela Merkels Abenddämmerung ist unumkehrbar angebrochen. **Dr. Jürg Walter Meyer, Leimen bei Heidelberg**

Komplizierte Nuss

Zu: Wo die Maronen blühen (Nr. 44)

Hierzulande sammeln Kinder Kastanien zur Fütterung von Tieren, während in Portugal daraus köstliche Spezialitäten gezaubert werden. Was die Kinder hier sammeln sind Rosskastanien (Botanisch: „Aesculus hippocastanum“). Die Maronen dagegen kommen von der Esskastanie (Botanisch: „Castanea sativa“). Die beiden Baumarten gehören unterschiedlichen Familien, ja sogar verschiedenen Pflanzenordnungen an, sollten somit nicht verwechselt werden. **Prof. Dr. Klaus Müller, Ascheberg**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Exilheimat für Sinterklaas

Potsdams bunte weihnachtliche Vielfalt – Adventsmärkte auf Holländisch, Russisch, Böhmisch und Polnisch

Potsdam ist bereits ganz auf Weihnachten eingestellt. Bei abendlichen Spaziergängen werden die Besucher zu den vielen Adventsmärkten der Brandenburger Landeshauptstadt geführt.

Holländisches Handwerk, böhmische Spezialitäten, russische Märchen, polnische Folklore – Potsdam besinnt sich in der Adventszeit einmal mehr auf Traditionen, die nicht nur von prachtvollen Schlössern und Gärten geprägt sind. Beeindruckende Zeugnisse der Geschichte sind auch das Holländische Viertel, die Webersiedlung und die russische Kolonie Alexandrowka im Norden der Stadt. Besucher sind eingeladen auf einen weihnachtlichen Spaziergang durch die brandenburgische Landeshauptstadt, wo man die ganz besondere Potsdamer Geschichte und besonders skurrile Geschichten erleben kann.

Friedrich Wilhelm I., besser bekannt als Soldatenkönig, wollte für die Erweiterung seiner Garnisonsstadt unbedingt holländische Handwerker anwerben. Geschuldet war das zum einen seiner Vorliebe für holländische Kultur und Architektur, zum anderen galten holländische Handwerker als sehr fleißig und erfahren. Und so kam ihm die Idee, in Potsdam eigens für die Handwerker ein Wohnviertel im holländischen Stil zu bauen. Damit, so glaubte der König, könne er die Stadt den Holländern schmackhaft machen.

Als einer der ersten kam Zimmerermeister Jan Bouman, der die Pläne des Königs ab 1732 umsetzte. Unter seiner Leitung entstanden innerhalb von zehn Jahren 134 Häuser. Doch der große Zuzug holländischer Handwerker blieb aus. Nur wenige ließen sich aus dem wohlhabenden und fortschrittlichen Holland ins provinzielle Potsdam locken. Und so zogen mit den Jahren Handelsvertreter, Künstler, Gewerbetreibende und Soldaten mit ihren Familien in die Holländerhäuser.

Heute schmückt sich die sanierte und denkmalgeschützte Siedlung, die liebevoll auch „Klein-Amsterdam“ genannt wird, mit Galerien und Ateliers, Restaurants und Cafés. Und jedes Jahr zur Weihnachtszeit wird ein besonderer holländischer Gast erwartet: der in seiner Heimat wegen seines dunkelhäutigen Gehilfen, dem „Zwarten Piet“, in der jüngsten Vergangenheit vom politisch korrekten Zeitgeist als kolonialer Ausbeuter verfemte Sinterklaas.

Am 9. Dezember ankert Sinterklaas mit seinem Gefolge im Potsdamer Hafen und zieht von dort aus auf einem Schimmel und begleitet von seinen Helfern, den – weißen! – Pieten, ins Holländische Viertel, wo er sich wie im alten Holland fühlen kann. Inmitten der ziegelroten Backsteingebäude duftet es nach Poffertjes, Genever und Zimtlikör. Handwerker zeigen, wie die berühmten Holzklompen entstehen, flechten Körbe und backen Kniepertjes.

Friedrich der Große wiederum lockte während seiner Regierungszeit protestantische Weber aus Böhmen nach Potsdam. Er versprach ihnen neben Steuer- und Religionsfreiheit auch ein Haus und ein kleines Stück Land. So entstand ab 1750 in Babelsberg das Weberviertel mit rund 200 kleinen Häusern und einer Kirche, die nach Plänen Boumans erbaut wurde, der es vom holländischen Zimmerermeister zum königlich-preußischen Oberbaudirektor geschafft hatte.

Nach dem Fall der Mauer wurde das Weberviertel des „Alten Fritz“ grundlegend saniert und zieht heute mit Restaurants, kleinen Geschäften, Floh-, Bauernmärkten und mit einem böhmischen Weihnachtsmarkt die Besucher an.

Auf dem Weberplatz an der Friedenskirche präsentieren sich am zweiten Adventswochenende Handwerker, Händler, Künstler, Gastwirte, Musikkapellen und auch eine böhmische Kristallfee (siehe auch die Informationen dazu im Artikel unten). Und wer nach dem weihnachtlichen Trubel etwas Ruhe sucht – vom Weberviertel ist es nur ein Katzensprung zum romantischen Park Babelsberg, der von den Gartenkünstlern Peter Joseph Lenné und Fürst Hermann von Pückler-Muskau gestaltet wurde.


Bild: TMB-Fotoarchiv, Ulf Böttcher

Lichterglanz rund um Potsdams Brandenburger Tor: Weihnachtsmarkt auf dem Luisenplatz

Mit ihren Holzhäusern mutet sie an wie ein typisch russisches Dorf – die Siedlung Alexandrowka im Norden der Stadt. Dort wird es am zweiten Adventswochenende erstmals einen Weihnachtsmarkt geben – mit Lagerfeuer, russischen Märchen, Pelmeni (mit Fleisch gefüllte Teigtaschen), Blini (fladenförmige Eierkuchen) und Tee aus dem Samowar. Ganz russisch eben.

Denn die Siedlung hat eine russische Geschichte: König Friedrich Wilhelm III. von Preußen ließ sie 1826/1827 zum Gedenken an seinen Freund, den Zaren Alexander I., bauen, mit dem er siegreich gegen Napoleon gekämpft hatte. Und so entstanden nach dem Vorbild des Dorfes Glasowo im Park von Pawlowsk Blockhäuser mit großen Obstgärten für zwölf russische Soldaten eines Sängerchors. Allerdings durften die Gehöfte weder verpachtet, verpfändet oder verkauft und nur an männliche Nachkommen vererbt werden.

Eigens für die Kolonisten wurde auf dem nahen Kapellenberg auch eine Kirche gebaut, die seither als orthodoxes Gotteshaus genutzt wird. Sie gilt als die älteste russisch-orthodoxe Kirche in Westeuropa und gehört wie die Siedlung Alexandrowka zum Weltkulturerbe. Der letzte Sängernachfahre starb übrigens 2008. Heute sind die meisten Häuser in Privatbesitz. Haus 1 ist ein Restaurant, Haus 2 ein Museum.

An der orthodoxen Alexander-Newski-Kapelle vorbei führt ein Weg hinauf zum Schlossensemble Belvedere. König Friedrich Wilhelm IV., ein großer Freund Italiens, hat die Anlage bauen lassen. Vorbild für das pompöse Bauwerk auf dem Pfingstberg sind unter anderem die Villa Medici in Rom, die Villa d'Este in Tivoli und das Casino der Villa Farnese in Caprarola.

Am ersten Adventswochenende verwandelte sich auch das Belvedere zum ersten Mal in einen Weihnachtsmarkt. Die Arkaden wurden beleuchtet, Händler boten hochwertiges Kunsthandwerk an, und Musiker sorgten für festliche Stimmung.

Wenn am Heiligabend der erste Stern am Himmel leuchtet, so heißt es, dann beginnt in Polen das Weihnachtsfest. Und getreu dieser Tradition veranstaltet Brandenburgs Nachbarland in Potsdam einen Sternenmarkt auf dem Kutschstallhof am Neuen Markt – mit polnischen Künstlern und

Richtig orthodox mit den Kolonisten feiern

Kunsthandwerkern, Thorner Lebkuchen und schlesischem Mohnkuchen.

In der historischen Gewölbehalle präsentieren sich deutsch-polnische Vereine und touristische Regionen Polens. Der Kutschstall, der zum Potsdamer Stadtschloss gehörte und in dem einst die Pferde für die königlichen Kutschen untergebracht waren, beherbergt heute das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte. Vom 15. Dezember bis zum 1. Januar werden dort unter dem Motto „Weihnachtswald im Kutschstall“ Weihnachtsbäume zu sehen sein, die von Potsdamer Schülern, Fußballerinnen und Wissenschaftlern geschmückt worden sind.

Barbara Eising

Mehr Infos über das weihnachtliche Potsdam im Internet unter: www.potsdamtourismus.de

Wo die Kristallfee herabschwebt

Advent jenseits der großen Städte – Von Bückeburg bis Lindau stimmt man sich auf eigene Weise auf Weihnachten ein

Trotz Terrorgefahr lassen sich die Deutschen die Weihnachtsstimmung nicht vermiesen. Und so finden auch in diesem Jahr wieder zahlreiche gut mit Betonpollern gesicherte Weihnachtsmärkte mit besonderem Flair in historischer Umgebung oder vor prächtiger Naturkulisse statt. Als Begleitprogramm zum üblichen Lichterglanz und kommerzialisierten Budenzauber erzählen eigene Traditionen von der einstigen Bedeutung dieser Orte. Einen Eindruck von der Vielfalt erhält man bei einer Vorschau auf einige der schönsten Weihnachtsmärkte abseits vom Trubel der Metropolen.

Annaberger Weihnachtsmarkt in Annaberg-Buchholz, Sachsen:
Als Start des idyllischen Weihnachtsmarktes in der Berg- und Adam-Riese-Stadt Annaberg-Buchholz fand am 1. Dezember um 17 Uhr das Anschieben der Großen Marktpyramide statt. Den Gästen wurden zunächst die 18 Schnitzfiguren auf der zwölf Meter hohen Pyramide vorgestellt, welche historische Personen aus der Stadt- und Bergbaugeschichte darstellen. Diese erwachten zum Leben und stiegen von ihrem Sockel herunter.

Auf dem Weihnachtsmarkt findet man neben regionalen Gaumenfreuden vor allem traditionelle Handarbeiten wie Klöppelspitze und Posamenten aus Annaberg und dem Obererzgebirge sowie erzgebirgische Holzkunst. Unter den Sonderveranstaltungen sticht der „Wichteladvent“ für Kinder am Sonntag, dem 17. Dezember, hervor. Adventskonzerte und Mettenspiele finden in der St.-Annen-Kirche statt, so der Bergmannsadvent mit Bergandacht und anschließendem Knappschaftsaufmarsch am Sonntag, 10. Dezember.

Höhepunkt und Abschluss ist die Große Bergparade durch das Zentrum von Annaberg-Buchholz am Samstag, 23. Dezember, ab 13.30 Uhr. Trachtenkapellen aus den Bergbauregionen Sachsens und anderen Bundesländern sind angekündigt. Dauer: bis 23. Dezember von 10 bis 19 Uhr, Freitag bis Sonntag bis 20 Uhr, Internet: www.annaberg-buchholz.de

Altdeutscher Weihnachtsmarkt Bad Wimpfen, Baden-Württemberg:
Einer der ältesten Weihnachtsmärkte Deutschlands ist der Altdeutsche Weihnachtsmarkt in der denkmalgeschützten Altstadt von Bad Wimpfen. 1487 verlieh Kaiser Friedrich III. der damaligen Reichsstadt Wimpfen das Privileg, vor Weihnachten einen Markt abhalten zu dürfen. Der Weihnachtsmarkt wurde am 1. Dezember um 17 Uhr vom Fanfarenzug der Stadt angeblasen. 120 Buden mit kunsthandwerklichen Angeboten, Handarbeiten und weihnachtlichen Köstlichkeiten säumen die vom Lichterglanz erhellten Gassen der Kurstadt am Neckar. Vom Blauen Turm der ehemaligen Königspfalz lassen die Turmbläser festliche Weihnachtschoräle erklingen.

Im historischen Wormser Hof präsentiert in diesem Jahr Italien als Gastland die Spezialitäten seiner Regionen. Eine Krippenausstellung im Alten Spital lädt die Besucher zum Innehalten ein.


Bild: Weihnachtsmarkt Bad Wimpfen

Viel Andrang: Altdeutscher Weihnachtsmarkt in Bad Wimpfen

Geführten Gruppen öffnen sich sonst verschlossene Türen zu Orten, wo man bei einem guten Tröpfchen Wimpfener Kräuterlikörs einiges über alte Riten und Bräuche erfährt.

Der Altdeutsche Weihnachtsmarkt ist an den Adventswochenenden freitags von 12 bis 21.30 Uhr, sonnabends von 11 bis 21.30 Uhr sowie sonntags von 11.30 bis 20 Uhr geöffnet. Informationen im Internet unter: www.weihnachtsmarkt-badwimpfen.de

Weihnachtszauber auf Schloss Bückeburg, Niedersachsen:
Nach 16 Jahren ist der „Weihnachtszauber“ auf Schloss Bückeburg, dem Stammsitz des Adelshauses Schaumburg-Lippe, eine weithin bekannte und sehr gut besuchte Festlichkeit zur Adventszeit. Mit 220 Ausstellern aus dem In- und Ausland ist ein abwechslungsreiches Angebot garantiert, wobei das diesjährige Motto „Sternenstunden – alles was glänzt“ sicherlich voll zur Geltung kommt.

Täglich um 16.45 Uhr werden Weihnachtslieder vom Balkon des Schlosses vorgetragen. Theaterrevue und winterlich-weihnachtliche Musik mit Lichtergala sind weitere regelmäßige Programmpunkte. Ein beliebter Dauerbrenner sind die Reitvorführungen der Fürstlichen Hofreitschule.

Der Weihnachtszauber ist nur noch bis 10. Dezember geöffnet. Am Freitag und Sonnabend findet er von 10 bis 21 Uhr und am Sonntag bis 19 Uhr statt. Weitere Infos und Eintrittspreise: Landpartie Schloss Bückeburg GmbH & Co. KG, Telefon (0441) 13138, Internet: www.weihnachtsgruppen-schloss-bueckeburg.de

Böhmischer Weihnachtsmarkt in Potsdam-Babelsberg, Brandenburg:
Auf dem Weberplatz im historischen Weberviertel von Potsdam-Babelsberg findet am zweiten Adventswochenende wieder der bezaubernde Böhmische Weihnachtsmarkt statt. Das Weberviertel entstand seit 1750 unter Friedrich II. als Zufluchtsort für böhmische Protestanten.

Rund um die Friedrichskirche reihen sich die Stände von 130 Händlern, Handwerkern, Gastwirten und Künstlern aus Deutschland und Tschechien. Der Schwerpunkt ihres Angebots liegt auf zeitgenössischer, mittelalterlicher und böhmischer Handwerkskunst. Musikgruppen bringen die Besucher mit ihrem Spiel auf alten Instrumenten in vorweihnachtliche und böhmische Stimmung.

Der von der Böhmischen Kristallfee eröffnete Weihnachtsmarkt lädt am 9. Dezember um 16 Uhr die Marktbesucher zum Adventssingen im Freien mit dem Gospelquartett ein. Der Böhmische Weihnachtsmark ist Freitag von 17 bis 22 Uhr, Sonnabend von 11 bis 22 Uhr und Sonntag von 11 bis 19 Uhr geöffnet. Internet: www.potsdam-tourismus.de

Lindauer Hafenweihnacht in Lindau am Bodensee, Bayern:
Mit seiner festlich geschmückten Altstadt und den Marktbuden am Seehafen verwandelt sich die Inselstadt Lindau in eine Weihnachtsinsel. Schon am Wochenende vor dem ersten Advent begann der stimmungsvolle Lindauer Weihnachtsmarkt mit Ausblick auf den Bodensee und das schimmernde Alpenpanorama.

Für die kleinen Weihnachtsmarktbesucher wurde ein zauberhafter Märchenwald aus Vorarlberger Tannen kreiert und aufgebaut. Im Chor der Kirche St. Stephan steht wieder die von Jahr zu Jahr vergrößerte Naturkrippe. Die Lindauer Hafenweihnacht wird nicht nur von einem musikalischen, sondern auch von einem abwechslungsreichen touristischen Programm umrahmt. Die Lindauer Hafenweihnacht läuft bis zum 17. Dezember und ist von Donnerstag bis Sonntag jeweils von 11 bis 21 Uhr geöffnet, Infos im Internet: www. lindauer-hafenweihnacht.de *D. Jestrzemski*

Schicksalhafte Familiengeschichte im Kalten Krieg

Die Autorin Nina Willner beschreibt in ihrem Buch „Vierzig Herbste“ sehr eindrucksvoll das Leben ihrer Angehörigen vom ersten Tag nach der deutschen Kapitulation bis zur Wiedervereinigung. Sie alle wurden von der Entwicklung der DDR auf ihre Art geprägt, auf die jeder unterschiedlich reagierte. Großvater Karl, der Schreckliches in US-Gefangenschaft erlebte, stellt sich der sowjetischen Besatzungsmacht zur Verfügung und wird zum Ideal des kommunistischen Erziehers. Bald aber zweifelt er und zerbricht innerlich. Nur noch das Wohl seiner Familie erscheint ihm wichtig. Dasselbe gilt für seine Frau Erna, die gottesfürchtig und rechtschaffen ist. Sie bedauert, dass ihr Sohn aus naivem Idealismus begeisterter Kommunist wird. Enkelin Hanna gelingt unter abenteuerlichen Umständen die Flucht in den Westen, niemand in der Familie wusste von dem Plan.

Der Leser erlebt den wachsenden Druck des SED-Regimes und die Berliner Blockade. In der DDR entsteht der Staatssicherheitsdienst mit seinem Spitzelsystem. „Was wird aus unserem Land“, fragt sich die Oma, „wenn eine Mutter nicht einmal ihren Kindern trauen kann und diese nicht mehr ihren Eltern?“ Hanna ist im Hauptquartier der US-Armee angestellt, was sie leichtsinnigerweise ihren Eltern schreibt. Wurden Omas Anträge, sie besuchen zu können, bisher abgelehnt, so darf sie nunmehr reisen; Bedingung ist, diese in die DDR zurückzuholen und bei den Amerikanern „ein paar spezielle Dinge für ihr Land zu tun“ – was Oma gar nicht versucht.

Nach der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 wird die Fluchtwelle noch stärker. Hanna lernt einen US-Offizier kennen. 1958 heiraten sie, angesichts ihrer DDR-Herkunft nicht ohne Schwierigkeiten. Ihre Eltern dürfen sie zu ihrem Erstaunen bald in Heidelberg besuchen – mit der Weisung, möglichst viel über ihren Schwiegersohn und seinen Zugang zu Geheimsachen zu erfahren. Opa, der einen kritischen Brief an Ulbricht schrieb, wird als Lehrer entlassen und aus der SED ausgeschlossen – er ist ein alter, gebrochener Mann. Ist es Zufall, dass Heidi als einziges im Haus verbliebenes Kind nur schwer eine Arbeitsstelle findet? Bei einem Telefonanruf von Hanna, die mit ihrem Mann inzwischen in den USA lebt, ist die Leitung schnell tot.

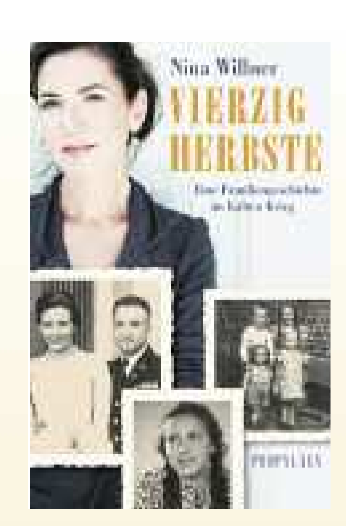
Unter Honecker verbessert sich das DDR-Alltagsleben. Ein Grund dafür dürfte der Freikauf Bonns von politischen Häftlingen sein – etwa eine Milliarde Dollar bringt dieser Menschenhandel. Oma stirbt, bis zuletzt glaubte sie an ein Wiedersehen der gesamten Familie. Honecker, der die internationale Anerkennung anstrebt, fördert massiv den DDR-Sport. Heidis Tochter Cordula wird ins Nationalteam aufgenommen. Zu etwa gleicher Zeit tritt Nina, Tochter des deutsch-amerikanischen Ehepaars, dem Geheimdienst der US-Armee bei. Bald wird sie in West-Berlin als erste Frau der US-Militärverbindungsmission zugeteilt, die geheimdienstliche Operationen in der DDR durchführt: Gilt es doch, die dortige militärische Lage zu erkunden.

Im fernen Moskau leitet Gorbatschow angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs seines Landes etliche Reformen ein, während Honecker diese hartnäckig ablehnt. Cordula wird Mitglied im Trainingsteam für die Olympischen Spiele. Um ihre einzigartige Perspektive nicht zu gefährden, bricht Heidi jeglichen Kontakt zum Westen ab.

Im August 1989 beginnen in der DDR größere Demonstrationen. Im Gegensatz zu 1953 fühlen sich die Menschen gestärkt durch ihre Gewissheit, auf den Beistand Gorbatschows bauen zu können; hatte er doch erklärt, sie hätten das Recht, ihre Zukunft selber zu bestimmen. Am 9. Oktober erlebt Leipzig 300 000 Demonstranten mit ihrer Parole „Wir sind das Volk!“ Erstmals müssen die vielen eingesetzten Bereitschaftspolizisten vor ihnen zurückweichen. Doch während viele im Westen darin den Anfang vom Ende der DDR sehen, glaubt man in der Familie, all diese Unruhen seien Teil eines großen Täuschungsmanövers der Stasi mit dem Ziel Abtrünnige aufzuspüren und einzusperren.

40 Jahre nach ihrer Flucht, fliegt Hanna in ihre Heimat, um die ganze Familie wiederzusehen. Wer würde die Stunden tief empfundener Ergriffenheit, grenzloser Freude nicht verstehen – aber auch der Trauer um all jene, die jenen Tag nicht mehr miterleben durften.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Nina Willner: „Vierzig Herbste“, *Propyläen-Verlag Berlin 2017, gebunden, 427 Seiten, 25 Euro*

Väter als Vorbilder

Bjørn Thorsten Leimbach nennt sich auf seiner Werbeseite „führender Autor, Trainer und Männercoach im deutschsprachigen Raum“. Bescheidenheit ist seine Sache nicht, das spürt man beim Lesen der ersten Seiten seines neuen Buches „Bevaterung. Warum Kinder den Vater brauchen“. Darin wendet er sich mit einer durchaus interessanten Melange von alten und neuen Verhaltenstipps für Väter an eben dieselben sowie an Männer, die es noch werden wollen. „Ich möchte mit der Einführung des Begriffs Bevaterung eine neue Pädagogik vorstellen“, erklärt er. Der Begriff entstand als komplementäres Wort zu „Bemutterung“. Der Autor möchte ein positives Bild davon vermitteln, was den Unterschied zwischen Vater und Mutter bei ihrem Umgang mit den Kindern ausmacht. Väter sollen sich ihrer Verantwortung als männliches Vorbild bewusst werden.

Autor kritisiert feminine Erziehung

Darüber hinaus drängt er dem Leser seine extremen Überzeugungen auf, wovon der Klappentext aber nichts verrät. Kritisch zu bewerten ist vor allem Leimbachs einseitige, schon als Ideologie zu bezeichnende Lehrmeinung, wonach in der Gesellschaft ein „Mutterchauvinismus“ vorherrsche. Im Kontrast dazu entwirft er ein ziemlich einseitiges, klischeehaftes Idealbild von Männlichkeit, das an die harten Typen aus Cowboyfilmen erinnert. Seine Kernthese lautet: So ziemlich alle angeblichen Benachteiligungen von Jungen und manche Verhaltensauffälligkeiten der männlichen Jugend seien „unserer femininen Erziehung“ geschuldet: „Ich behaupte, dass speziell Jungen durch unser Schulsystem ihrer Männlichkeit beraubt werden und alles Maskuline abgetrennt wird.“

Der Einfluss des Feminismus auf die Erziehung seit den 1970er Jahren habe dazu geführt, dass „der Status von Jungen erniedrigt und der von Mädchen erhöht“ werde. Hier findet er auch die Ursache dafür, dass Jungen mehr zur Spiel- und Computersucht neigen als Mädchen. Natürlich bewegt er sich dabei auf vermintem Gelände, da so weit reichende Generalisierungen nicht mit empirisch ermittelten Daten zu untermauern sind. Selbst in seiner Literaturliste findet sich kein Titel, der in diese Richtung weist. Etliche Allgemeinplätze ließen sich dagegen leicht mit Hinweisen auf fachwissenschaftliche Veröffentlichungen abstützen, was dem Buch wohl den erwünschten wissenschaftlichen Anstrich verleihen sollte.

Generell sind verallgemeinernde Aussagen zu soziokulturellen Faktoren mit Vorsicht zu genießen. Umso mehr, wenn immer wieder Erzieherinnen und Lehrerinnen – Lehrer passen nicht so ganz in dieses Schema – an den Pranger gestellt werden, und zwar gerade diejenigen, die nicht aus Prinzip zusehen, sondern schlichtend eingreifen, wenn Rangeleien zwischen Jungen um ihren Status in der Gruppe hart ausgetragen werden.

Leimbach wendet sich dagegen, argumentiert, Hierarchien seien schon immer durch Konkurrenz festgelegt worden. Damit propagiert er das Recht des Stärkeren unter Vermeidung der Frage, wie der Sieger wohl mit dem unterlegenen Rivalen umgehen wird. Man kann dies nur so verstehen, dass er Erziehungsberechtigten den Rat erteilt, dem Mobbing in der Schulklasse und auf dem Spielplatz seinen Lauf zu lassen. Das hätte nicht stattfinden sollen: Eltern und Lehrern ein Deckmäntelchen für Herzenskälte anzubieten, verbrämt mit der „löblichen“ Absicht, der „Feminisierung des Lebensalltags“ Einhalt zu gebieten. Es sei außerdem daran erinnert, dass stille, zurückhaltende Charaktere durch Wegschauen untergehen können.

Dabei wird nicht bestritten, dass das Buch durchaus brauchbare Ansätze präsentiert. Nur sollte man wegen der allgemeinen Tendenz Vorsicht walten lassen.

Dagmar Jestrzemski



Bjørn Thorsten Leimbach: „Bevaterung. Warum Kinder den Vater brauchen“, *Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2017, broschiert, 240 Seiten, 16,95 Euro*

Psychoanalytiker hält Deutsche für gestört

Der Hallenser Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz trat in der Vergangenheit durch Bücher in Erscheinung, in denen es um die kollektiven Befindlichkeiten beziehungsweise geistigen Fehlentwicklungen innerhalb der Gesellschaft der DDR sowie der Bundesrepublik ging. Dem gleichen Thema widmet sich nun auch „Das falsche Leben“.

Es handelt von der Normopathie, also dem zwanghaft überkorrekten Verhalten – resultierend aus der Unterwerfung unter die geltenden sozialen Normen, gegen die der Normopath nicht aufzubegehren wagt. Dafür zahlt er den Preis, nicht das Leben führen zu können, das er führen möchte. Und tatsächlich gibt es hierzulande durchaus solche Menschen. Allerdings geht Maaz zu weit, wenn er suggeriert, dass die meisten Deutschen heute im „falschen Leben“ steckten.

Wahrscheinlich ist der Beruf, den Maaz vier Jahrzehnte lang ausgeübt hat, für diese Übertreibung verantwortlich, die man ignorieren könnte, wenn da nicht die politischen Implikationen wären. Denn die werden von interessierten Kreisen aufgegriffen und instrumentalisiert. Wie beispielsweise die Behauptung, kollektive Protestbewegungen nach Art von Pegida und AfD seien auch eine Folge des „falschen Lebens“ und dienten vor allem dem Zweck, dieses wider besseren Wissens zu verteidigen und dabei den vorhandenen Frust an Schwächeren – „Flüchtlingen“ – abzureagieren. Oder nehmen wir die Mär vom bösen Donald Trump, der die „globale Gerechtigkeit“ bekämpfe, indem er den Interessen der USA und ihrer Bürger oberste Priorität einräume.

Andererseits liest Maaz aber auch denjenigen die Leviten, welche die „heuchlerische und irrationale“ Flüchtlingspolitik Merkelscher Machart verteidigen und bei deren Durchsetzung teilweise auch zu antidemokratischen Mitteln greifen. Somit kann praktisch jeder aus dem Buch herauslesen, was seinen Standpunkt zu den brennenden Fragen unserer Zeit untermauert. Hierbei geht er dann freilich einem Autor auf den Leim, der letztendlich keine Seite für voll nimmt und sowohl Flüchtlingshelfer als auch Pegida-Demonstranten quasi für gestört erklärt. Und das wiederum hat möglicherweise etwas mit Maaz' ganz persönlichem Narzissmus zu tun: Je „normopathischer“ die ganze Gesellschaft erscheint, umso heller leuchtet dann natürlich das Licht des Psychoanalytikers, der die mentalen Gebrechen seiner Mitmenschen treffsicher erkannt hat und uns nun allen mahnend den Spiegel vorhält.

Wolfgang Kaufmann



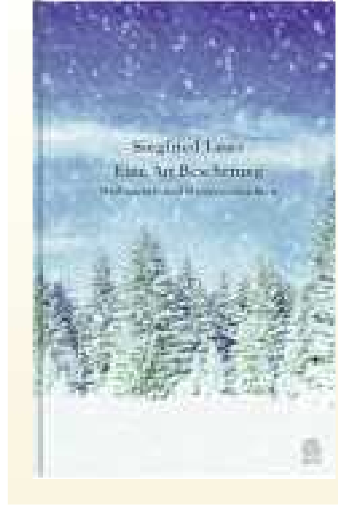
Hans-Joachim Maaz: „Das falsche Leben. Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft“, *Verlag C.H. Beck, München 2017, broschiert, 256 Seiten, 16,95 Euro*

Weihnacht in Masuren

Siegfried Lenz zählt zu den meistgelesenen deutschen Schriftstellern. Er hat sich mit seinen in Masuren spielenden Romanen und Erzählungen einen Namen gemacht.

Ein ideales Mitbringsel ist das Büchlein „Eine Art Bescherung. Weihnachts- und Wintergeschichten“, das der Hoffmann und Campe Verlag bereits in dritter Auflage herausgegeben hat. In neun Weihnachtsgeschichten, die Daniel Kampa zusammengestellt hat, erzählt Lenz vom riskanten Beruf des Weihnachtsmanns, von der Bescherung in bitterer Kälte, von Armut nach dem Krieg, von der Schönheit zugefrorener Seen, vom Schlittenfahren sowie vom Eissegeln oder -fischen. Sie entstammen dem Sammelband „Siegfried Lenz: Erzählungen“.

MRK



Siegfried Lenz: „Eine Art Bescherung. Weihnachts- und Wintergeschichten“, *Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 3. Auflage 2016, gebunden, 112 Seiten, 15 Euro*

Hör ich das friedliche Gesumm

Wer anfängt, Bienen zu halten, und auch nach drei Jahren, wenn alle Anfängerdramen durchlebt sind, noch Bienenvölker hat, der hat keine Bienen mehr, sondern umgekehrt: Den haben die Bienen“, sagen die beiden Autoren Jürgen Tautz und Diedrich Steen in „Die Honigfabrik. Die Wunderwelt der Bienen, eine Betriebsbesichtigung“.

Der international anerkannte Bienenexperte und emeritierte Professor am Biozentrum der Universität Würzburg leitet seit 2006 das interdisziplinäre Projekt HoneyBee Online Studies (HOBOS). Zusammen mit Steen, der sich seit 20 Jahren mit wachsender Begeisterung selbst der Imkerei verschrieben hat, möchte er alle Leser zu einer „Betriebsbesichtigung“ einladen, zu einem Gang durch die Honigfabrik. Und man kann sicher sein, dass man nach der Lektüre diese Insekten als unfassbares Wunder der Natur betrachten wird. Bienen brächten in einer entzauberten Wirklichkeit ein Gefühl für den Zauber des Daseins zurück, dafür, dass alles mit allem zusammenhänge, meinen die Autoren. Und während Steen über die Faszination des Umgangs mit dieser komplexen Welt berichtet, sorgt Tautz als Doktor der Biologie für die wissenschaftliche Seite der Ausführungen.

Das Buch berichtet davon, wie es in einem Bienenvolk zugeht. Die Insekten arbeiten nämlich so wunderbar zusammen, dass sie in ihrer Gesamtheit wie ein einziger, großer Organismus wirken: „Es scheint“, so die Autoren, „dass Bienen klug sind, dass sie wissen, was sie wann tun oder lassen müssen, damit das Überleben und die Vermehrung des Volkes gesichert ist.“ Wer aber handele im Bienenvolk eigentlich klug und planvoll, die einzelne Biene, oder läge die Klugheit nicht eher in der Summe der Individuen? Diese Fragen sind Gegenstand vieler Forschungen. Den hochkomplexen Gedankengebäuden zu folgen, ist spannend und aufschlussreich.

In sechs Kapiteln erfährt der Leser fast alles über die Produktionsmittel der Bienen, ihre Teamarbeit, die Produktionspalette der Honigfabrik, über das Gründen von Tochterfirmen, Betriebsspionage, Raubüberfälle und den Kampf ums Überleben. Amüsant, unterhaltsam und gut verständlich bekommt der Interessierte hier einen tiefgründigen Einblick ins Leben unseres, nach Rindern und Schweinen, drittwichtigsten Nutztieres.

Auch unser großer Dichterfürst Goethe fühlte sich zu den nützlichen Tierchen hingezogen: „Hör ich das friedliche Gesumm, vergess ich Schelten und Gebrumm und aller Krieg und Krach auf Erden kann mir sogleich gestohlen werden.“

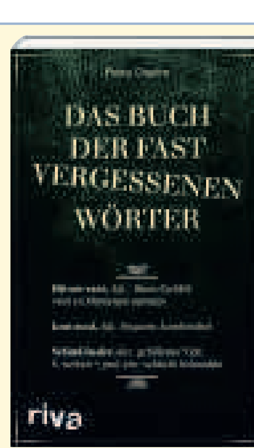
Silvia Friedrich



Jürgen Tautz, Diedrich Steen: „Die Honigfabrik. Die Wunderwelt der Bienen – eine Betriebsbesichtigung“, *Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2017, gebunden, 272 Seiten, 19,99 Euro*



Heinz und Inge Gutt
Das Dorf Rominten
Eine Chronik
Für die meisten Jäger ist Rominten einfach ein geschichtsträchtiges Waldgebiet, in dem der Kaiser, Göring und Frevert eins gejagt haben. Doch Rominten ist weit mehr. Es war zum Beispiel auch ein Dorf. Die unglaublich informative und umfassende Chronik hat Heinz Gutt in jahrelanger Recherchearbeit erstellt und kann durch die Aufzeichnungen seiner Frau Inge und vor allem deren Mutter, die aus Rominten stammte, eine umfassende Ortschronik vorlegen. Ergänzt durch zahlreiche historische Aufnahmen! 224 Seiten
Nr. P A1206 Gebunden 29,95 €



Petra Cnyrim
Das Buch der fast vergessenen Wörter
200 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1215 14,99 €

Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während jedes Jahr das Jugendwort des Jahres gekürt wird und nicht selten Wortneuschöpfungen darunter zu finden sind, die hier zum ersten Mal auftauchen, verschwinden andere Wörter und Phrasen aus unserem Sprachgebrauch. Nicht selten deswegen, weil auch das dazugehörige „Ding“ aus unserem Alltag verschwindet. Und plötzlich findet sich kein Bandsalat mehr im Kassettenrecorder, das Testbild ist Geschichte, der Lebertran schmeckt abominabel und für die Parkuhr fehlt der passende Groschen. Dieses Buch stellt solche Wörter zusammen – und lädt ein zum Schwelgen, Erinnern und Schmunzeln.

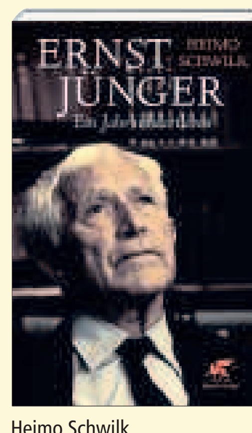
Petra Cnyrim
Das Buch der leider vergessenen Wörter
200 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1216 14,99 €

Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während heute der Babo eine nice WhatsApp kriegt, erreichte dereinst womöglich eine poussierliche Depesche den Offizianten – natürlich nur, sofern diese unterwegs nicht gefringst wurde. Petra Cnyrim hat mit ihrem Bestseller Das Buch der fast vergessenen Wörter bereits gezeigt, wie spannend es ist, alte Wörter wieder hervorzukramen, sich zu wundern und zu erinnern. Mit ihrem neuen Buch begibt sie sich nun in die Welt der Wörter, die komplett in Vergessenheit geraten sind. Was zum Beispiel ist ein Schlotbaron? Was ein Ehegaumer? Und was bedeutet der Ausdruck weidlich? Eine spannende Zeitreise durch die (Sprach-) Geschichte unseres Landes.



Bernsteinwürfelkette
Elegante zarte Bernsteinkette mit kleinen Würfeln mit unterschiedlichen Bernsteinfärbungen. Die Bernsteinwürfel werden durch kleine Silberperlen getrennt. (Kettenlänge ca. 45 cm)
Nr. P A1179 79,90 €

Bernsteinanhänger dreifarbig in einer massiven Silberfassung mit Silberschlangenkette (ca. 50 cm Länge)
Apparter Bernsteinanhänger (4 cm Höhe incl. der Öse) in drei verschiedenen Honigfarben
Nr. P A1148 149,00 €



Heimo Schwilk
Ernst Jünger
Ein Jahrhundertleben
648 Seiten/Gebunden
Nr. P A1193 25,00 €

Ernst Jüngers Lebensbogen reichte vom Kaiserreich bis in die Berliner Republik. Mit seinem Kriegsbuch „In Stahlgewittern“ begründete er früh seinen Weltruhm. Seine literarischen Tagebücher machten ihn zu einem herausragenden Zeitzeugen der Epoche. Heimo Schwilks im In- und Ausland hochgelobte Biographie bezieht ihren Rang nicht nur aus einer profunden Kenntnis von Quellen und Werk, sie dokumentiert auch seine langjährige, persönliche Beziehung zu dem großen Autor. Die vorliegende Neuausgabe wurde aufgrund neuer Quellen überarbeitet, erweitert und mit einem neuen Vorwort des Verfassers versehen.



Heimo Schwilk (Herausgeber)
Ernst Jünger – Feldpostbriefe an die Familie 1915–1918
133 Seiten/Gebunden
Nr. P A1194 20,00 €

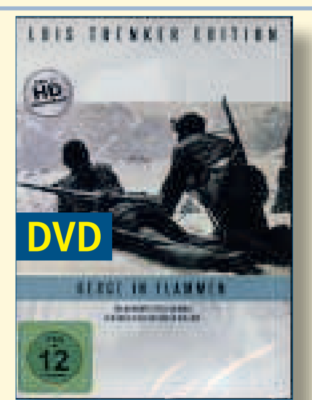
In den Jahren 1915 bis 1918 berichtet Ernst Jünger in einer fesselnden Serie von Feldpostbriefen über seine Kriegserlebnisse. Wie erlebte ein junger Kriegsfreiwilliger den Ersten Weltkrieg, das Massenschlachten an der Westfront, Tod und Sterben der Kameraden, die eigenen Verwundungen? Und wie teilte er diese Erfahrungen seiner Familie mit? Ernst Jünger gibt in seinen Feldpostbriefen Einblicke in die Gemütslage eines Frontsoldaten, der dem Krieg als großem Abenteuer entgegenfieberte. Die 72 Briefe, Postkarten und Telegramme an die Eltern und den Bruder Friedrich Georg sowie ausgewählte Antwortbriefe zeigen einen jungen Mann, der mit kühler Rationalität die grausame Realität des Krieges beschreibt.

Luis Trenker Edition
DVD – Der Berg ruft
Dieses mitreißende Hochgebirgsdrama zeigt Luis Trenker in einer seiner berühmtesten Rollen: als italienischen Bergführer Tonio Carell. Im Mittelpunkt des Films steht der authentische Konkurrenzkampf zweier Seilschaften um die Erstbesteigung des Matterhorns. (Laufzeit: 94 Min.)
Nr. P A1202 DVD 15,99 €

Siegfried Lenz (Autor und Sprecher)
So zärtlich war Suleyken
In „So zärtlich war Suleyken“ spürt Siegfried Lenz gleichermaßen liebe- wie kunstvoll seinen Wurzeln nach. Masuren, dieser geschichtsträchtige Landstrich in Ostpreußen, seine Menschen, werden durch die unverwechselbare Stimme des Autors, seinen feinsinnigen, panoramahaften Erzählstil so plastisch, als ginge man dort mit ihnen spazieren oder auf die Jagd nach einem entlaufenen Hahn oder in die Krone eines Apfelbaums … Ein Buch über Erinnerung, über Heimat, über das, was bleibt. Laufzeit: 95 Minuten (2 CDs).
Nr. P A0859 CD-Hörbuch 14,99 €



Friedemann Beyer
Die Ufa: Ein Film-Universum
Meisterwerke der Filmkunst, Glamour und Propaganda: Die Ufa steht für eine beispiellos produktive Ära filmischen Schaffens in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Mit ihren Filmen und Stars hat die Ufa die Kino- und Bewusstseinskultur in Deutschland und weit darüber hinaus geprägt. Jenseits ihrer künstlerischen Qualität sind Ufa-Produktionen ein Kaleidoskop deutscher Zeitgeschichte. Der Bildband enthält viele unveröffentlichte Fotos. 172 Seiten
Nr. P A1220 Gebunden 29,90 €



Luis Trenker Edition
DVD – Berge in Flammen
Den österreichischen Bergführer Florian Dimai un den italienischen Grafen Arthur Franchini verbindet eine langjährige Freundschaft. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges stehen sich die beiden plötzlich als Feinde gegenüber. (Laufzeit: 94 Min.)
Nr. P A1203 DVD 12,99 €

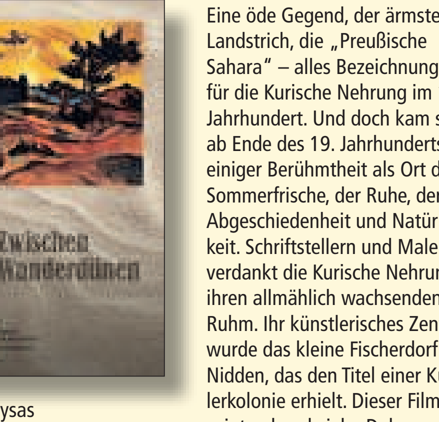
Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD 9,95 €

Käthe Kollwitz
Ich sah die Welt mit liebevollen Blicken
420 Seiten/Gebunden
Nr. P A1196 20,00 €

Die Grafikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz zählt zu den bekanntesten deutschen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts. Von ihren Zeitgenossen hoch geschätzt und 1919 als erste Frau in die Preußische Akademie der Künste gewählt, war sie 1933 weit über Deutschlands Grenzen hinaus anerkannt und musste doch erleben, dass ihre Kunst von den Nationalsozialisten aus der Öffentlichkeit verbannt wurde. In ihren Bildwerken ging es immer um das Leben, immer gegen Krieg und Gewalt. Ihre Tagebücher, in denen sie uns auf anrührende Weise Einblick in ihr Privatleben, in ihre Rolle als Mutter, Ehefrau und Künstlerin, in ihre Ansichten über Malerei und Politik gibt, rechnete Theodor Heuss zu den „wenigen und wohl bleibenden Veröffentlichungen dieser Gattung“.



Kalender Riesengebirge in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus dem Riesengebirge. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535806 Kalender 14,95 €



Arvydas Barysas
Zwischen Wanderdünen
Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung
Spieldauer: 47 Minuten/DVD
Nr. P A0932 24,95 €

Eine öde Gegend, der ärmste Landstrich, die „Preußische Sahara“ – alles Bezeichnungen für die Kurische Nehrung im 19. Jahrhundert. Und doch kam sie ab Ende des 19. Jahrhunderts zu einiger Berühmtheit als Ort der Sommerfrische, der Ruhe, der Abgeschiedenheit und Natürlichkeit. Schriftstellern und Malern verdankt die Kurische Nehrung ihren allmählich wachsenden Ruhm. Ihr künstlerisches Zentrum wurde das kleine Fischerdorf Nidden, das den Titel einer Künstlerkolonie erhielt. Dieser Film zeigt anhand vieler Dokumente und alten wie neuen Aufnahmen, wie die Künstler dort lebten und arbeiteten, was sie sahen und heute noch sehen.



Ostseestadt Königsberg
Mit Bootsfahrt nach Pillau
Eine filmische Reise durch Königsberg und eine Bootsfahrt nach Pillau. Laufzeit: 60 Minuten
Nr. P 9466 DVD 19,95 €

Kalender Ostpreußen/Westpreußen in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Ost- und Westpreußen. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535804 Kalender 14,95 €



Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2018
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535803 Kalender 14,95 €



Romantisches Masuren
Land der tausend Seen
Eine filmische Reise durch Masuren – die Städte und Landschaften. (Laufzeit: 55 Minuten)
Nr. P 9468 DVD 19,95 €

Die Samlandbahn
Eine filmische Reise mit der Samlandbahn: Königsberg – Rauschen – Cranz. (Laufzeit: 60 Minuten)
Nr. P 9711 DVD 19,95 €



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....



MELDUNGEN

G 20: RCDS begrüßt Razzien

Berlin – Der Bundesvorsitzende des unionsnahen Studentenverbandes RCDS, Henrik Wärner, fordert ein härteres Vorgehen gegen Linksextremismus an deutschen Hochschulen. Manche Unis seien „regelrechte Brutstätten des Linksextremismus", die Hochschulleitungen seien dort auf dem linken Auge blind. Wärner begrüßt die Razzien gegen Gewalttäter der G20-Krawalle in Hamburg. Die Unruhen hätten sichtbar gemacht, dass linksextreme Strukturen viel stärker seien als bislang gedacht. *H.H.*

Arbeiten im Alter lohnt kaum

Paris – Laut OECD lohnt sich das Arbeiten über den regulären Renteneintritt hinaus in Deutschland viel weniger als in den meisten anderen Industrieländern. Die Zuschläge seien etwa in der Schweiz, Skandinavien, den USA oder Japan viel höher. Daher entscheiden sich in diesen Staaten auch deutlich mehr Menschen fürs Weiterarbeiten im Alter. *H.H.*

ZUR PERSON

Der Platzhirsch aus Nürnberg

Die Oberbayern und die Mittelfranken verbindet schon seit jeher eine gepflegte Feindschaft. Das zeigt sich auch an den zwei CSU-Dauerrivalen um die Macht in Bayern. Jetzt hat es der Nürnberger **Markus Söder** geschafft, den Ingolstädter Horst Seehofer vom Thron zu stoßen. 2018 wird Söder bayerischer Ministerpräsident, Seehofer aber soll CSU-Vorsitzender bleiben.

Ob das gutgeht? Die zwei Alphatiere konnten sich noch nie ausstehen. Auf einer Weihnachtsfeier in München bezichtigte Seehofer den jüngeren Herausforderer, „Schmutzeleien" zu betreiben, und attestierte ihm „charakterliche Schwäche".

Immerhin ist nichts an Söders Amtsführung als Finanz- und Heimatminister auszusetzen. Seit der promovierte Jurist 2011 das Amt antrat, hat er die Altlasten der Landesbank abgebaut und dafür gesorgt, dass bei dem Hochwasser 2013 in Bayern Hilfsgelder unbürokratisch schnell in die betroffenen Gebiete kamen. Für eine Katastrophe hält er auch den Länderfinanzausgleich, in den Bayern jedes Jahr einzahlt: „Wir sind solidarisch, aber blöd sind wir nicht!"


Bild: StMFLH Bayern

Die markigen Sprüche hat der mit einer Unternehmerin verheiratete 50-Jährige von Franz-Josef Strauß, seinem großen Vorbild, übernommen. Wo andere in ihrer Jugend Popstars an die Wände klebten, hing bei ihm über dem Bett ein Poster des früheren bayerischen Ministerpräsidenten. Als 16-jähriger Gymnasiast wurde er Mitglied der CSU, war acht Jahre lang Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern und wurde von Edmund Stoiber gefördert: „Ich bleib' mein Leben lang Stoiberianer."

Die Rolle des Ministerpräsidenten übte der für seine extravaganten Faschingsauftritte bekannte Söder im Vorjahr, als er sich Stoiber-Lächeln und -Frisur aufklebte und seinen früheren Förderer imitierte. Sollte er als künftiger Ministerpräsident seine Rolle schlecht spielen, wird Rivale Seehofer wieder gut Lachen haben. *H. Tews*



Stillstand

Stabil zum Chaos

Was eine neue Groko verheißt, warum unsere europäischen Freunde sie so händeringend erhoffen, und wann wir am Ziel sind / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wird das was mit der neuen, alten Groko? Wissen wir noch nicht, nach dem „Jamaika"-Fehlschlag sind ja alle ganz vorsichtig geworden. Erst einmal liefen jetzt interne Gespräche in den Parteien darüber, ob man in Vorsondierungen eintreten solle, in denen vorsondiert wird, ob man zu Sondierungen bereit ist, heißt es in den Medien. Geht das gut aus, treten Schwarz und Rot also in Sondierungen ein, in denen sondiert werden soll, ob man Verhandlungen aufnehmen möchte.

Kommt das ebenfalls zum Erfolg, beginnen die Verhandlungen darüber, ob man eine Koalition bilden will. Und dann ist da ja noch die Basis, die zumindest bei der SPD auch irgendwann gefragt werden will.

Wird alles gut, betritt schließlich der Osterhase die Bühne und legt sein Ei: den Koalitionsvertrag. Könnte aber auch sein, dass das liebe Tier viel zu spät kommt, weil's dann schon Juli ist. Macht nichts: Hauptsache, in Berlin sitzt am Ende wieder eine „stabile Regierung", auf die schließlich nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa, ja, die gesamte Welt so händeringend wartet.

Was Deutschland angeht, muss man sich über die Sehnsucht nach einer „stabilen Regierung" ein wenig wundern. Wer die Fakten betrachtet, sollte eine Regierung mit allzu komfortabler Parlamentsmehrheit eher fürchten als erhoffen.

So „stabil" wie in den vergangenen vier Jahren war die Regierung dieser Republik noch nie in der Geschichte. Die Koalitionsfraktionen hatten mehr als drei Viertel der Bundestagsmandate inne. Vis-à-vis saß eine Opposition, die gar keine war. Wenn die mal den Mund aufmachte, etwa in der Asylfrage, forderte sie immer genau das Gleiche wie die Regierung, nur doller: Noch offenere Grenzen, noch weniger „sichere Herkunftsländer", noch mehr „Hereinspaziert, Hereinspaziert!".

Das Staatssäckel war so prall gefüllt wie noch nie in der fast 1100-jährigen Geschichte des Reiches, die Wirtschaft lief und die Arbeitslosigkeit sank, keine sozialen Unruhe oder Katastrophen erschütterten das Land, kurz: Die Ausgangslage für die Groko von 2013 war so rund und glatt wie ein Baby-Popo.

Zeit, dass sich was tut, dachte sich da die Susi-Sorglos-Regierung und stiftete das größte Chaos seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Und das nicht nur für den Moment, sondern – ganz dem Zeitgeist verpflichtet – „nachhaltig". Denn Zigtausende von denen, die über unsere regierungsamtlich niedergerissenen Grenzen hereingeflutet sind und weiter fluten, werden uns auf Generationen hinaus viel Bewegung verschaffen.

Besteht womöglich ein Zusammenhang zwischen stabiler Regierungsmehrheit und Chaos im Land? Die Geschichte der Bundesrepublik sagt ja: Kein Bundeskabinett musste je mit weniger Rückhalt im Parlament überleben als das allererste. Mit einer einzigen Stimme Mehrheit erklomm der alte Adenauer 1949 den Kanzlerstuhl. Nach vier Jahren rauschte der aus den Wirren der Nachkriegsjahre gekrochene Staat durchs Wirtschaftswunder Richtung Weltspitze. Die Stimmung der Bundesbürger war von Freude über das Erreichte erfüllt und bescherte der CDU/CSU bei den beiden Folgewahlen 1953 und 1957 glänzende Siege.

Über die nächste Groko, so sie gelingt, sollten sich die Deutschen dagegen so unbekümmert freuen wie über ein DHL-Paket aus Brandenburg. Was die Bewältigung der Asylflut angeht, hat sie schon jetzt die Segel gestrichen: Der Geschäftsführende Innenminister Thomas de Maizière bietet ausreisepflichtigen Ausländern bis zu 3000 Euro an, wenn sie in ihre Länder zurückkehren. Wohl gemerkt: Damit werden ausschließlich Leute angesprochen, die weder einen Asyl- noch einen Fluchtgrund besitzen. Hätten sie den, würden sie auch für alles Geld der Welt nicht heimkehren, droht ihnen dort doch sonst was.

> Rechtsstaat in Hochform: Ausländer bekommen Geld für die Einhaltung unserer Gesetze

Es sind also Menschen, die illegal bei uns sind, welche nun eine Prämie dafür erhalten sollen, dass sie sich gnädigerweise an unsere Gesetze halten – weil sich der Staat außerstande zeigt, seine Regeln durchzusetzen. Das ist so, als böte man Ihnen eine Belohnung fürs korrekte Parken an, statt Sie fürs Falschparken zu bestrafen. Vergangenen Januar warnte der Minister eindringlich: „Das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat erodiert!" Ja, wie das wohl kommt?

Wir wollen aber nicht nur Negatives sehen und uns ein Beispiel nehmen an der Zuversicht, die unsere europäischen Freunde und Partner mit einer Neuauflage des alten Berliner Regierungsbündnisses verknüpfen. „Europa" ist schließlich eines der „großen Zukunftsthemen", mit denen Merkel-Schulz von der Asylmisere abzulenken versuchen.

Da wächst täglich der Handlungsbedarf. Wie eine Studie der Europäischen Zentralbank (EZB) enthüllt, hat der Euro sein Ziel nicht erreicht, nämlich die Annäherung der Einkommensverhältnisse zwischen den ärmeren Südstaaten und dem besser bestellten Norden.

Zwar geht es den Deutschen laut der EZB-Studie durch die Einführung der Gemeinschaftswährung tatsächlich schon etwas schlechter als davor. Leider aber reicht das nicht, denn Italiener oder Griechen sind regelrecht abgestürzt, der Abstand sei seit der Finanzkrise sogar gewachsen, so die Autoren der Untersuchung, die das „frappierend" finden.

Die Medizin hat demnach nicht gewirkt. Und was machen wir, wenn eine Medikation fehlschlägt? Wir nehmen mehr von dem Zeug, ist doch klar!

Neben der Idee mit dem Euro-Finanzminister (das Thema hatten wir hier schon), der deutsches Steuergeld in andere Länder schaufeln soll, wird immer mehr Druck gemacht für eine „Europäische Einlagensicherung".

Damit werden die Rücklagen solider deutscher Sparkassen haftbar gemacht für italienische oder griechische Pleitebanken. Das hilft vor allem den dortigen Regierungen, denn die müssten ihre bankrotten Geldhäuser nicht mehr von eigenem Steuergeld „retten", weil dafür dann ja die deutschen Rücklagen zur Plünderung bereitständen.

Was nicht erst im Falle des Falles einer Pleite äußerst elegant wäre, sondern schon viel früher die Sonne über dem Süden aufgehen ließe: Denn mit der deutschen Sicherheit im Rücken könnten sich die Pleitebanken wieder richtig schick verschulden, da das Risiko für ihre Gläubiger wegen der deutschen Zwangshaftung viel kleiner würde. Außerdem könnten sich auch die darbenden Regierungen in Rom, Athen oder anderswo erneut viel leichter Geld leihen, wenn die Last möglicher Bankenrettungen von ihren Schultern genommen würde. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bereitet gerade eine entsprechende Lockerung der Schuldenregeln vor, damit die das auch dürfen.

Ein lästiges Hindernis zum fröhlichen Schuldenmachen auf anderer Völker Rechnung und Risiko hieß bislang Jeroen Dijsselbloem. Der bisherige Chef der Gruppe der Euro-Finanzminister hatte während der Hellas-Krise immer wieder auf die Einhaltung von Regeln gedrängt. Dafür wurde er heftig gehasst, was dem sturen Holländer herzlich egal war.

Wie wir am Montag erfuhren, tritt nun der portugiesische Sozialist Mário Centeno an Dijsselbloems Stelle. Mit ihm werden die Griechen ganz gewiss nicht so einen Ärger haben wie mit diesem Kerl aus Eindhoven, wenn es um das Verteilen des vor allem aus Deutschland, den Niederlanden und Österreich gespeisten Finanzkuchens geht.

Die Entwicklung bei der Euro-Gruppe entspricht der Erbfolge an der Spitze der EZB. Dort begann es mit dem stabilitätsvernarrten Holländer Wim Duisenberg, dem eine europäische D-Mark vorschwebte. Ihm folgte der schon deutlich elastischere Franzose Jean-Claude Trichet und schließlich der Italiener Mario Draghi, der den Selbstbedienungsladen eröffnet hat. Die Frage, „Wann ist Europa vollendet?", strebt damit ihrer Beantwortung entgegen: Wenn wir alle Sizilien sind.

MEINUNGEN

Im „Focus" (2. Dezember) erklärt ***Helmut Markwort****, warum er nicht wild ist auf die rasche Bildung einer* ***neuen Groko****:*

„Ich werde mich nicht wieder beklagen, dass Deutschland noch keine neue Regierung hat. Nach den neuesten Forderungen der Sozialdemokraten kann ich nur wünschen, dass sie mit der Union monatelang sondieren. So blieben wir verschont von weiteren bürokratischen, sozialistischen, lähmenden Gesetzen."

Auf seinem Blog „Philosophia perennis" wirft ***David Berger Angela Merkel*** *wegen ihrer schnellen Reaktion auf die* ***Messerattacke*** *auf den Altenaer Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU)* ***Doppelmoral*** *vor:*

„Inzwischen wird öfter als zehn Mal am Tag in Deutschland zugestochen. In diesem Jahr sollen es laut dem bekannten Journalisten Henryk Broder 1600 Fälle gewesen sein! Dazu haben Sie, Frau Bundeskanzlerin, bislang eisern geschwiegen ... Und nun wird einer Ihrer Parteimänner durch eine Messerattacke – vermutlich durch einen, der schon länger da ist – leicht verletzt und Sie, Frau Merkel, sind sofort dabei, sich öffentlich zu echauffieren. Kaum noch erträgliche Bigotterie und Doppelmoral."

Desselben Themas nimmt sich auch ***Peter Grimm*** *auf der „Achse des Guten" (28. November) an:*

„Noch glaubwürdiger wären diese Verurteilungen, wenn es die gleiche Empathie auch für all die Opfer von Messerattacken gäbe, deren Zahl in den letzten Jahren so enorm zugenommen hat. Mindestens ein Toter und vier Schwerverletzte durch Messerangriffe waren zeitgleich mit dem Bürgermeister zu betrauern. Doch ihrer nimmt sich kein Minister an. Warum gibt es diese selektive Wahrnehmung? Weil nur die Opfer der ‚richtigen' Täter hinreichend Würdigung erfahren dürfen?"

Henryk M. Broder *beschreibt in der „Welt" (1. Dezember), wie der immer hysterischere sogenannte* ***„Kampf gegen Rechts"*** *zum* ***neuen Faschismus*** *gerinnt:*

„Wenn es so weitergeht, wird der Faschismus nicht auferstehen, dafür aber der Antifaschismus in seine Fußstapfen treten. Mit Denk- und Sprechverboten, mit dem Ausrufen von Schicksalsfragen, mit Ausgrenzungen und Denunziationen, mit Kunstaktionen, die den Tatbestand der Nötigung erfüllen – alles, damit sich die Geschichte nicht widerholt."

Der österreichische Blogger ***Andreas Unterberger*** *freut sich im Portal „Freie Welt" (4. Dezember) über Anzeichen für* ***wachsende Vernunft bei der Asylfrage****:*

„Am meisten Hoffnung machen die CDU-Innenminister der deutschen Bundesländer: Sie fordern, dass man eine Rückkehr der syrischen Flüchtlinge in ihre Heimat vorbereiten solle, wo ja inzwischen die russisch-syrische-iranische Allianz den Krieg gewonnen hat, wo weitgehend Ruhe eingekehrt ist ... Das heißt freilich noch nicht, dass Europa wieder bei Vernunft ist. Aber die Migrationseuphorie der Linken hat es eindeutig nicht mehr so leicht wie früher."